

S. Richter

Lehr- und Versuchsanstalt des Landes Sachsen- Anhalt
(LVA)

Bernburger
Agrarberichte

Heft 1

Inhalt :

Schwalm, K.: Steuerlicher Jahresabschluß

Fuhrmann, R.: Grundsätze der Finanzierung großer landwirtschaftlicher Unternehmen
verschiedener Rechtsform

Behr, U.: Rechtliche Probleme bei der "Zweiten Privatisierung" von LPG-
Nachfolgeunternehmen

Mordount, F.; Anderson, D.: Landwirtschaft und landwirtschaftliche Beratung im
Vereinten Königreich

Dietzel, H.: Löhne und Lohngestaltung für Arbeitskräfte in Agrarunternehmen

Hüwe, R.: Marktgeschehen 1993 und Prognose 1994 aus der Sicht der GATT-
Beschlüsse

Odening, M.: Möglichkeiten und Grenzen der Ableitung des Zukunftserfolges aus
betrieblichen Kennziffern

Redaktion: Priv. Doz. Dr. R. Richter
Frau Sybille Richter

techn. Be-
arbeitung: Frau Ingrid Roß

Herausgeber: Lehr- und Versuchsanstalt des Landes
Sachsen-Anhalt für Acker- und Pflanzenbau
Strenzfelder Allee 22
06406 Bernburg

Die Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder

Bernburg, den 15. 02. 1994

Vorwort

Die Lehr- und Versuchsanstalt des Landes Sachsen-Anhalt für Acker- und Pflanzenbau (LVA) in Bernburg-Strenzfeld gibt vierteljährlich die "Bernburger Agrarberichte" heraus. Mit dem Heft 1/1994 erfolgt der offizielle Start der Publikationsreihe. Es werden sowohl Veröffentlichungen zu den verschiedenen Arbeitsbereichen der Versuchsanstalt als auch Ergebnisse von vor Ort durchgeführten Felddaten und Fachseminaren erscheinen.

Mit Heft 1 ist eine Zusammenfassung der Weiterbildungsveranstaltungen des Seminars für Beratung und Informationswesen gegeben, die in der Zeit vom 8. - 10. Dezember 1993 und am 19. und 20. Januar 1994 stattfanden. Inhaltliche Schwerpunkte waren:

- steuerliche und rechtliche Aspekte in landwirtschaftlichen Unternehmen in Ostdeutschland
- Organisation und Struktur landwirtschaftlicher Beratung
- ausgewählte betriebswirtschaftliche Fragestellungen

Wir hoffen mit diesem Band Ihr Interesse an unseren Publikationen geweckt zu haben.

Bernburg, Februar 1994

Die Redaktion

Steuerlicher Jahresabschluß

Karlheinz Schwalm, Köthen

1. Der steuerliche Jahresabschluß

Die Vorschriften zur Gewinnung, Auswertung und Aufbewahrung von Daten sind für die Einkommensteuer in der AO (§§ 140 ff.) im Gesetz und in den Verwaltungsanordnungen geregelt.

Danach gilt im wesentlichen folgendes:

Wer nach anderen Gesetzen als den Steuergesetzen Bücher und Aufzeichnungen zu führen hat, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, hat die Verpflichtungen, die ihm nach den anderen Gesetzen obliegen, auch für die Besteuerung zu erfüllen (§ 140 AO).

Die folgenden Vorschriften verpflichten Einzelfirmen, Personengesellschaften und juristische Personen, Bücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen (§§ 38, 39 HGB, §§ 91, 148, 149 AktG, § 41 GmbH und § 33 GenG).

Sofern Landwirte ihr Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft i.S.d. HGB (KG, OHG, GmbH, Gen., AG) führen, sind diese Landwirte bereits nach dem Gesetz buchführungspflichtig (§ 238 HGB). Diese aus dem HGB abgeleitete Buchführungspflicht erfaßt nicht alle Unternehmen, die steuerlich bedeutend sind. Diese anderen Unternehmen sind:

- Land- und Forstwirte (§ 3 Abs. 1 HGB)
- Minderkaufleute unter den Gewerbetreibenden (§ 4 HGB)
- Personen mit Einkünften aus selbständiger Arbeit i.S.d. § 18 EStG
- Handwerker, die nicht Sollkaufleute sind (§ 2 HGB)

Für diese Unternehmensgruppe gilt § 141 AO. Damit zieht das Steuerrecht den Rahmen für die Buchführungspflicht weiter als das Handelsrecht.

Land- und Forstwirte sind dann buchführungspflichtig, wenn sie nach den Feststellungen der Finanzbehörde für den einzelnen Betrieb

- Umsätze im Kalenderjahr von mehr als 500.000 DM
oder
- selbstbewirtschaftete land- und forstwirtschaftliche Flächen mit einem Wirtschaftswert (Ersatzwirtschaftswert) von mehr als 40.000 DM (§ 46 BewG)

oder

- einen Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft von mehr als 48.000 DM im Kalenderjahr gehabt haben.

Die Buchführungspflicht wird bereits dann ausgelöst, wenn eine dieser Grenzen überschritten worden ist und wenn das Finanzamt den Land- und Forstwirt auf den Beginn der Buchführungspflicht hingewiesen hat. Die Buchführungspflicht endet dann mit Ablauf des Wirtschaftsjahres, das auf das Wirtschaftsjahr folgt, in dem die Finanzbehörde die entsprechende Feststellung getroffen hat.

Land- und Forstwirte, die nach § 141 AO zur Buchführung verpflichtet sind, haben neben den jährlichen Bestandsaufnahmen (Inventur) und den jährlichen Ab- schlüssen ein Anbauverzeichnis zu führen (§ 142 AO). Die Führung eines Ernte- verzeichnisses, eines Viehregisters und eines Naturregisters wird im Rahmen der steuerlichen Buchführung nicht gefordert, aber aus betriebswirtschaftlichen Interesse kann allerdings darauf nicht verzichtet werden.

1.1. Grundlagen der Buchführung

Voraussetzungen einer ordnungsgemäßen Buchführung sind Bestandsaufnahmen über das Betriebsvermögen am Anfang und Ende des Wirtschaftsjahres. Ordnungsgemäße Bestandsaufnahmen sind für die vollständige Erfassung und die sachgemäße Bewer- tung der Wirtschaftsgüter und damit für die steuerliche Gewinnermittlung unent- behrlich. Sie ermöglichen die Nachprüfbarkeit der Bilanzansätze auf ihre Voll- ständigkeit und richtige Bewertung. Außerdem bilden sie die notwendige Grund- lage für die Eröffnung und den Abschluß der Buchführung.

Das Bewertungsgesetz unterscheidet 4 Vermögensarten (§ 18 BewG) und zwar

- a) land- und forstwirtschaftliches Vermögen (§§ 33-67 BewG)
- b) Grundvermögen (§§ 68-94 BewG)
- c) Betriebsvermögen (§§ 95-109 BewG)
- d) sonstiges Vermögen (§§ 110,111 BewG)

Zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen zählen alle Wirtschaftsgüter, die einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb dauernd zu dienen bestimmt sind.

Das Grundvermögen umfaßt die bebauten Grundstücke sowie Bauland, soweit diese nicht dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen oder Betriebsvermögen zuzuordnen sind.

Das Betriebsvermögen ist das Vermögen von Gewerbebetrieben sowie das beruflich veranlaßte Vermögen von Freiberuflern.

Das sonstige Vermögen umfaßt alle Wirtschaftsgüter, die nicht den zuvorgenannten Vermögensarten zuzurechnen sind (z.B. Bargeld, Bankguthaben, Wertpapiere).

1.2. Vermögensgegenstände der Unternehmen:

Die Gewinnermittlung stellt nur auf betriebliche Vermögensänderungen ab, Vermögensänderungen, die sich auf den Privatbereich des Steuerpflichtigen beziehen, bleiben dagegen außer Betracht. Aus diesem Grund ist eine klare Trennung zwischen Betriebs- und Privatvermögen erforderlich, denn nur Betriebsvermögen ist in die Bilanz zu aktivieren.

Es ist dabei aber zwischen notwendigen und gewillkürtem Betriebsvermögen zu unterscheiden.

Zum notwendigen Betriebsvermögen zählen alle Wirtschaftsgüter, die dem Betrieb unmittelbar dienen und notwendig mit der Führung des Betriebes zusammenhängen (betriebliche Nutzung > 50 v.H.). Dazu zählen z.B. Betriebsgrundstücke, Maschinen, Betriebsvorrichtungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Zuordnung der Gegenstände zu dem Betriebsvermögen bedarf einer sorgfältigen Abgrenzung, um spätere steuerliche Konsequenzen auf die noch gesondert eingegangen wird, von vornherein zu steuern.

Wirtschaftsgüter, die weder notwendiges Betriebsvermögen noch notwendiges Privatvermögen (betriebliche Nutzung < 10 v.H.) darstellen, können zum gewillkürtem Betriebsvermögen gehören. Hierfür kommen in Betracht Wirtschaftsgüter, deren Art nicht eindeutig in den betrieblichen oder privaten Bereich weisen, deren Einreihung in den betrieblichen oder privaten Bereich aber auch ihrer Natur nicht widerspricht. Der Unternehmer entscheidet selbst zwischen der Eingruppierung Betriebs- oder Privatvermögen (betriebliche Nutzung 10 - 50 v.H.).

1.3. Die Bewertung des Betriebsvermögens

Wenn nach § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 EStG Gewinn der Unterschied zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ist, vermehrt um die Entnahmen und vermindert um die Einlagen, so ergibt sich hieraus nicht nur die Notwendigkeit der vollständigen Erfassung aller Wirtschaftsgüter, sondern auch die Erfordernis der richtigen Bewertung. Denn das Ergebnis des Betriebsvermögensvergleiches wird wesentlich beeinflusst durch die Wertansätze der einzelnen Wirtschaftsgüter, die zu den vergleichenden Betriebsvermögen gehören sowie durch den Wertansatz der Entnahmen und Einlagen.

1.4. Handelsrechtliche und steuerrechtliche Bewertungsvorschriften

Die Bewertungsregeln der §§ 6 ff. EStG decken sich nicht mit den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften (§ 40 HGB, §§ 153 bis 156 AktG). Das liegt an der unterschiedlichen Zweckbestimmung. Die handelsrechtlichen Regelungen enthalten in erster Linie Vorschriften, die dem Gläubigerschutz (Schutz der Rechte der Aktionäre) dienen. Die Handelsbilanz wird demgemäß vom Vorsichtsprinzip beherrscht (ein Kaufmann darf sich nicht reicher machen als er ist).

Die Steuerbilanz dient der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich. Mit ihr soll zum Zwecke der Besteuerung der wirkliche Gewinn ermittelt werden. Wegen dieser Zweckbestimmung mußte das Steuerrecht konkrete Bewertungsregeln setzen. Sie können eine willkürliche Unterbewertung - ebenso eine zu hohe Bewertung nicht gestatten.

1.4.1. Bewertungsmaßstäbe

Als Maßstab für die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter bestimmt § 6 EStG die Anschaffungskosten, die Herstellungskosten und den niedrigeren Teilwert. Dabei stellen sich vor allem zwei Probleme:

- die Erstbewertung
- die Fortschreibung der Werte

Die Erstbewertung wird vorgenommen, wenn ein Betrieb neu mit der Buchführung beginnt. Weiterhin sind die nach dem ersten Bilanzstichtag neu angeschafften Wirtschaftsgüter erstmalig zu bewerten.

Das Steuerrecht kennt im wesentlichen die folgenden Bewertungsmaßstäbe:

- Anschaffungskosten
- Herstellungskosten
- Teilwert
- gemeiner Wert

Anschaffungskosten sind steuerrechtlich alle Aufwendungen, die erforderlich sind, um ein Wirtschaftsgut in Nutzung nehmen zu können, sowie auch Anschaffungsnebenkosten wie z.B. Zulassungsgebühren eines Schleppers oder dessen Überführung.

Die Umsatzsteuer (Vorsteuer) gehört nicht zu den Anschaffungskosten sondern wirkt sich als sofort zu berücksichtigende Betriebsausgabe § 9 EStG aus (pauschalierender Betrieb gem. § 24 UStG), es sei denn, der Land- und Forstwirt hat den Antrag auf Regelbesteuerung (Umsatzsteueroption) gem. § 24 Abs. 4 UStG gestellt. Für diesen Land- und Forstwirt besteht dann die Möglichkeit, der durch die Anschaffung bzw. Herstellung anfallenden Vorsteuer mit der Mehrwertsteuer zu verrechnen.

Die Herstellungskosten i.S.d. EStG sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Erzeugnisses entstehen. Diese setzen sich aus Materialkosten einschließlich der notwendigen Fertigungsgemeinkosten zusammen. Die Umsatzsteuer wird wie bei den Anschaffungskosten behandelt.

Der dritte mögliche Bewertungsmaßstab für die Steuerbilanz ist der Teilwert. Das ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebes im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt.

Der Teilwert spielt gerade bei der Bewertung des Grund und Bodens in den Neuen Bundesländern eine besondere Bedeutung, denn für den zum Betriebsvermögen gehörenden Grund und Boden mußte ein Maßstab für die Bewertung gefunden werden.

Bei der Bewertung des Grund und Bodens ist der Verkehrswert anzusetzen. Der Verkehrswert (Teilwert faktisch gleich Verkehrswert) ist der Wert, welcher sich bei wiederholten Besitzänderungen als beständig erwiesen hat. Die Wertfindung kann auch durch eine Schätzung erfolgen.

Der Teilwert spielt auch im Hinblick der Bewertung anderer Wirtschaftsgüter eine besondere Rolle. So können z.B. Land- und Forstwirte Wirtschaftsgüter, welche sie im Rahmen der Vermögensauseinandersetzung gem. § 44 Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG) erhalten mit dem Teilwert ansetzen. Die Ursache ist darin begründet, weil sich die besagte Vermögensauseinandersetzung im Bereich des Privatvermögens abspielt (Beispiel: ein Wiedereinrichter erhält im Rahmen seines Anspruches gem. § 44 LAG einen Schlepper mit 1.000 DM angerechnet, ein Schätzgutachten weist aber einen höheren Wert von 5.000 DM aus, so kann dieser Wert als Inventarisierungswert angesetzt werden).

1.4.2. Bewertung von Grund und Boden in der Eröffnungsbilanz

Der Grund und Boden von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird nach der Bodenwertzahl (Ertragsmeßzahl) bewertet. Die Bewertung erfolgt, indem die Ertragsmeßzahl je ha mit einem durchschnittlichen Orientierungswert von 150,-- DM vervielfacht wird. Da dieser Wert ein Richtwert darstellt sollte im einzelnen jedes zum Betriebsvermögen gehörende Flurstück hinsichtlich der Bewertung genauer beleuchtet werden, d.h. liegen vergleichbare Kaufpreise für den Grund und Boden vor z.B. Bauerwartungsland, so sollten die höheren Werte Verwendung finden, da es sonst bei einer eventuellen Entnahme oder Veräußerung zu erheblichen steuerlichen Auswirkungen kommen kann.

Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Dabei spielen alle Umstände die den Preis beeinflussen, eine Rolle.

1.4.3. Bewertung der Gebäude und baulichen Anlagen in der Eröffnungsbilanz

Gebäude und baulichen Anlagen sind höchstens mit ihren Wiederherstellungskosten unter Berücksichtigung eines Wertabschlages für die zwischenzeitliche Nutzung anzusetzen.

Dieser auch als Zeitwert definierte Wert wird ermittelt, aus dem fiktiven Herstellungskosten am Bewertungsstichtag in Anlehnung an die Marktpreise der für die Herstellung verwendeten Materialien abzüglich Wertminderung durch Alter und Abnutzung. Vereinfacht ist die Definition Neubauwert abzüglich Wertminderung durch Alter und Abnutzung = Zeitwert.

Desweiteren sind natürlich auch Abschläge für unterlassene Instandhaltung oder unterlassene Großreparaturen zur Erhaltung der Bausubstanz abzuziehen. Sind Großreparaturen durchgeführt worden, die die Nutzungsdauer des Gebäudes erhöht haben, so sind angemessene Zuschläge zum Zeitwert zulässig.

1.4.4. Feldinventar

Grundsätzlich sollte auch dieses Wirtschaftsgut mit den tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet werden. Häufig wird in der Praxis jedoch das Feldinventar steuerlich nicht bewertet, dabei wird auf das steuerliche Bewertungswahlrecht gem. EStR sowie der KStR verwiesen.

Generell ist dabei festzustellen, daß die Bewertung des Feldinventars eines Kaufmanns notwendig ist, denn die Regel ein Kaufmann darf sich nicht ärmer als auch nicht reicher darstellen als er ist, findet auch hier seine Berechtigung. Auch im Hinblick auf die Vermögensauseinandersetzung mit den Mitgliedern kommt der Bewertung eine besondere Rolle zu.

1.5. Besonderheiten bei der Viehbewertung

Nach der gegenwärtigen Bewertungspraxis wird für die Mehrzahl der Tiere die Durchschnittsbewertung für die Darstellung zum Bilanzstichtag angewendet.

Für Tiere, die nach dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1993/94 (1994) erworben oder im Betrieb geboren worden, kann die bisher zulässige Bewertungsmethode der Viehdurchschnittsbewertung nicht mehr angewendet werden, lediglich für Tiere die davor erworben oder geboren wurden, kann die bisherige Methode bis zum ausscheiden fortgeführt werden.

1.5.1. Tiere des Umlaufvermögens

Tiere, die zum Umlaufvermögen gehören, weil sie nicht zum dauernden Verbleib im Betrieb, sondern zum Verbrauch oder Verkauf bestimmt sind (z.B. Masttiere) sind nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG einzeln mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten.

1.5.2. Einzelbewertung

Bei der Einzelbewertung sind jedem Tier die im zurechenbaren Anschaffungs/Erzeugungs- und Aufzuchtskosten zuzurechnen. Die Werte sind grundsätzlich nach den Verhältnissen des Betriebes zu ermitteln.

1.5.3. Gruppenbewertung

Die Gruppenbewertung kann für die am Bilanzstichtag vorhandenen Tiere jedoch auch in nach Tierart und Altersklasse gestaffelte Gruppen zusammengefaßt und mit einem nach den Grundsätzen der Gruppenbewertung ermittelten gewogenen Durchschnitt bewertet werden. Das Wahlrecht braucht nicht für den gesamten Tierbestand einheitlich ausgeübt werden.

1.6. Tiere des Anlagenvermögens

Für Tiere, die zum Anlagevermögen gehören, weil sie nicht zum sofortigen Verkauf nach der Fertigstellung bestimmt sind (z.B. Zuchttiere) gelten in der Anzuchtphase die Bewertungsgrundsätze wie für Tiere des Umlaufvermögens.

Ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Tiere die AfA gem. § 7 EStG vorzunehmen. Der nach der Beendigung verbleibende Schlachtwert ist bei der Bemessung der AfA zu berücksichtigen. Die Inanspruchnahme der Sonderabschreibung für diese Wirtschaftsgüter ist möglich.

Ein Tier ist fertiggestellt, wenn es ausgewachsen ist. Als Zeitpunkt der Fertigstellung gilt bei männlichen Zuchttieren der Zeitpunkt, in dem sie zur Zucht eingesetzt werden können, bei weiblichen Zuchttieren die Vollendung der ersten Geburt.

Die Inventarisierung dieser o.g. Tiere des Anlagevermögens spielt auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Investitionszulage eine Bedeutung, denn sie müssen die geforderten drei Jahre im Anlagevermögen des Betriebes dargestellt werden.

1.7. Gruppenbewertung für Tiere des Anlagevermögens

Auch für fertiggestellte Tiere des Anlagenvermögens kann für jede selbständige Gruppe anstelle der bereits besprochenen Einzelbewertung eine Gruppenbewertung vorgenommen werden. Bei der Bemessung des gewogenen Durchschnitts sind auch die AfA nach § 7 EStG und etwaige Sonderabschreibungen zu berücksichtigen.

Für Tiere, die vor dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1993/94 (Wj. 1994) erworben oder im Betrieb geboren wurden, kann die bisher zulässige Bewertungsmethode (Viehdurchschnittsbewertung) bis zum Ausscheiden der Tiere aus dem Betriebsvermögen angewendet werden (Übergangsregelung).

Demzufolge gilt für Tiere die nach dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1993/94 (94) angeschafft oder geboren werden, die bereits ausführlich besprochene Regelung.

2. Steuerliche Verwertbarkeit von Rückstellungen

Begriff

Rückstellungen sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht Aufwendungen und Verluste, die in der Abrechnungsperiode verursacht wurden. Sie stehen am Bilanzstichtag dem Grunde nach fest, aber Höhe und Fälligkeitszeitpunkt und tatsächliche Realisierung sind noch ungewiß.

Die Frage ob Rückstellungen zwingend gebildet werden müssen oder ob der Bilanzierende ein Wahlrecht zur Bildung oder Unterlassung ausübt ist im § 249 HGB geregelt. eine Passivierungspflicht besteht:

- (1) für ungewisse Verbindlichkeiten (§ 249 Abs. 1 HGB)
- (2) für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (§ 249 Abs. 1)

(3) für unterlassene Instandhaltungen, die innerhalb von 3 Monaten nachgeholt werden und Abraumbeseitigungen innerhalb des Geschäftsjahres (§ 249 Abs. 1 Nr. 1 HGB)

(4) für Gewährleistung ohne rechtliche Verpflichtung (§ 249 Abs. 1 Nr. 2 HGB)

Ein Passivierungswahlrecht besteht dagegen für:

(1) Aufwendungen für Instandhaltungen, die nach 3 Monaten aber innerhalb des Geschäftsjahres, § 249 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 HGB) und

(2) ihrer Eigenart nach genau umschriebene Aufwendungen (z.B. Großreparaturen - § 249 Abs. 2 HGB)

Rückstellungen sind nur in Höhe des Betrages anzusetzen, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, gleichwohl ist das Vorsichtsprinzip eines Kaufmannes zu beachten.

Die Rückstellungsbildung muß den tatsächlichen, objektiven wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Für die DM-Eröffnungsbilanz sind die ungewissen Verbindlichkeiten sowie die drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften von besonderer Bedeutung, da diese Rückstellungsarten in der ehemaligen DDR unbekannt waren. Die sich daraus ergebende Belastung der Bilanz kann neutralisiert werden, durch die gleichzeitige Aktivierung und spätere Abschreibung des Sonderverlustkontos (§ 17 Abs. 4 DMBilG) das eine Bilanzierungshilfe darstellt.

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt grundsätzlich, daß sie das Verursachungsgeschäftsjahr belasten und keine Berücksichtigung mehr in den Jahren finden, in denen die Auszahlung geschieht. Die erstmalige Einstellung derartiger Rückstellungen in die DM-Eröffnungsbilanz würde danach eine erfolgswirksame Berücksichtigung dieser Aufwendungen insgesamt ausschließen.

In Höhe des Sonderverlustkontos ist innerhalb der Gewinnrücklagen eine Sonderrücklage einzustellen (§ 17 Abs. 4 S. 3 DMBilG).

Der Ausweis des Sonderverlustkontos neutralisiert die ausgewiesenen Rückstellungen und verbessert damit das auszuweisende Eigenkapital. Sofern erst durch die Bildung des Sonderverlustkontos der Ausweis von Rücklagen ermöglicht wird, dürfen diese nicht zur Ausschüttung an die Gesellschafter, sondern nur zur Tilgung von Verlusten verwendet werden.

3. Altschuldenregelung landwirtschaftlicher Betriebe der neuen Bundesländer - bilanzielle Entlastung gem. § 16 Abs. 3 des DMBilG

Auf der Grundlage der Arbeitsanweisung für die Entschuldung landwirtschaftlicher Unternehmer kann die Treuhandanstalt durch Schuldübernahme die Unternehmen teilweise oder vollständig entschulden.

Entschuldungsmaßnahmen werden allerdings nicht vorgenommen, wenn das Unternehmen sich durch die Veräußerung eigener Vermögenswerte selbst entschulden kann. Deshalb muß das Unternehmen die nicht dem landwirtschaftlichen Unternehmenszweck dienenden Wirtschaftsgüter bis zum 31. 12. 1995 veräußern.

In aller Regel hat die Treuhandanstalt den Antragstellern, die die Voraussetzungen erfüllen, die Übernahme einer 1. Rate in Höhe von 25 v.H. der entsprechenden Altkrediten mitgeteilt. Für die steuerliche Wirksamkeit dieser Maßnahme ist allerdings der rechtswirksame Abschluß des Schuldübernahmevertrages erforderlich.

4. Rangrücktrittsvereinbarung

Weiterhin können die betroffenen Unternehmen auf der Grundlage der Arbeitsanweisung für Maßnahmen zur bilanziellen Entlastung einen Antrag an das zuständige Kreditinstitut, mit dem Ziel des Abschlusses einer Rangrücktrittsvereinbarung stellen.

Voraussetzung für diese Entlastung ist allerdings, daß das Unternehmen zum 01. 07. 1990 ohne einen Rangrücktritt nach § 16 (3) DMBilG überschuldet gewesen wäre oder daß das Fortbestehen des Unternehmens oder des Nachfolgeunternehmens ohne die Entlastung nicht gesichert gewesen wäre.

Die Berichtigung erfolgt handelsrechtlich wertneutral in der Schlußbilanz nach rechtskräftiger Vereinbarung des Rangrücktritts mit der Gläubigerbank.

Altkredite müssen nach den gesetzlichen Bestimmungen im Anhang unter den sonstigen Verpflichtungen gesondert ausgewiesen werden, es sei denn, die Rangrücktrittsvereinbarung sieht die Behandlung als nachrangiges Kapital in der Bilanz vor.

Die Rangrücktrittsvereinbarung verpflichtet die Schuldner, nicht betriebsnotwendiges Vermögen bis zum 31. 12. 1995 zu veräußern. 50 v.H. der Verkaufserlöse darf das Unternehmen zur Erfüllung von Abfindungsansprüchen verwenden. Die anderen 50 v.H. dienen zur Tilgung von Altschulden.

5. Steuerliche Auswirkung der Altschuldenentlastung und Rangrücktrittsvereinbarung

Über die steuerliche Behandlung des Teilschuldnererlasses besteht derzeit keine eindeutige Regelung. Nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums ist der Schuldnerlaß nur steuerfrei, wenn gleichzeitig alle Gläubiger in gleicher Weise ihre Forderungen erlassen. Diese Forderung ist unverständlich, weil die LPG'n ihre Erlaßanträge bereits 1990 bzw. 1991 gestellt haben und auch mit diesem Termin die Schuldbefreiung eintritt. In der augenblicklichen Situation ist den Betrieben die offene Einbuchung der erlassenen Teilschulden in das Eigenkapital anzuraten, obwohl eine spätere Versteuerung nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Rangrücktrittsvereinbarung ist steuerrechtlich eindeutig. Nach Rechtskraft des Vertrages wird der Kredit aus der Bilanz ausgebucht. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital entsprechend, welches aber nicht für die Mitglieder verwendbar ist.

Die steuerliche Behandlung der seit dem 01. 07. 1990 aufgelaufenen Zinsen hängt von der bisherigen Verbuchung des Betriebes ab. Wurden sie bisher als Aufwand gebucht, löst der Erlaß der Hauptforderung (Kredit) nachträglichen Zinsertrag aus. Zinsverbindlichkeiten auf den in Rang zurückgetretenen Kredit werden dagegen nicht aufgelöst. Nach herrschender Meinung bleiben die Zinsen weiterhin ergebniswirksam.

Literaturverzeichnis

Rechtsformen landwirtschaftlicher Unternehmen

AID, Konstantinstraße 124 53179 Bonn, Nr. 1147/1992

Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft

AID Bonn, Nr. 1247/1992

Für die Unternehmensformen unserer Landwirtschaft wichtigste Regelungen

Steuern, Struktur - Soziales

BML, Bonn

Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft

Felsmann, Lose Blattsammlung, Verlag Pflug und Feder PSF 2047,
53473 St. Autustin

Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft

Altehoefer/Fichtelmann/Schlücking/Walter, NWB Verlag, PSF 10 18 49 44621 Herne

Top agrar - Sonderhefte

Welche Rechtsform ist die Beste? Umsatzsteuer in der Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftliche Steuerlehre

Köhne/Wesche, Eugen Ulmer Verlag Stuttgart

Der Jahresabschluß der GmbH

Gräfer, 3. Auflage NWB Verlag Herne/Berlin

BMF Schreiben vom 30. 11. 1992, IV B 2 - S. 1901 - 244/92 über Steuerliche
Behandlungen von Altkrediten

Grundsätze der Finanzierung großer landwirtschaftlicher Unternehmen verschiedener Rechtsformen

Dr. Rüdiger Fuhrmann, Hannover

Der landwirtschaftliche Sektor war in der Vergangenheit und wird noch viel stärker in der Zukunft strukturellen Anpassungsdrücken unterliegen. Vor diesem Hintergrund werden nur solche Unternehmen im Wettbewerb bestehen können, die kostengünstig produzieren, also in der Produktion nur geringe Stückkosten verursachen, und die sich an geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen schnell und umfassend anpassen können.

Die Diskussion darüber, welche Betriebsstrukturen und -formen hierfür die besten Voraussetzungen bieten, wird häufig eindimensional auf die Faktorausstattung/Produktionskapazität der Unternehmen beschränkt. Ergebnis solcher Diskussionen ist dann in aller Regel, daß im Rahmen der vorgefundenen Größenstrukturen die Unternehmen mit der größeren Produktionskapazität und Faktorausstattung auch die wettbewerbsfähigeren seien. Dem widersprechen jedoch die ersten verfügbaren Betriebsstatistiken aus den neuen Bundesländern. Daraus ist zu entnehmen, daß die in Form landwirtschaftlicher Einzelbetriebe oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts geführten Unternehmen im Vergleich zu den in Form juristischer Personen geführten Unternehmen deutlich bessere Betriebsergebnisse erzielten, obwohl die letztgenannte Gruppe über eine i.d.R. höhere Faktorausstattung verfügt. Zwar sind diese ersten Betriebsstatistiken in ihrer Aussagefähigkeit eingeschränkt, doch ist diese Tendenz zu erkennen.

Aus Sicht der finanzierenden Banken sind die Unternehmen bzw. Unternehmensformen interessant und finanzierungsfähig, die rentabel wirtschaften und langfristig stabil sind. Also solche Unternehmen, die ausreichende Gewinne erzielen um genügend Eigenkapital zur Bedienung der Kredite und zur Stabilisierung des Unternehmens gegenüber Markt- und Produktionsrisiken zu bilden. Bei gegebenen Finanzierungsvoraussetzungen sind hierbei vor allem Betriebe größerer Produktionskapazität interessant, da diese i.d.R. größere Kreditvolumen benötigen, was zu Kostendegressionen bei dem Finanzierungsinstitut führt.

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich unter Berücksichtigung des gestellten Themas auf zwei Unternehmensgruppen, nämlich neu gegründete Unternehmen in Form von Personengesellschaften oder juristischer Personen und Unternehmen, die aus der Umstrukturierung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften hervorgegangen sind und deren Rechtsnachfolge antreten. Diese Abgrenzung wurde aus pragmatischen Gesichtspunkten gewählt, da in diesen Unternehmen im Vergleich zu landwirtschaftlichen Einzelbetrieben andere Problemstrukturen aus Unternehmensform und Faktorausstattung resultieren, deren Erörterung nachfolgend erfolgen sollen.

Landwirtschaft

1. Grundsätze der Finanzierung neu gegründeter landwirtschaftlicher Unternehmen größerer Faktorausstattung

Die Erörterung der Grundsätze zur Finanzierung dieser Unternehmensgruppe soll in folgende Punkte gegliedert werden:

- Unternehmensform
- Verfügbarkeit und Preis der Produktionsfaktoren
- Rentabilität und Kapitaldiensttragbarkeit
- Betriebsleiterqualität, Führungsstruktur
- Absicherung

Die einzelnen Punkte sind zum Teil eng miteinander verknüpft und bedingen sich m.u. gegenseitig.

Unternehmensform:

Die am häufigsten gewählte Unternehmensform ist die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, also eine Personengesellschaft. Diese hat den Vorteil weitreichender Möglichkeiten bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages und bietet zudem gegenüber der jur. Person Steuervorteile. Sie ist jedoch nur praktikabel, wenn die Zahl der Gesellschafter gering bleibt (zwei bis max. 5) und diese auch alle im Betrieb mit tätig sind. Dies ist aus unserer Sicht auch wünschenswert, um gleiche Interessenlagen der Beteiligten zu gewährleisten und einfache Entscheidungsstrukturen zu haben. Die Wahl einer juristischen Person - vor allem GmbH - bietet nur scheinbare Vorteile hinsichtlich der Haftung. Scheinbar deswegen, weil wir diese Haftungsbeschränkung in aller Regel bei der Finanzierung aufgehoben wird. D.h. Geld gibt es nur, wenn auch die Bereitschaft zur Übernahme von Risiko besteht. Dagegen bestehen jedoch bei jur. Personen erhebliche steuerliche Nachteile gegenüber der Personengesellschaft, die sich negativ auf die Eigenkapitalbildung des Unternehmens auswirkt.

Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren:

I.d.R. werden Flächen angemietet oder Gebäude gekauft bzw. neu errichtet. Voraussetzung einer Finanzierung wie auch der Förderung ist, daß vor allem die Flächenausstattung des Betriebes langfristig zur Verfügung steht, um somit die Investitionen langfristig abzusichern. Bei dem Ankauf von Gebäuden für den Bereich Veredlung täuschen günstige Kaufpreise oft über Nachteile auf Seiten der Produktion bzw. auf arbeitswirtschaftlicher Seite hinweg. I.d.R. kann der Umbau solcher Gebäude nur unter Eingehung von Kompromissen erfolgen, so daß hier Vergleichrechnungen zu einem Neubau anzustellen sind.

Kapitaldiensttragbarkeit:

Die Tragbarkeit des Kapitaldienstes wird entscheidend geprägt von den Gewinnerwartungen des Unternehmens sowie den Finanzierungsmöglichkeiten. Zur Finanzierung folgendes: Ohne Eigenkapital (in Form von Barkapital, und/oder Gebäudedepot und/oder Bodendeckung) ist eine tragbare Finanzierung i.d.R. nicht möglich. Selbst unter Einbeziehung von Förderkrediten würde der Kapitaldienst so eng, daß keinerlei Risikoreserven vorhanden wären. Als Anhaltswert für einen Mindesteigenkapitalanteil können 20 % des Gesamtinvestitionsvolumens genannt werden. In Abhängigkeit von der Produktionsausrichtung des Betriebes, der Pachtbedingungen (z.B. eiserne Pacht des Feldinventars), des Fremd-AK-Besatzes etc. kann der notwendige Eigenkapitalanteil variieren. Vor allem bei größeren landwirtschaftlichen Unternehmen mit hohen Investitionsvolumen sind durch die Kapitalverfügbarkeit Grenzen gesetzt. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fördermitteln mit entsprechender Senkung des zu leistenden Kapitaldienstes gegenüber Kapitalmarktdarlehen schafft hier nur begrenzt Abhilfe. Hierzu folgendes Beispiel:

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, 3 Gesellschafter

800 ha LF (60 ha Eigentumsflächen)

- 400 Getreide

- 150 ha Silomais

- 250 ha Grünland

500 Milchkühe und eigene Nachzucht

22 Arbeitskräfte, davon 18 Fremd-AK

Übernahme einer Milchviehanlage mit Modernisierungsbedarf

Investitionen

| | | |
|------------------------------|----|-----------|
| Bodenankauf | DM | 30.000 |
| Gebäudeankauf/Modernisierung | DM | 2.500.000 |
| Technikankauf | DM | 1.200.000 |
| Viehzukauf | DM | 700.000 |
| Umlaufmittelbedarf | DM | 800.000 |
| Gesamtinvestitionssumme | DM | 5.230.000 |

| Finanzierung (DM) | o.EK | m.EK |
|--|------------|------------|
| Eigenkapital | 0 | 1.200.000 |
| MwST-Rückerstattung | 600.000 | 600.000 |
| Zuschüsse | 230.000 | 230.000 |
| öffentl. Darlehn | 1.200.000 | 1.200.000 |
| ZV-Darlehn (20 J.) | 756.000 | 756.000 |
| ZV-Darlehn (10 J.) | 444.000 | 444.000 |
| Kapitalmarktdarlehn | 1.200.000 | 0 |
| Kontokorrentkredit | 800.000 | 800.000 |
| Gesamtkreditsumme | 4.400.000 | 3.200.000 |
| Gesamtsumme | 5.230.000 | 5.230.000 |
| Anteil EK an Gesamtfinanzierung (o. MwSt.) | 95 % | 70 % |
| Gewinn | DM 124.000 | DM 220.000 |
| Kapitaldienstgrenze (einschl. 1/2 AfA) | DM 263.000 | DM 238.000 |
| anfallender Kapitaldienst | DM 430.000 | DM 215.000 |
| Ausschöpfung Kapitaldienstgrenze | 163 % | 90 % |

Das Beispiel zeigt, daß die Finanzierung eines landwirtschaftlichen Unternehmens dieser Größenordnung nur möglich ist, wenn ein bestimmter Anteil Eigenkapital in die Finanzierung einfließt. Im Beispiel wirkt sich vor allem auch der hohe Fremd-AK-Besatz des Betriebes negativ auf die Kapitaldiensttragbarkeit aus.

Betriebsleiterqualität/Betriebsführung - Haftungsübernahme:

Neben dem vorzulegenden Betriebskonzept ist der Betriebsleiter oder sind die Betriebsleiter entscheidender Garant für den Erfolg des Betriebes. Der Betriebsleiter sollte sowohl fachlich als auch betriebsorganisatorisch in der Lage sein, die Größenordnungen des Betriebes zu überschauen. Sind die Betriebsleiter mit der Produktionskapazität des Betriebes überfordert, können die sich aus der Betriebsgröße ergebenden Kostendegressionen hierdurch schnell kompensiert bzw. überkompensiert werden.

Ein weiterer Anspruch an die Person(en) des/der Betriebsleiter ist das in voller Konsequenz verantwortungsbewußte Handeln. In voller Konsequenz heißt, daß die Betriebsleiter die Folgen ihrer Entscheidungen - ob positiv oder negativ - in erster Linie selbst tragen. Dies geschieht im Falle positiver Betriebsergebnisse durch Beteiligung am Gewinn, im Falle negativer Betriebsergebnisse

zum einen durch die Haftung des in den Betrieb eingebrachten Vermögens, zum anderen jedoch auch darüber hinaus durch die Haftung mit dem Privatvermögen.

Absicherung:

Die persönliche Risikoübernahme der Unternehmer wurde im vorangehenden Punkt bereits angesprochen. Grundsatz ist, daß über die im Unternehmen zur Verfügung stehenden Absicherungsmöglichkeiten hinaus auch im privaten Vermögensbereich abgesichert wird.

Zur Absicherung auf den Liegenschaften des Unternehmens ist folgendes zu ergänzen:

Soweit Gebäude genutzt werden und dort Investitionen im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen erfolgen, ist es wünschenswert, daß diese Gebäude im Eigentum des Unternehmens bzw. der Unternehmer stehen. Bei pachtweiser Übernahme können die hierin getätigten Investitionen nicht in die Absicherung mit einfließen. Sollten sich Investitionen in gepachtete Gebäude nicht vermeiden lassen, so sind die Übergabebedingungen bei Pachtende (Restwertübernahme der getätigten Investitionen) vertraglich zu vereinbaren.

Neben dem Gebäudeeigentum ist außerdem anzustreben, daß auch der dazugehörige Grund und Boden im Eigentum des Unternehmens steht bzw. käuflich zu erwerben ist. Es besteht zwar die Möglichkeit der Einrichtung eines Gebäudegrundbuches und damit einer Verpfändung des Gebäudes. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Betriebes verbleibt jedoch bei ungeklärter Eigentumsfrage des Bodens immer die Unsicherheit, unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen die Zusammenführung von Grund und Boden sowie Gebäuden später einmal erfolgt. Müssen in Angrenzung an das erworbene Gebäude bauliche Anlagen errichtet werden (z.B. Güllelagerung), so ist schon zur Beantragung der Baumaßnahme erforderlich, daß man Eigentümer des Bodens ist. Ergänzend sei der Vollständigkeit halber erwähnt, daß über die grundbuchliche Absicherung hinaus auch bewegliches Vermögen (Maschinen, Vieh, Vorräte) durch Sicherungsübereignung in die Sicherung mit einbezogen werden kann.

2. Grundsätze der Finanzierung von Unternehmen als Rechtsnachfolger ehemaliger Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften

Grundsätze zur Finanzierung, die sich auf die Größe des Unternehmens (Produktionskapazität) beziehen, gelten unabhängig von der Rechtsform oder der Entstehungsgeschichte des Unternehmens und werden - soweit sie in den vorangegangenen Ausführungen bereits angesprochen wurden - hier nicht mehr angeführt.

Die Erörterung der Grundsätze zur Finanzierung der LPG-Rechtsnachfolgebetriebe soll wie folgt gegliedert werden.

- Eigenkapitalsicherheit, Altschulden
- Gesellschafterstruktur
- Gesellschaftsstruktur
- Führungsstruktur, Entscheidungsstruktur
- Rentabilität/Kapitaldiensttragbarkeit
- Absicherung/Haftung

Eigenkapitalsicherheit, Altschulden:

Eigenkapitalsicherheit: Ein wichtiger Punkt bei der Beurteilung eines Rechtsnachfolgebetriebes ist die Sicherheit des Eigenkapitalstocks. Unsicherheiten können in zwei Sachverhalten begründet sein:

- a) Die Vermögensauseinandersetzung ist rechtlich anfechtbar, so daß damit zu rechnen ist, daß ausgeschiedene Mitglieder später Nachforderungen an das Unternehmen stellen.
- b) Die im umstrukturierten Unternehmen verbleibenden Gesellschafter kündigen ihre Geschäftsanteile.

Zu a)

Die Rechtssicherheit der Vermögensauseinandersetzung ist für uns als Bank bei angemessenem Aufwand nur schwer zu prüfen. Die von den Landwirtschaftsministerien veranlaßten Überprüfungen vermindern u.U. die Rechtsunsicherheit, beseitigen sie jedoch nicht. Die hieraus resultierenden Risiken zur Stabilität des Eigenkapitalstocks sind um so größer, je stärker im Rahmen der Umstrukturierung eine Konzentration des Aktivvermögens auf wenige Gesellschafter stattgefunden hat und je geringer das personifizierte und ausgezahlte Kapital im Vergleich zu den tatsächlichen Aktiva war. Hier sei jedoch schon vorweggenommen, daß es andererseits wünschenswert ist, die Zahl der Gesellschafter so gering wie möglich zu halten (s.u.). Bei konsequenter Personifizierung des Eigenkapitals sind die Unternehmen jedoch dann i.d.R. mit hohen Zahlungsansprüchen gegenüber ausscheidenden Mitgliedern belastet, also mit Fremdkapital, wenn auch in den meisten Fällen zu vergleichsweise günstigen Konditionen (zinslos).

Zu b)

Als Gründe für Fortführung einer ehemaligen LPG in anderen Gesellschaftsformen mit Rechtsnachfolge werden immer wieder folgende genannt:

- Eine Liquidation hätte zu hohem Kapitalverlust bei den Genossen geführt
- Die Größe der Unternehmen bietet die Gewähr für eine wettbewerbsfähige Produktion

Beide Argumente bedeuten im Umkehrschluß, daß solche Unternehmen überdurchschnittliche Kapitalverzinsungen gewährleisten müssen, um den Erwartungen der Kapitalgeber (Gesellschaftern) gerecht zu werden. D.h., wenn es den Unternehmen nicht gelingt, kurz- bis mittelfristig Betriebsergebnisse zu erzielen, die nach Entlohnung der Faktoren Arbeit, Boden und Fremdkapital auch eine in seiner Höhe interessante Entlohnung des Gesellschafterkapitals zu gewährleisten, wird dieses Kapital durch Kündigung der Gesellschafter abfließen.

Altschulden: Viele der Rechtsnachfolgeunternehmen ehemaliger LPG'n weisen Altschulden auf. Hier soll nicht über politischen Sinn oder Unsinn der Altschuldenregelung diskutiert werden sondern die sich aus der Altschuldenproblematik ergebenden Grundsätze zur Finanzierung erörtert werden.

Folgende Sachverhalte sind festzuhalten:

- a) I.d.R. wurde ein Teilbetrag der vorhandenen Altverbindlichkeiten entschuldet, über den verbleibenden Betrag wurde eine Rangrücktrittsvereinbarung unterzeichnet und bilanzielle Entlastung erteilt.
- b) Mit der unter a) genannten Regelung existieren die Altschulden jedoch für den Betrieb weiter und sind nach derzeitiger Sachlage nicht 100 % entschuldet, wie oft von seiten der Agrarunternehmen argumentiert wird. Dies zeigt sich schon in der Tatsache, daß nach geltender Regelung 20 % des Gewinns als Kapitaldienstleistung auf die Altschulden abgeführt werden müssen. Nach derzeitigem Sachstand ist es zumindest nicht auszuschließen, daß in Zukunft über die 20 %-Regelung hinaus der volle Kapitaldienst auf die Altschulden zu zahlen ist.

Da für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, daß auf die Altschulden der volle Kapitaldienst zu leisten ist, muß es im Interesse des Unternehmens und der Bank liegen, daß der Betrieb auch in diesem Fall existenzfähig ist. Praktisch bedeutet dies aus unserer Sicht, daß das Unternehmen mindestens rechnerisch in der Lage sein muß, den Kapitaldienst aus Altschulden voll zu bedienen. Die jetzige Regelung - Bedienung der Altschulden mit 20 % vom Gewinn

und zwar anteilig für Tilgung und Zinsen - führt einerseits zu einem Abbau des Altschuldenbestandes, kann jedoch andererseits zum Aufbau eines Bestandes nicht gezahlter Zinsen führen, die den Altschuldenabbau übersteigt.

Gesellschafterstruktur:

Je mehr ehemalige LPG-Mitglieder in dem Nachfolgeunternehmen als Gesellschafter verbleiben, um so geringer sind die Kapitalabflüsse an ausscheidende Mitglieder und um so höher ist der Eigenkapitalbestand. Demgegenüber stehen jedoch auch erhebliche Nachteile. Ein Nachteil besteht in der unsicheren Eigenkapitalverfügbarkeit (Abfluß durch Kündigung), dies wurde oben bereits dargelegt. Ein weiterer Nachteil ist in der Unternehmensführung/Entscheidungsfindung zu sehen. Je größer die Zahl der Gesellschafter ist, um so unterschiedlicher sind die Interessenlagen der einzelnen Gesellschafter. Während die Bodeneigentümer ein Interesse an möglichst hohen Pachtzahlungen haben, liegt es im Interesse der im Betrieb Beschäftigten, möglichst hohe Lohnzahlungen zu erhalten. Alle Gesellschafter zusammen sind darüber hinaus an einer hohen Verzinsung ihrer Kapitalanteile interessiert. Wenig Interesse besteht dagegen tendenziell an Eigenkapitalbildung im Unternehmen selbst.

Erschwert wird die Entscheidungsfindung zusätzlich, wenn die Streuung der Gesellschaftsanteile sehr inhomogen ist und hieraus weitere Interessengegensätze resultieren.

Gesellschaftsstruktur:

In einigen Betrieben bestehen einseitige oder wechselseitige Kapitalverflechtungen, die zum Teil aus den ehemals bestehenden Strukturen z.T. aber auch im Rahmen der Umstrukturierung resultieren. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine Milchviehanlage oder Schweineanlage ehemals als zwischenbetriebliche Einrichtung betrieben wurde. Nach Umstrukturierung wurde hier ein eigenes Unternehmen gegründet, an dem mehrere LPG-Rechtsnachfolgebetriebe und evtl. zusätzliche Gesellschafter beteiligt sind. Bei einer Prüfung zur Finanzierung wäre von Bankenseite hier ein hoher Prüfungsaufwand zu betreiben, da sämtliche Gesellschafter betriebswirtschaftlich zu beurteilen sind. Zusätzlich ergeben sich bei solchen Konstruktionen neue Konfliktpunkte in der Unternehmensführung durch unterschiedliche Interessenlagen der Gesellschafter.

Unsere Forderung ist daher möglichst einfache, unverschachtelte Gesellschaftskonstruktionen, die klare Verantwortlichkeiten, gleichgerichtete Interessenlagen aufweisen und bei denen der Prüfungsaufwand in einem annehmbaren Verhältnis zum Finanzierungsvolumen steht.

Führungsstruktur/Entscheidungsstruktur:

Die Geschäftsführung bzw. der Vorstand von LPG-Rechtsnachfolgeunternehmen ist in ihrer/seiner Entscheidungsfreiheit häufig sehr stark durch die Vorgaben der Gesellschafterversammlung bzw. des Aufsichtsgremiums eingeschränkt. Dies führt mitunter zu einer schwerfälligen Entscheidungsfindung, die eine notwendige Flexibilität im Wettbewerb verhindert oder zumindest erschwert. In diesem Zusammenhang ist auf die oben bereits dargelegte, unterschiedliche Interessenlage der Gesellschafter (Kapitalgeber) in der Gesellschaftsversammlung zu verweisen, die bei betrieblichen Entscheidungen berücksichtigt werden muß. Hier ist m.E. ein Grund zu sehen, daß in nicht wenigen Unternehmen der Arbeitskräfteabbau bisher nicht in dem Maße vollzogen wurde, wie es aus betriebswirtschaftlicher Sicht notwendig wäre.

Als Idealfall wäre der Betrieb mit wenigen verbleibenden (mitarbeitenden, kapitalgebenden) Gesellschaftern zu sehen, die Verantwortung tragen und gleiche Interessenlagen - nämlich eine möglichst hohe Rentabilität und Stabilität des Betriebes - aufweisen.

Wir fordern aus den genannten Gründen klare, einfache und flexible Entscheidungs- und Kompetenzstrukturen, was vor allem vor dem Hintergrund der Übernahme von Bürgschaften für das Unternehmen durch die Geschäftsleitungs/Vorstandsmitglieder auch im Interesse dieser Personen liegen muß (s. hierzu Absicherung).

Rentabilität/Kapitaldiensttragbarkeit:

Rentabilität:

Die Produktionskapazität eines Unternehmens allein bedingt noch nicht die Wettbewerbsfähigkeit dieses Unternehmens. Entscheidend sind die Produktionsvoraussetzungen, d.h. die technische Ausstattung sowie die arbeitswirtschaftlichen Verhältnisse in den Betriebszweigen der Veredlung und - ganz wichtig - die Fähigkeit und Motivation der Mitarbeiter. Um es an einem vereinfachten Beispiel zu verdeutlichen: Ein Milchviehbestand von 500 Kühen verteilt auf drei Produktionsanlagen an verschiedenen Standorten mit Anbindehaltung und Festmistaufstallung bringt nicht die Kostenverteilung (evtl. sogar Nachteile), die die Milchviehbestandsgröße des Unternehmens zunächst vermuten lassen. Dies gilt umsomehr, wenn die Arbeitskräfte Lohnempfänger sind und sich für die wirtschaftlichen Belange des Unternehmens nicht verantwortlich zeigen. Eine solche Grundeinstellung der Arbeitskräfte kann aber auch nach Modernisierungsinvestitionen dazu führen, daß mögliche Kostenvorteile einerseits durch zu geringe Arbeitsproduktivität andererseits kompensiert werden.

Umstrukturierung

Oft stellt sich die Produktionsstruktur eines LPG-Rechtsnachfolgebetriebes so dar, daß neben landwirtschaftlichen Produktionszweigen auch außerlandwirtschaftliche Einnahmequellen und Tätigkeitsfelder (Handwerksabteilungen, Lohnarbeiten, Mieteinnahmen, Tankstellen etc.) zu finden sind. Hierzu ist grundsätzlich festzuhalten, daß solche nichtlandwirtschaftlichen Bereiche in der Umstrukturierungsphase dem Betrieb Liquidität verschaffen können und somit die Umstrukturierung evtl. vereinfachen. Mittel- und langfristig darf dies jedoch nicht dazu führen, daß eine unrentable landwirtschaftliche Produktion durch solche Bereiche auf Dauer gestützt wird. Ziel muß es in solchen Fällen sein, in diesen Bereichen eigene Verantwortlichkeiten zu schaffen, was oft am besten mit einer Ausgliederung/Privatisierung zu erreichen ist.

Aber auch auf die landwirtschaftlichen Bereiche bezogen gilt, daß jeder Betriebszweig für sich rentabel arbeiten muß. Es kann nicht sein, daß ein rentabler Marktfruchtbau auf Dauer unrentable Veredlungszweige stützt oder umgekehrt. Vielfach ist jedoch festzustellen, daß aus der Interessenlage der Gesellschafter heraus, unrentable Produktionszweige gehalten werden, um z.B. die damit verbundenen Arbeitsplätze zu halten.

Wünschenswert sind einfache Produktionsstrukturen, die die Größenvorteile nutzen können und einfach zu steuern und zu verwalten sind.

Große Produktionskapazitäten können aufgrund der Mengen zusätzliche betriebswirtschaftliche Vorteile im Einkauf der Betriebsmittel und im Absatz der Produkte in Form besserer Preise bringen. Andererseits schließen die Produktionskapazitäten m.E. bestimmte Absatzwege aus. So paßt es z.B. nicht in die Organisation eines großen Betriebes, wenn aus historischen Gründen ein Teil der produzierten Kartoffeln zentnerweise an Endverbraucher geliefert werden. Dies ist im Familienbetrieb oder durch spezielle Vermarktungsunternehmen wesentlich preisgünstiger zu gestalten.

Kapitaldiensttragbarkeit:

Die Tilgung von Krediten kann nur aus Eigenkapital (mittelfristig z.T. auch aus Abschreibungsbeträgen) erfolgen. Die Eigenkapitalbildung wird bei den hier besprochenen Unternehmen (juristische Personen) durch steuerliche Rahmenbedingungen erschwert. Hinzu kommt die Interessenlage der Kapitalgeber (Gesellschafter) möglichst hohe Verzinsungen des eingebrachten Kapitals zu erlangen.

Aus Sicht der Geschäftsführung wird hingegen oft umgekehrt argumentiert: Man ist nicht an hohen Gewinnen interessiert, da man dann hohe Steuerzahlungen zu

leisten hat, hohe Zahlungen auf die Altschulden zu leisten hat und die Gesellschafter zusätzlich hohe Ansprüche an die Verzinsung ihres Kapitals stellen. Aus Finanzierungssicht müssen in allen angesprochenen Bereichen die Voraussetzungen dafür geschaffen sein, daß eine ausreichende Eigenkapitalbildung zur Tilgung der Kredite (unter angemessener Berücksichtigung der Altschulden) und zur Sicherung der langfristigen Stabilität des Unternehmens gewährleistet ist.

Absicherung:

Die Absicherung der ausgereichten Kredite erfolgt auf den Immobilien des zu finanzierenden Unternehmens, bei Bedarf ergänzt um Sicherungsübereignung von Technik, Vieh oder Vorräten. Hierzu kann auf die oben dargelegten Ausführungen zur Absicherung bei neu gegründeten Unternehmen verwiesen werden.

Darüber hinaus verlangen wir jedoch auch bei den hier behandelten Unternehmen, daß mindestens die Personen der Führungsgremien anteilig für die Kredite des von ihnen geleiteten Unternehmens haften. Damit soll erreicht werden, daß das Verantwortungsbewußtsein der Entscheidungsträger für die Bank sichtbar gestärkt wird und diese enger an das Unternehmen gebunden werden. Denn die Realisierung eines Betriebskonzeptes (als wichtige Grundlage zur Kreditentscheidung) hängt maßgebend von den Betriebsleitern ab. Das heißt, auch hier ist der Unternehmer und nicht der abhängig Beschäftigte als Führungskraft gefordert.

Im Interesse der Entscheidungsträger setzt dies jedoch voraus, daß die Entscheidungsstrukturen einen maßgeblichen Einfluß der bürgenden Personen auf die Führung des Unternehmens zulassen. Dies ist im Idealfall wiederum dann am einfachsten zu realisieren, wenn das Unternehmen von wenigen Gesellschaftern getragen wird, die alle für die Kredite des Unternehmens bürgen und so mit einer einheitlichen Interessenlage - nämlich den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes - aufweisen.

Zusammenfassung:

LPG-Rechtsnachfolgebetriebe stellen vor dem Hintergrund der oben dargelegten Problemstellungen im Vergleich zu neu gegründeten Unternehmen i.d.R. einen Kompromiß dar. Wenn aus wie auch immer gearteten Gründen eine solche Kompromißlösung gewählt wird sind zusammenfassend folgende Voraussetzungen der Finanzierung festzuhalten:

- nachvollziehbare, möglichst rechtssichere Personifizierung des Eigenkapitals
- wenige Gesellschafter mit einer möglichst homogenen Streuung der Geschäftsanteile
- einfache strukturierte Gesellschaftsformen
- Radikaler Arbeitskräfteabbau
- Einfache Produktionsstrukturen
- Ausreichende Eigenkapitalbildung mit Reserven für eine zumindest rechnerische Berücksichtigung der Altschulden
- möglichst wenige/keine Lohnempfänger, dafür jedoch verantwortungsbewußte Unternehmer mit der Bereitschaft zur persönlichen Risikoübernahme

Rechtliche Probleme bei der "Zweiten Privatisierung" von LPG-Nachfolgeunternehmen

Ulrich Behr

Haftungsrisiken bei wirtschaftlichen Aktivitäten nach den oder außerhalb der LPG-Nachfolgeunternehmen

Staatliche Förderungen im landwirtschaftlichen Bereich benachteiligen tendenziell die LPG-Nachfolgeunternehmen. Beispiele sind die Zuwendungen für die Eigenkapitalhilfe, Vergabe von Treuhandflächen oder Zuschüsse zur Mutterkuhhaltung. Der Entwurf für die Regelung von Zuwendungen für die Eigenkapitalhilfe im Lande Brandenburg sieht u.a. vor, daß die anspruchnehmenden natürlichen Personen die persönliche Haftung übernehmen müssen. Der Umfang der dort geforderten "Mithaftung für die Betriebsführung" läßt sich zwar nicht eindeutig definieren (ist lediglich die Haftung für Geschäftsführerverschulden nach § 43 GmbHG, § 34 GenG gemeint oder die Übernahme des vollen Unternehmerrisikos?). Wegen der in den Nachfolgeunternehmen schlummernden Risiken scheint es in vielen Fällen angebracht, nicht einen Schuldbeitritt zu erklären und damit gleichsam eine landwirtschaftliche OHG bzw. BGB-Gesellschaft zu errichten, sondern den Beginn der Risiken neu zu definieren, indem man eine neue Gesellschaft mit eigenen Aktivitäten gründet.

I. Fallgruppe: Beendigung der Tätigkeit des bisherigen Unternehmens und "Aufspaltung" in Nachfolgeunternehmen

1. Freiwillige Liquidation und Übertragung auf Übernahmengesellschaften

Eine Haftungsbefreiung des ursprünglichen Unternehmens ist nur mit Zustimmung der Gläubiger möglich, eine gewillkürte "Enthftung" oder Flucht aus der Schuldnerstellung findet nicht statt.

a) Haftungsüberleitungstatbestände

Nach § 419 BGB haften die Übernehmer, wenn das Unternehmen sein wesentliches Vermögen überträgt. Eine Haftungsnachfolge in diesem Sinne tritt ein, wenn bei dem übertragenden Unternehmen nur unwesentliche Vermögensteile verbleiben. Die außerhalb des Landwirtschaftsbereiches entwickelte Rechtsprechung hat bislang auf eine Größenordnung von etwa 15 % bei kleine-

rem Vermögen abgestellt. Starre Grenzen gibt es dabei nicht, so daß immer eine gewisse Risikobreite verbleibt. Auf die Gegenleistung des Übernehmers kommt es nicht an, der Kaufpreisanpruch des Übertragenden erhöht das "verbleibende Vermögen" im hier interessierenden Zusammenhang also nicht. Weiterhin gibt es Unsicherheiten bei der Bewertung dessen, was man als (Aktiv)Vermögen versteht, auf die Schulden kommt es nicht an. Es dürfte riskant sein, sich an der Bewertung der handelsrechtlichen Bilanzen zu orientieren, weil diese im Gefolge der DM-Eröffnungsbilanz nach den Teilreproduktionskosten und gerade nicht nach den zur Absicherung der Gläubiger heranzuziehenden Verkehrswerten ermittelt wurden. Die Zivilrechtsprechung nimmt demzufolge einen Vergleich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vor, die mit der handelsrechtlichen Rechnungslegung nicht identisch sind. Völlig ungeklärt ist in diesem Zusammenhang der Wertansatz und die Berücksichtigung des nicht betriebsnotwendigen Vermögens oder der Einfluß von Umwelt-Altlasten.

Neben dem Risiko, was man als "wesentliches Vermögen" ansehen kann, muß man bedenken, daß die Übernahme nicht in einem Akt zu erfolgen braucht, sondern auch durch verschiedene Übertragungsvorgänge geschehen kann, wenn zwischen ihnen ein Zusammenhang besteht. Ferner genügt es, wenn die Übertragung an mehrere Erwerber erfolgt, sofern es sich um einen einheitlichen Vorgang handelt und die Erwerber dies wissen. Ein solcher Zusammenhang wird sich in den hier anstehenden Fällen schon dadurch ergeben, daß man den Plan einer "Zweiten Privatisierung" faßt.

Rechtsfolge ist die Erfüllungsübernahme der Erwerber für die Schulden des alten Unternehmens. Wenn also eine planmäßige "Verteilung" der wesentlichen Vermögensgegenstände auf mehrere Erwerber vorgenommen wird, haften diese für die Verbindlichkeiten des übertragenden Unternehmens gesamtschuldnerisch, es handelt sich um eine Art gesetzlichen Schuldbeitritt. Dabei ist es unerheblich, ob die Erwerber einen Kaufpreis an den Übertragenden gezahlt haben und/oder ob dieser den wirklichen Wertverhältnissen entspricht oder nicht. Der Erwerber kann also doppelt zur Kasse gebeten werden.

Vermeidungsstrategie: Man muß vermeiden, daß der größte Teil des Aktivvermögens auf den oder die "Erwerber" übergeht.

§ 613 a BGB regelt die arbeitsrechtlichen Folgen. Hier wird ein automatischer Übergang der Arbeitsverhältnisse auf die jeweiligen Erwerber des Betriebes oder Betriebsteils angeordnet. Voraussetzung ist, daß es sich um abgrenzbare organisatorische Betriebsteile handelt. Unter "Betrieb" versteht man die tatsächliche Organisation, nicht aber die rechtliche Verfassung/Rechtsträgerschaft. Wenn sich die organisatorische Einheit nicht abgrenzen läßt, findet ein Übergang nicht statt und es bleibt bei der Zuständigkeit des bisherigen Arbeitgebers. Wenn die

übrige betriebliche Organisation nicht verändert wird, haben wir es nicht mit dem Übergang eines Betriebes zu tun, so daß es ebenso bei der Zuständigkeit des bisherigen Arbeitgebers verbleibt. Problemfeld: Nicht erlaubte unechte Arbeitnehmerüberlassung an den Erwerber und Abgrenzung zum Werkvertrag.

Handlungsempfehlung: Der Erwerber soll mit den Arbeitnehmern eigens neue Arbeitsverträge schließen, und zwar gegebenenfalls zusätzlich zu den bislang bestehenden Arbeitsverträgen. Die Besitzstände langjähriger Arbeitsverhältnisse müssen beachtet werden, die z. B. zu einer Verlängerung der Kündigungsfristen führen können. Dabei muß man bedenken, daß im Beitrittsgebiet die bisherige Regel-Kündigungsfrist von zwei Wochen (§ 55 des fortgeltenden AGBG der DDR) mit Wirkung ab dem 15.10.93 auf eine regelmäßige Mindestkündigungsfrist von vier Wochen zum Monatsende bzw. zur Monatsmitte verlängert wurde (Gesetz zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten vom 10.7.93 BGBl I Nr. 52, S. 1668; dazu Preis/Kramer, Betrieb 1993, 2124; Wank, NZA 1993, 961). Ein zur Zeit noch offenes Problem ist die Würdigung des Mitgliedschaftsverhältnisses in LPG. Fraglich ist, ob das Mitgliedschaftsverhältnis als "Arbeitsverhältnis" i.S.d. Allgemeinen Arbeitsrechts verstanden werden kann mit der Folge, daß sich die Kündigungsfristen wie auch der allgemeine arbeitsrechtliche Bestandsschutz erhöhen. Höchstrichterliche Rechtsprechung fehlt; auf LAG-Ebene gibt es unveröffentlichte widersprüchliche Entscheidungen. Es handelt sich um zwingendes Recht, so daß von einer arbeitsvertraglichen Regelung abgesehen werden sollte. Die Risiken sind aber im Falle einer Kündigung auch mit Blick auf etwaige Ruhensvorschriften für das Arbeitslosengeld zu beachten, § 117 AfG.

§ 25 HGB - Firmenfortführung. Die Risiken sind leicht zu vermeiden, indem die Firmenidentität vermieden wird. Jedenfalls wäre im Handelsregister die Haftungsbeschränkung nach § 25 Abs. 2 HGB einzutragen.

Haftung für Steuerschulden: § 75 Abs. 1 AO

b) Problembereich: Altschulden

Wenn das LPG-Nachfolgeunternehmen einen Entschuldungsbescheid der THA erhalten und eine Rangrücktrittsvereinbarung (RRV) mit der Gläubigerbank geschlossen hat, besteht Regelungsbedarf.

Gegenüber der THA: In Ziffer 3.2 der Entschuldungsbewilligungsbescheide und Ziffer 7.4 der THA-Arbeitsanweisung wird verlangt, daß das Unternehmen den landwirtschaftlichen Betrieb für mindestens 5 Jahre weiterführt. Andernfalls kann die THA die Entschuldungsbeträge zu-

rückverlangen.

Gegenüber der Bank: Nach Ziffer 2 c der RRV Stand Juni 1992 erlischt der Rangrücktritt, wenn das Unternehmen "vor dem 1. Juli 1994 ... außerhalb eines Gesamtvollstreckungsverfahrens liquidiert wird bzw. ein Liquidationsbeschluß faßt". Dies gilt entsprechend bei einer teilweisen Weiterführung des Unternehmens. Bei einer Übertragung des wesentlichen Aktivvermögens dürfte der größte Teil des entlasteten Betrages wieder fällig werden. Auf diese Weise kann neben der Verschlechterung der handelsrechtlichen EK-Ziffer auch in der Überschuldungsbilanz das Reinvermögen aufgezehrt sein mit der Folge, daß das Gesamtvollstreckungsverfahren einzuleiten ist.

Wenn die Übertragung und damit die (Teil-) Liquidation erst nach dem 1. Juli 1994 ins Bild gesetzt wird, dürften die zurückgetretenen Forderungen nicht erneut fällig werden. Sofern subjektive Momente der Benachteiligung der Banken vorliegen, könnte sich die Bank auf den Einwand des Rechtsmißbrauchs stützen.

Wenn unterstellt wird, daß Ziffer 2 c der RRV nicht eingreift, gilt: Nach Ziffer 2 d muß das ursprüngliche Unternehmen den Nachfolger verpflichten, die in der RRV übernommenen Verpflichtungen zu übernehmen. Dies knüpft nach dem unklaren Wortlaut an die Übernahme des "Betriebes" an, mithin nicht an der Eigentumsposition, sondern an der organisatorischen Einheit.

Wird hiergegen verstoßen, so ergeben sich Schadensersatzverpflichtungen jedenfalls des Hauptunternehmens gegenüber der Bank. Über die Brücke des § 419 BGB kann die Bank sich möglicherweise auch an die "Nachfolger" halten (gesetzlicher Schuldbeitritt der Übernehmer).

Folgerisiko: Wenn mit der Gläubigerbank eine Vereinbarung über die Behandlung RRV nicht getroffen werden kann, könnten die Altverbindlichkeiten möglicherweise wieder auleben. Das Risiko besteht besonders bei einer Veräußerung/Teilliquidation vor dem 1.7.1994, Ziffer 2 c der RRV.

Die Anordnung in Ziffer 3 der RRV (Wiederaufleben der Gesamtforderung bei Verstoß des Unternehmens gegen die RRV) dürfte eine unwirksame Vertragsstrafe darstellen. Wenn sie wider Erwarten wirksam sein sollte, könnte die Bank auch bei einer Liquidation oder Unterpreisveräußerung nach dem 1.7.1994 die gesamte Forderung verlangen. Sollte es dann zu einem Konkursverfahren kommen, stellt sich die Frage nach einer Konkurrenz mit den noch nicht befriedigten Abfindungsansprüchen früherer Mitglieder.

Ein gleiches Problem ergibt sich bei einer freiwilligen Liquidation des Unternehmens nach dem

1.7.1994, wenn ein Wiederaufleben der Forderung nicht eintreten sollte. Es fragt sich, ob die Abfindungsforderungen nach §§ 36, 44 LwAnpG Fremd- oder Eigenkapitalcharakter haben. Im Falle des Fremdkapitalcharakters müssen zunächst die Abfindungsverbindlichkeiten befriedigt werden, bevor die Bank aus dem Liquidationsüberschuß bedient wird. Sollten diese Ansprüche hingegen Auszahlungsansprüche aus dem Eigenkapital darstellen, würde zunächst die Bank befriedigt werden und erst der verbleibende Rest könnte an die ehemaligen Mitglieder ausgekehrt werden. Für die Klassifizierung als Eigenkapital dürfte die Entscheidung BGH 22.10.92 NJW 1993, 348 sprechen, die die Anmeldung von Abfindungsansprüchen zur Konkurstabelle versagt und damit betont, daß die Ansprüche im Quasi-Eigenkapital der früheren LPG ressortieren (zu dem Weg über einen Sozialplan s. a. unter 2 b), S. 10 f).

Mit den Gläubigerbanken muß darüber verhandelt werden, ob die Einzelnachfolger die Altverbindlichkeiten (teilweise) mitübernehmen und dabei zugleich die Wohltat der Rangrücktrittsvereinbarung fortführen können. Eine Haftungsüberleitung kann wegen § 415 BGB nur mit Zustimmung der Gläubigerin vorgenommen werden. In diesem Falle muß sich aber das Erwerberunternehmen verpflichten, den Altkredit in der übernommenen Höhe abzulösen. Die Tatsache der Haftungsfreistellung des "Verkäufers" kann man bei der Kaufpreisbemessung berücksichtigen, die Haftungsfreistellung kann z. B. die gesamte Gegenleistung sein, die man als die Anschaffungskosten des Erwerbers deuten könnte.

Nicht verhandeln kann man jedoch über die bilanzrechtlichen Folgen. Bei einer rechtsgeschäftlich übernommenen Haftungsüberleitung nebst Rangrücktritt verbleibt es dabei, daß die übernommenen Altschulden in der Bilanz des Übernehmers als Verbindlichkeiten auszuweisen sind und auch die darauf (anteilig) entfallenden Zinsen das Jahresergebnis belasten. Das Passivierungsverbot des § 16 Abs. 3 DM-Bilanzgesetz setzt voraus, daß die Altschulden in der DM-Eröffnungsbilanz des jeweiligen Schuldners aufgenommen waren. Wer heute rechtsgeschäftlich eine solche Altschuld übernimmt, konnte sie nicht als eigene Verbindlichkeit auf den 1. 7. 1990 erfaßt haben. Folglich bleibt es bei den allgemeinen Grundsätzen, die im handelsrechtlichen Jahresabschluß (und auch in der Steuerbilanz) eine Passivierung der jeweiligen Verbindlichkeiten und das buchmäßige Auflaufen der Zinsen vorschreiben (nunmehr hM in Rechtsprechung und Literatur: BFH 30.3.93, BStBl. 1993 II, 502 = BB 1993, 1177). Hat die Bank einer Rangrücktrittsvereinbarung mit dem Erwerberbetrieb zugestimmt, so werden diese Verbindlichkeiten grundsätzlich nicht fällig und belasten die Liquidität des Unternehmens nicht. Sie sind lediglich wie bei dem LPG-Vorgängerunternehmen zu 20 % aus dem Jahresüberschuß zu bedienen. Die Fortschreibung der gleichsam gestundeten Verbindlichkeit im Jahresabschluß dürfte aber die Kreditwürdigkeit des Unternehmens verschlechtern.

Mit Blick auf die Rangrücktrittsvereinbarung besteht ein weiterer Regelungsbedarf: Die Unter-

nehmen müssen bekanntlich das nicht betriebsnotwendige Vermögen veräußern und grundsätzlich den Veräußerungserlös ganz oder teilweise an die Gläubigerbank abführen. Wenn nun das LPG-Nachfolgeunternehmen bestimmte Vermögensgegenstände im Zuge der "Privatisierung" auf Dritte oder auch eigene Gesellschafter überträgt, so gibt es damit zu erkennen, daß diese Vermögensgegenstände für die eigenen Zwecke gerade nicht betriebsnotwendig sind. Damit träfe man auf das eigentümliche Ergebnis, daß der Veräußerungserlös direkt an die Bank ganz oder teilweise abzuführen ist. Besteht der Veräußerungserlös jedoch in der Schuldübernahme durch den Erwerber, so baut sich hierdurch ein konstruktiver Zirkel auf, der nur in einvernehmlichen Verhandlungen mit der Bank gelöst werden kann.

Exkurs: Taktische Überlegungen beim Umgang mit der RRV

Das größte Problem im Umgang mit der RRV ist der Veräußerungszwang nicht betriebsnotwendigen Vermögens. Die Abgrenzung dessen, was in diesem Sinne nicht betriebsnotwendig ist, läßt sich weder mit betriebswirtschaftlichen noch mit juristischen Mitteln hinreichend abgrenzen (ausführlich zu dem verwandten Parallelproblem bei der Bewertung von Unternehmen: Weiss, in Festschrift für Johannes Semler, 1993, S. 631 ff). Greift man auf die Arbeitsanweisung zurück, so kann man mit guten Gründen vertreten, daß das nicht betriebsnotwendige Vermögen im Sinne der RRV zweistufig zu ermitteln ist. Zunächst muß bestimmt werden, ob es sich um ein nicht produktionsnotwendiges Vermögen handelt. In einem zweiten Schritt ist dann zu ermitteln, ob nach Veräußerung dieses Vermögens und Abführung des Veräußerungserlöses an die Bank eine noch hinreichende Eigenkapitalquote/Eigenkapitalausstattung verbleibt (Begründungsversuch bei Behr/Hellwig, Agrarrecht 1992, 149 ff). Die Beweislast für die Angemessenheit der Eigenkapitalquote liegt bei der Bank.

Hat man diese Frage bejaht, stellt sich das Anschlußproblem, ob überhaupt ein wirksamer Veräußerungszwang begründet wurde. Soweit es um Grundstücke geht, kann eine solche Verpflichtung nur wirksam sein, wenn sie in der notariellen Form vorgenommen wurde, § 313 BGB. Dies gilt auch für mittelbare Verpflichtungen zur Veräußerung von Grundstücken, also auch die Unterwerfung unter das Bestimmungsrecht der Bank. Der Formzwang wird ebenso für isoliertes Gebäudeeigentum (Bauten auf fremden Grundstücken) anzunehmen sein. Nach Inkrafttreten des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes wird aus dem neuen Artikel 233 § 2 b EGBGB abgeleitet, daß für die Übertragung von isoliertem Gebäudeeigentum die gleichen Formvorschriften gelten wie für die Übertragung von Grundstücken, also daß sie dem notariellen Beurkundungszwang des § 313 BGB unterliegen. Für die Übertragungsakte, die vor dem Juli 1992 (Inkrafttreten des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes) vorgenommen wurden, ist die Frage der Formbedürftigkeit umstritten. Überwiegend heißt es, daß auch seinerzeit der Formzwang bereits bestanden habe. Die Rechtsprechung zu diesem Thema ist (noch) nicht ersichtlich.

Insofern gibt es gewisse Restrisiken bei der Beurteilung von RRV, die vor dem Juli 1992 abgeschlossen wurden: Wenn nämlich die Übertragung von "vagabundierendem Gebäudeeigentum" formfrei möglich war, gilt dies wohl auch für die Verpflichtung im Rahmen der RRV. Ein Nachwachsen des Formzwanges läßt sich wohl nicht begründen.

Ein vergleichbarer Formzwang besteht bei der Verpflichtung zur Übertragung von Geschäftsanteilen an einer GmbH, § 15 GmbH-Gesetz. Für die Verpflichtung zur Übertragung von Geschäftsanteilen an einer Personengesellschaft oder von Geschäftsguthaben an einer Genossenschaft gibt es einen solchen Formzwang nicht.

Der Formzwang erfaßt auch den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Treuhandanstalt, der auf die Entschuldung gerichtet ist. Wegen § 57 Bundesverwaltungsverfahrensgesetz gelten die Formvorschriften des bürgerlichen Rechtes auch für öffentlich-rechtliche Verträge, also auch die Formvorschriften des § 313 BGB.

Formfrei kann eine Nebenbestimmung zu einem Verwaltungsakt sein, hier der Entschuldungsbescheid. Ein Veräußerungszwang wird jedoch m. E. nicht hinreichend bestimmt auferlegt, weil lediglich auf den noch abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vertrag verwiesen wird, ein eigenständiger Regelungsbestandteil ist damit aus der Nebenbestimmung zu dem VA nicht zu entnehmen. Es dürften sich also nur relativ geringe rechtliche Risiken ergeben.

Zwischenergebnis:

Die Veräußerungsverpflichtung dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit formunwirksam und damit nichtig sein. Die Banken könnten sich auf den Einwand des Rechtsmißbrauches stützen. Deswegen muß man alles vermeiden, einen Bindungswillen trotz der erkannten Formunwirksamkeit zu dokumentieren.

Als Einwand wird diskutiert, daß es sich bei dem Veräußerungszwang um eine wesentliche Bestimmung des Regelungsgefüges handelt, die sogar vom Einigungsvertrag vorgegeben sei.

Artikel 25 Abs. 3 S. 4 des Einigungsvertrages ist von den Banken fehlerhaft umgesetzt worden und enthält für die Unternehmen keinen Normbefehl. Die Bestimmung richtet sich lediglich an die THA, nicht aber an die Banken oder an die Unternehmen. Wegen der Salvatorischen Klausel bleiben die übrigen Bestimmungen des RRV, insbesondere die Rechtswohltat des Rangrücktrittes, aufrecht erhalten. Zwar kann eine Salvatorische Klausel die Anwendung des § 139 BGB nicht vollständig ausschließen. Es handelt sich jedoch bei den Verträgen mit den Banken um formularmäßige Einheitsverträge, auf die das Gesetz zur Regelung Allgemeiner Ge-

schaftsbedingungen anzuwenden ist. Nach § 6 AGBG wird die allgemeine Vorschrift des § 139 BGB (wonach die Teilnichtigkeit kann zur Gesamtnichtigkeit des Rechtsgeschäftes führen kann) gerade ausgeschlossen und der teilnichtige Vertrag bleibt im übrigen bestehen.

Ergebnis:

Man kann mit guten Gründen annehmen, daß ein Veräußerungszwang nicht wirksam begründet wurde.

Folgeprobleme:

Wenn eine Personengesellschaft ausgegründet wird, könnten die "Geschäftsanteile" an dieser Gesellschaft als nichtbetriebsnotwendiges Vermögen veräußerbar sein. Um diesen zu entgehen, sollte man eine GmbH bevorzugen, um in den Schutz des Formzwanges nach § 15 Abs. 3 GmbH-Gesetz zu gelangen.

Ein weiteres Folgeproblem ist gegenwärtig noch nicht geklärt. Wenn das Unternehmen ein nichtbetriebsnotwendiges Objekt freiwillig veräußert, obschon ein Veräußerungszwang aus Formgründen nicht bestanden hatte, stellt sich die Anschlußfrage, ob der Veräußerungserlös gleichwohl abgeführt werden muß. In anderen Worten: Erfasst der Formzwang für die Verpflichtung zur Veräußerung auch die nachgelagerte Verpflichtung zur Abführung der Veräußerungserlöse? Greift insoweit die Heilungsvorschrift des § 313 Satz 2 BGB ein? Solange diese Frage nicht geklärt ist, sollte man von einer rechtsgeschäftlichen Übertragung von Grundstücken und Gebäuden absehen.

c) Kapitalerhaltungsregeln

Jenseits der "normalen" Risiken von Fortführungsgesellschaften gibt es bei der Überführung von Vermögensgegenständen aus einem LPG-Nachfolgeunternehmen ein spezifisches Risiko:

Über § 27 Abs. 3 Halbsatz 2, Abs. 5 DMBilG wird auf die Kapitalerhaltungsregeln der Aktiengesellschaft und der GmbH verwiesen. Abgesehen von dem Sonderfall der Geschäftsguthaben der Genossen in einer eingetragenen Genossenschaft wird das gesamte Eigenkapital einschließlich der Rücklagen, und zwar auch der Rücklagen aus der Bildung von Bilanzierungshilfen (§ 17 Abs. 4 Satz 3 DMBilG) vor einer Auszahlung gesperrt und mit einer besonderen Erstattungspflicht des etwaigen Empfängers versehen, für die außerdem eine Solidarausfallhaftung der übrigen Gesellschafter angeordnet wird.

Besonders der Verweis auf §§ 30, 31 GmbHG führt zu dem Kernstück der Kapitalerhaltungsregeln der GmbH, für die es eine umfangreiche Rechtsprechung und Literatur gibt

(etwa: die Beiträge von Priester, Stimpel, Ulmer und Fleck in Lutter u.a., Festschrift 100 Jahre GmbHG, 1992). Die Rechtsprechung zu den Kapitalerhaltungsregeln hat sich im wesentlichen an dem Sonderfall der Stammkapitalsicherung einer GmbH in Krisenzeiten herausgebildet. Im Jahre 1980 wurden die weiteren Regeln über kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen in §§ 32 a und b GmbH-Gesetz eingefügt. Diese decken sich nicht vollständig mit den allgemeinen Grundsätzen zur Kapitalerhaltung, so daß man die sog. Rechtsprechungsregeln neben den sog. Novellendarlehen parallel anwendet. Die Unterschiede sind in den hiesigen Fällen sehr gering, weil der größte Teil des in der DM-Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals als Quasi-Stammkapital behandelt wird. Indem wegen § 27 Abs. 3 DMBilG das gesamte Eigenkapital wie Stammkapital zu verstehen ist, lassen sich die hierzu entwickelten Erkenntnisse übertragen.

Dazu gehört das Verbot einer unberechtigten Vorteilsgewährung an Gesellschafter/verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) im handelsrechtlichen Sinne an Gesellschafter/Mitglieder, oder wenn gegen Regeln über die Entscheidungszuständigkeit über die Gewinnverwendung verstoßen wird. Eine solche vGA wird wohl angenommen bei inkongruenten Geschäften. Dies soll nach prominenter Literaturmeinungen auch dann gegeben sein, wenn das Unternehmen mit seinen Gesellschaftern Geschäfte zum Selbstkostenpreis macht, also auf einen Gewinn verzichtet. Eine Aufspaltung in einen "angemessenen" und einen "unerlaubten" Teil findet nicht statt, wenn die Entscheidungskompetenz der Gesellschafterversammlung (§ 46 Nr. 1 GmbHG bzw. § 48 Abs. 1 GenG) nicht beachtet wurde. Das Austauschgeschäft wird dann einheitlich beurteilt. Was aber geschieht, wenn die Gesellschafter zugestimmt haben, ist in Literatur und Rechtsprechung unklar. Die Rechtsfolgen dürften sich darauf beschränken, daß der Empfänger seine Gegenleistung erhöhen muß, es kann also zu Nachzahlungsverpflichtungen des Erwerbers an das Unternehmen kommen.

Überträgt man dies auf die Übertragung von Vermögensgegenständen an Mitglieder der (ehemaligen) LPG, ist eine unberechtigte Vorteilsgewährung gegeben, wenn das LPG-Nachfolgeunternehmen unter Marktpreis veräußert. Vorsorglich sollte auch die Mitglieder-/Gesellschafterversammlung den jeweiligen Verträgen zustimmen. Bei formbedürftigen Verträgen über Grundstücken und Gebäude sollte die Zustimmung vorsichtshalber vorher erteilt werden, weil Auflassungen genehmigungsfeindlich sind.

Risikovermeidung: Veräußerung an unternehmensfremde Dritte oder Bestimmung des "wahren" Wertes durch sachverständige Dritte, die den Verdacht von Manipulationen verhindern. Zudem Zustimmung durch die Mitglieder-/Gesellschafterversammlungen. Vorsorglich sollte die Zustimmung noch einmal ausdrücklich im Zusammenhang mit der Feststellung des folgenden Jahresabschlusses erteilt werden. Im ungünstigsten Falle könnte man den Vorgang dann als die Genehmi-

gung einer Vorab-Entnahme deuten.

2. Konkurs/Gesamtvollstreckung

a)

Ein Teil der vorstehenden Risiken kann bei einem Erwerb aus der Konkursmasse/Gesamtvollstreckungsmasse vermieden werden. Die gezielte Herbeiführung eines Konkurses kann Konkursstraftaten herbeiführen, §§ 283 ff StGB, sowie als Untreue, § 266 StGB, verstanden werden (zu den Mißbrauchsfällen vgl. Groß, Sanierung durch Fortführungsgesellschaften, 2. Aufl, S. 434 ff. sowie Mohr, Bankrottdelikte und übertragende Sanierung, 1993).

Der Vorteil eines Erwerbs aus der Konkursmasse liegt darin, daß der Erwerber für frühere, vor dem Datum der Konkurseröffnung entstandene Verbindlichkeiten nicht haftet. Wichtig ist, daß es überhaupt zu der Eröffnung des Konkursverfahrens/Gesamtvollstreckungsverfahrens gekommen ist. Eine Sequestration bzw. die vorläufigen Maßnahmen nach dem Gesetz über die Unterbrechung von Gesamtvollstreckungsverfahren (GUG) genügt nicht.

Für den Fall der Konkurseröffnung wird eine teleologische Reduktion der Haftungstatbestände §§ 419 BGB, 613 a BGB, 25 HGB vorgenommen. Der Gedanke ist in § 75 Abs. 2 AO eigens benannt worden. Um eine Schuldbefreiung durch Konkurs zu erreichen, kann es im Interesse des Gläubigers liegen, einen ausreichenden Vorschuß in die Masse zu leisten zu dem einzigen Zwecke, die Eröffnung des Konkursverfahrens herbeizuführen.

b)

Abfindungsansprüche früherer Mitglieder dürften nicht durchsetzbar sein, BGH 22.10.92 a.a.O. Dies gilt erst recht für Zuzahlungen oder die Übernahme weiterer Geschäftsanteile durch verbleibende Mitglieder. Diese sind im Konkurs "verloren".

Sofern für die Arbeitnehmer des Unternehmens ein Betriebsrat gewählt wurde, kann ein Sozialplan vereinbart werden. Nach §§ 111, 112 BetrVG besteht ein echtes Mitbestimmungsrecht, sofern der Betrieb regelmäßig mehr als 20 Arbeitnehmer hat (die Arbeitnehmerzahl bestimmt sich nach Köpfen, es wird nicht zwischen Teil- u. Vollzeitarbeitsverhältnissen differenziert). Das Mitbestimmungsrecht besteht dann, wenn der Konkursfall oder im Falle einer freiwilligen Liquidation der Entschluß über die Betriebsstillegung zeitlich auf die Konstituierung des Betriebsrates folgt, ein zu spät gewählter Betriebsrat ist also für ein zwingendes Mitbestimmungsrecht nicht geeignet (zuletzt BAG 28.10.92, Betrieb 1993, 385).

Wenn kurz vor der Eröffnung des Konkursverfahrens oder der Fassung des Stilllegungsbeschlus-

ses der Betriebsrat gewählt wird, werden die "konkurrierenden" Gläubiger möglicherweise die Ordnungsmäßigkeit des Sozialplanes angreifen. Um sich vor solchen Vorwürfen zu schützen, könnte es sich empfehlen, eine Einigungsstelle nach § 76 BetrVG durchzuführen. Üblicherweise wird ein Arbeitsrichter als Vorsitzender der Einigungsstelle bestimmt, der aufgrund seiner Erfahrung dafür sorgen kann, daß alles ordnungsgemäß geregelt wird.

Die Sozialplanansprüche haben echten Fremdkapitalcharakter. Im Falle der freiwilligen Liquidation nach dem 1.7.1994 würden sie den Forderungen der im Range zurücktretenden Bank vorgehen. Welche Dotierung des Sozialplanes hier "angemessen" ist, ohne gegen die Interessen der Bank zu verstoßen, wird eine Ermessensfrage der Einigungsstelle sein. Im Falle des Konkurses/der Gesamtvollstreckung sind Sozialplanansprüche aus einem vom Verwalter vereinbarten Sozialplan bis zu einem gewissen Volumen bevorrechtigte Forderungen nach § 17 Abs. 3 Ziff. 1 c GesO. Sofern bereits vor der Eröffnung der Gesamtvollstreckung ein Sozialplan abgeschlossen wurde, kann der Betriebsrat diesen alten Sozialplan aus wichtigem Grunde kündigen und neue Verhandlungen mit dem Verwalter verlangen. Auf diese Weise können die Sozialansprüche im Range "vorgerückt" werden.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die Mitgliedschaft in einer e.G. - erst recht in einer GmbH - dem Arbeitnehmerstatuts nicht entgegensteht. Dies kann auf den ersten Blick zu dem eigentümlichen Ergebnis führen, daß Geschäftsguthaben im Liquidations- oder Gesamtvollstreckungsfall nicht ausgezahlt werden dürfen, Sozialplanansprüche aber bevorrechtigt sind.

c)

Hinweis: In Insolvenzfällen prüfen Gläubigerbanken und Insolvenzverwalter, ob die etwaige Auszahlung von Inventarbeiträgen an Mitglieder rechtmäßig war, vgl. BGH 21.4.93, Agrarrecht 1993, 190.

d)

Sonderprobleme: Übertragung von Milchquoten aus der Konkursmasse heraus. Übertragung von Grundstücks-Ankaufsrechten bei Gebäuden auf fremdem Eigentum der früheren LPG nach dem zu erwartenden Sachenrechtsbereinigungsgesetz.

II. Fallgruppe: Fortführung des Unternehmens und "Ausgründung" von Neben- oder Tochtergesellschaften - Holdingmodell

1. Fallgruppe: Das Unternehmen gründet eine oder mehrere Tochtergesellschaften

Meist dürfte es sich um die Gründung einer GmbH handeln. Der Vorteil kann darin liegen, daß das bisherige Unternehmen als Gesellschafter figurieren und wegen des flexiblen Gestaltungsinstrumentes der GmbH auch die Geschäftsführung des "Tochterunternehmens" über § 37 GmbHG steuern kann.

a)

Fraglich ist, ob solche Holdingstrukturen auch von eingetragenen Genossenschaften umgesetzt werden können oder ob diese ihren Förderzweck verlieren, vgl. § 81 GenG. Vorsorglich soll die Satzung der Unternehmen um den neuen Geschäftszweck ergänzt werden.

b)

Durch die Ausgründung von Tochtergesellschaften können Konzernlagen mit den damit verbundenen Risiken entstehen. Dann könnte das Mutterunternehmen für die Risiken der Töchter haften. Insbesondere das Risiko von Verlustausgleich- und Gläubigerschutzpflichten analog §§ 302 ff AktG gehört zu den im Gesellschaftsrecht in der jüngsten Zeit wohl am meisten diskutierten Themen. (umfassende Darstellung bei Assmann in Festschrift 100 Jahre GmbHG a.a.O.) Die Rechtsfortbildung des BGH wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht beanstandet, BVerfG 20.8.93, ZIP 1993, 1306. Die Haftungsgefahr im qualifiziert faktischen GmbH-Konzern wurde durch das TBB-Urteil des BGH 29.3.1993, ZIP 1993, 589 = NJW 1993, 1200 abgemildert (dazu zuletzt Mutter JuS 1993, 999 m.w.N.; Kowalski GmbHR 1993, 253; Burgard WM 1993, 925).

Stark vereinfacht: Es muß sich im Verhältnis des oder der Tochterunternehmen zum Mutterunternehmen um einen faktischen Konzern handeln. Dieser muß qualifiziert sein. Danach wird das Tochterunternehmen gleichsam wie eine unselbständige Betriebsabteilung der Obergesellschaft geführt. Entscheidend ist dann die Beeinträchtigung des Unternehmensinteresses der Tochtergesellschaft. Der Begriff der "Unternehmensinteressen" ist unscharf.

Vermeidungsstrategien: Die Geschäftsführung sollte nicht mit der Geschäftsführung des Mutterunternehmens personengleich sein. Die Buchführung muß extrem genau sein, um die Vermögensmassen auseinanderzuhalten und die Geschäftsvorfälle abzugrenzen. Es sollen Enttöchterungsmaßnahmen durchgeführt werden, z.B. die Beschränkung auf eine Minderheitsgesellschafterstellung im Tochterunternehmen. Vor allem darf gegen die selbständigen Interessen

des Tochterunternehmens nicht verstoßen werden (weitere Hinweise bei Schulze-Osterloh, ZIP 1993, 1838).

Umgekehrt kann eine Haftung der Tochtergesellschaften für die Muttergesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Gläubiger der Muttergesellschaft können in deren Geschäftsanteil an der Tochter vollstrecken. Die Gesellschaftsverträge sollten hieran angepaßt werden, indem die Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung für den Fall der Insolvenz oder der Vollstreckung in den Geschäftsanteil des Gesellschafters ermöglicht wird. Die Höhe der Abfindungsguthaben für diesen Fall kann nicht gesellschaftsvertraglich beeinflußt werden, man kann also durch die gesellschaftsvertragliche Abfindungsklausel den wahren Wert nicht zu Lasten der Vollstreckungsgläubiger herabsetzen. Empfehlenswert dürften gleichwohl auch bei GmbH Buchwertklauseln sein (dazu zuletzt BGH 20.9.93 NJW 1993, 3193).

c)

Vorteile einer Konzernierung: Arbeitnehmerüberlassung an das Tochterunternehmen oder umgekehrt macht fast keine Probleme. Bei einem echten Konzern gibt es faktisch kein Wettbewerbsverbot.

d)

Bei RRV ist zu beachten: Die Rangrücktrittsvereinbarung über die Altkredite verpflichtet die Unternehmen, das sogenannte nicht betriebsnotwendige Vermögen zu veräußern. Was dazu im einzelnen zählt, ist in der Praxis umstritten, die Diskussion lebt gerade erst auf. In Bankenkreisen wird bereits die Meinung vertreten, durch die Ausgründung habe das Mutterunternehmen die Beteiligung am Tochterunternehmen als nicht betriebsnotwendig im Sinne von nicht produktionsnotwendig definiert. Sollte sich diese Meinung durchsetzen, so müßte das LPG-Nachfolgeunternehmen die Beteiligung am Tochterunternehmen veräußern und den Veräußerungserlös an die Bank abführen. Um diese Risiken zu vermeiden, muß mit der Bank verhandelt werden.

Eine taugliche Lösung kann darin bestehen, den Jahresüberschuß des Mutterunternehmens, dem die Ergebnisse des Tochterunternehmens zugerechnet werden, zur Bemessungsgrundlage für die Bedienung der Altkredite zu machen und die Beteiligung an dem Tochterunternehmen ausdrücklich aus dem Veräußerungszwang herauszuhalten. Weiter muß man sich mit der Treuhandanstalt einigen, daß der Charakter der Fortführung eines landwirtschaftlichen Betriebes durch die Übernahme von Holdingfunktionen nicht beeinträchtigt wird. Anderenfalls hätte man das unerwünschte Ergebnis, daß die Entschuldungsmaßnahme der THA ganz oder teilweise widerrufen werden können.

2. Fallgruppe: Mitglieder/Gesellschafter gründen eine oder mehrere "Trabantengesellschaft(en)" und kooperieren mit dem Unternehmen - Kooperationsmodell

a) Inhaltliche Ausgewogenheit

Die **Kapitalerhaltungsregeln** über §§ 27 Abs. 3 DMBilG, 30 f GmbHG müssen genau beachtet werden. Inkongruente Geschäfte führen zu einer gesellschaftsrechtlich unzulässigen verdeckten Gewinnausschüttung/unzulässigen Vorteilsgewährung. Hinweis auf die Solidarhaftung des § 31 Abs. 3 GmbHG. Ein Gutgläubenschutz nach § 31 Abs. 2 GmbHG dürfte nicht eingreifen, weil sich dieser nur auf den guten Glauben an die Unversehrtheit des Stammkapitals bezieht. Wenn aber das gesamte Eigenkapital dem Stammkapital gleichgestellt wird, ist für einen guten Glauben an freie Rücklagen kein Raum (Rechtsprechungsübersicht zu haftungsrechtlichen Risiken der Betriebsaufspaltung bei Junge in Festschrift für Franz Merz, 1992, S. 241; guter Überblick auch bei Keßler, GmbHR 1993, 541).

Inkongruente Geschäfte können z.B. auch bei einer Darlehensgewährung an Gesellschafter, sogar gegen eine angemessene Verzinsung, gegeben sein oder bei Austauschgeschäften zum Selbstkostenpreis des Unternehmens.

Vermeidungsstrategie: Geschäfte mit Nichtgesellschaftern des Mutterunternehmens

b) Konkurrenzverbote

Bei eingetragenen Genossenschaften leitet man aus dem Förderzweck eine besondere **Treuepflicht** der Gesellschafter/Genossen ab. Daraus ergibt sich ein Wettbewerbsverbot zugunsten des Unternehmens (zum Verbot von Verwertung von Insiderwissen bei e.G. vgl. Großfeld/Weber AG 1993, 201). Bei GmbH besteht ein solches Wettbewerbsverbot jedenfalls für Mehrheitsgesellschafter und für solche Minderheitsgesellschafter, die zugleich Geschäftsführer sind. In der Literatur wird auch diskutiert, daß Minderheitsgesellschafter insbesondere bei personalistischen GmbH's einem Wettbewerbsverbot unterliegen.

Weil die ausgelagerten "Satellitengesellschaften" typischerweise im Geschäftszweig des "Hauptunternehmens" tätig werden, besteht die Wettbewerbs-/Konkurrenzlage. Das Wettbewerbsverbot kann durch eine Satzungsänderung aufgehoben werden oder durch einen satzungsändernden Gesellschafterbeschuß. Letzterer ist bei GmbH notariell zu beurkunden, bei e.G. genügt die Beschlußfassung auf einer Mitgliederversammlung und Anmeldung zum Register. Bei nicht beherrschenden Gesellschafter - Geschäftsführern soll neuerdings eine Dispens-Erteilung im Ausstellungsvertrag ausreichen (BMF-Schreiben vom 25.10.1993, WPK-Mitt. 4/1993, 167, aus-

fürlicher FN-IDW 12/1993, S. 538).

Steuerlich wird die unentgeltliche Befreiung vom Wettbewerbsverbot als vGA angesehen. Es gibt jedenfalls für Steuerberatergesellschaften u.ä. "Beratungsgesellschaften" eine Karenzzeit/Übergangsregelung zur Anpassung der Satzungen bis Ende 1993; man darf annehmen, daß diese noch einmal verlängert werden (vgl. Felix, NJW 1993, 2288).

Wenn man auch zivilrechtlich ein Wettbewerbsverbot annehmen sollte, könnte der Verstoß hiergegen zu Schadensersatzansprüchen oder die Verpflichtung zur Herausgabe des erlangten Vorteils führen.

c) Arbeitsrechtliche Besonderheiten:

Abgrenzung echte/unechte Arbeitnehmerüberlassung. Vermeidung einer unerlaubten unechten Arbeitnehmerüberlassung durch die Verdoppelung der Arbeitgeberstellung oder Beschränkung der Kostenerstattung auf die reinen Selbstkosten, um den Tatbestand der "gewerblichen" Arbeitnehmerüberlassung zu vermeiden.

d) GbR mbH

Die Gesellschafter/Mitglieder des LPG-Nachfolgeunternehmens, die neben oder mit ihrem eigenen Unternehmen arbeiten, geben sich häufig die rechtliche Verfassung einer "GbR mit beschränkter Haftung" oder "Kommanditgesellschaft bürgerlichen Rechts" und wollen damit eine Beschränkung ihrer eigenen Haftung auf das eingebrachte "Gesellschaftsvermögen" der BGB-Gesellschaft erreichen. Über eine solche Konstruktion soll die nach dem Gesetz an sich vorgesehene unbeschränkte Haftung der Gesellschafter aufgegeben werden. Derlei Gestaltungen sind grundsätzlich zulässig, wenn die Beschränkung deutlich nach außen kund gemacht wird und im übrigen ein abgrenzbares Vermögen vorhanden ist (zuletzt BGH 20.9.1993 - II ZR 204/92). Dieses muß aus dem Buchwerk der "GbR mbH" deutlich sichtbar sein.

Häufig übersehen wird dabei freilich, daß die Haftung des Handelnden - also des Geschäftsführers dieser BGB-Gesellschaft - durch einen solchen Zusatz nicht beschränkt wird. Durch den Hinweis auf die beschränkte Haftung wird nämlich lediglich die Vertretungsmacht des Geschäftsführers zu Lasten seiner Mitgesellschafter nach außen hin gleichsam summenmäßig beschränkt. Die eigene Haftung des Geschäftsführers bleibt daneben bestehen und könnte nur durch eine zusätzliche Abrede mit dem Vertragspartner ausgeschlossen werden (Hinweis bei Wellkamp NJW 1993, 2715). Dies kommt jedoch praktisch nicht vor, so daß das im Ergebnis einer Haftungsbeschränkung der kooperierenden Gesellschafter relativ gering ist.

3. Fallgruppe: Reduzierung des Mitgliederbestandes

Speziell bei GmbH verlangen die kreditgebenden Banken häufig eine Reduzierung des Mitgliederbestandes, um ihren Kunden "kalkulierbar" zu halten. Eine "Publikums-GmbH" ist bei Vertragspartnern wenig beliebt. Derlei Probleme stellen sich bei eingetragenen Genossenschaften - soweit ersichtlich - nicht, weil diese eine andere Führungs- und Kontrollstruktur haben.

Während die Geschäftsanteile von Genossen im e.G. relativ einfach gekündigt werden und die Geschäftsguthaben auch ausgezahlt werden können, gibt es bei GmbH rechtliche Probleme. Die Veräußerung und Übertragung von Geschäftsanteilen an andere Gesellschafter oder Dritte ist möglich, wobei die Erwerberhaftung gem. § 16 GmbHG beachtet werden muß. Schwierig ist die "Auszahlung" aus dem Gesellschaftsvermögen an den ausscheiden Gesellschafter. Dies kann man rechtstechnisch zwar als den Erwerb eigener Anteile darstellen. Dieser ist nach § 33 Abs. 2 Satz 1 GmbHG jedoch nur möglich, wenn eine freie Rücklage besteht, die als Rücklage für eigene Anteile nach § 272 Abs. 4 HGB umgewidmet werden kann.

Nach § 27 Abs. 2 DMBilG gibt es eine solche freie Rücklage jedoch nicht, vielmehr ist die das gezeichnete Kapital übersteigenden Rücklage gegen Auszahlung gesperrt.

Lösungsansätze:

Die Auflösung von Rückstellungen bringt einen periodenfremden Ertrag, der für die freien Anteile verwendet werden kann. Dabei muß der Grund für die Wertkorrektur oder für die bessere Erkenntnis erst nach der DM-Eröffnungsbilanz (also nach dem 1.7.1990) angefallen sein.

Abzugrenzen ist dies von dem Berichtigungszwang nach § 36 DMBilG, der auf die Eröffnungsbilanz zurückwirkt und damit durch die fiktive Bilanzkorrektur gesperrtes Kapital schafft, weil die Eigenkapitalzuwächse durch die Wertberichtigung über die Revisionsklausel des § 36 DMBilG in die gesperrte Rücklage nach § 27 Abs. 2 DMBilG eingestellt werden müssen.

Liegt aber eine Wertaufhellung auf den Eröffnungstichtag nicht vor, so ist dies ein "normaler" periodenfremder Ertrag, der über den Jahresüberschuß zu der Möglichkeit einer freien Eigenkapitalrücklage führt. Bei diesem Weg ist zu beachten, daß die RRV einen Teil des "künstlich"

geschaffenen Buchgewinns wieder abschöpft.

Hinweis: Nach der beabsichtigten Novellierung des DM-Bilanzgesetzes soll eine Umgliederung der Sonderrücklagen nach § 27 Abs. 2 DMBilG in freie Kapitalrücklagen ermöglicht werden, soweit sie nicht zur Deckung des in der Bilanz, in der die Auflösung erfolgen soll, ausgewiesenen Anlagevermögens benötigt werden. Außerdem soll die Auflösung der gesperrten Rücklage in den bereits bekannten Formen der Kapitalherabsetzung ermöglicht werden. Schließlich kann auch die Rücklage nach § 17 Abs. 4 Satz 3 DMBilG bei Inanspruchnahme oder Auflösung der entsprechenden (Verpflichtungs-) Rückstellung in Höhe des jeweils aufgelösten Betrages frei verfügbar werden (Hinweise bei Haritz, DDR-Spezial 48/1993, S. 1 f; Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des DM-Bilanzgesetzes vom 2.11.1993 BMJ 3507/1-13 (D) - 32 1664/93; Bericht in FN-IDW 12/1993, S. 522).

Die selben Fragen stellen sich bei Darlehensverträgen oder der Auszahlung von Gesellschaftsvermögen an Mitglieder. Der Ruf nach einer Veränderung der gesperrten Rücklage ist häufiger ertönt, so daß man annehmen darf, daß das DMBilG in dieser Weise oder ähnlich tatsächlich geändert werden wird. Um Auszahlungen vornehmen zu können, sollte man die Novelle abwarten, weil der Weg über die Auflösung von Rückstellungen aufgrund wertbegründender Umstände riskant ist. Wenn es sich nämlich tatsächlich um Wertaufhellungen auf den Eröffnungstichtag gehandelt haben sollte, wäre eine rückwirkende Wertkorrektur auf die Eröffnungsbilanz geboten und das Ziel einer freien Kapitalrücklage verfehlt worden. Die Beweislast ist in diesen Fällen völlig unklar.

III. Allgemeine Hinweise: Eigenkapitalersatz

1.

Wenn das LPG-Nachfolgeunternehmen Vermögensgegenstände (z.B. Grundstücke) von Mitgliedern pachtet, soll die Konstellation eigenkapitalersetzender Nutzungsüberlassung/ Gebrauchsüberlassung vermieden werden. Dies kann der Fall sein, wenn der Gesellschafter an sein Unternehmen Gegenstände verpachtet und im Zeitpunkt der nach Grundsätzen der Handelsbilanz zu ermittelnden Überschuldung das Pachtverhältnis nicht beendet (BGH 14.6.1993, BB 1993, 1546 = ZIP 1993, 1072). In der vorangegangenen Entscheidung vom 14.12.1992 BGHZ 109, 55, 57 = ZIP 1993, 189 hatte der BGH noch darauf abgestellt, daß es sich um einen beherrschenden Gesellschafter einer GmbH handelt. Dies ist in der Folgeentscheidung 14.6.1993 nicht ausgedrückt verlangt worden. Vielmehr wurde dem dortigen Gesellschafter faktisch zum Vorwurf gemacht, er habe die Gebrauchsüberlassungsverträge/Mietverträge nach Eintritt der Krise nicht gekündigt. Rechtsfolge war, daß er ab dem Zeitpunkt der Krise das Nutzungsentgelt/den

Mietzins nicht verlangen konnte. Die weiteren Rechtsfolgen sind noch nicht höchststrichterlich geklärt, in 1993 sollte es weitere BGH-Entscheidungen geben, die aber noch nicht veröffentlicht sind.

2.

Diese Entscheidungen beziehen sich auf § 32 a GmbHG. Über den Verweis auf die Kapitalerhaltungsregeln in § 30 GmbHG könnte dies möglicherweise im Bereich eingetragener Genossenschaften gelten.

Lösungsansatz:

Die Erkenntnisse über die Behandlung eigenkapitalersetzender Darlehen bei Aktiengesellschaften sollen wegen der insoweit eher vergleichbaren Struktur auf eingetragene Genossenschaften übertragen werden. Bei AG verlangt man zusätzlich zu den bei der GmbH geltenden Merkmalen des Eigenkapitalersatzes, daß der darlehensgebende Gesellschafter ein "Unternehmer-Aktionär" ist, der eine unternehmerische Beteiligung mit Finanzierungsverantwortung und der Möglichkeit der Einflußnahme einschließlich der besonderen Informationsmöglichkeiten hat (vgl. Junker ZHR 156 (1192), S. 394 ff.).

Die Grundsätze des Kapitalersatzrechts, die für die GmbH und die GmbH & Co. entwickelt wurden, lassen sich nicht ohne weiteres auf die Rechtsform der AG und e.G. übertragen. Insofern kann die Rechtsform der e.G. günstiger sein als die der GmbH.

3.

Vermeidungsstrategien:

Außerhalb der Krise sollen die Vermögenswerte auf Nichtgesellschafter übertragen werden. Die eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung gibt es nur im Verhältnis des Gesellschafters sowie eines qualifiziert nahestehenden Dritten zu seiner Gesellschaft. Die Abgrenzung des zurechenbar nahestehenden Dritten wird - soweit ersichtlich - insbesondere im Zusammenhang mit vGA diskutiert und läßt sich wohl auch auf den Personenkreis anwenden, der eigenkapitalersetzende Gesellschaftsleistungen erbringen kann.

4. Januar 1994 ub/za4063

Landwirtschaft und landwirtschaftliche Beratung im Vereinten Königreich

Mordaunt, F.; Anderson, D.

Die folgenden Ausführungen richten sich erstens auf die Struktur der Landwirtschaft im Vereinten Königreich und zweitens auf den Beratungsservice.

Teil 1

England ist bei weitem das bedeutenste Land im Vereinten Königreich. Hier sind die größte Zahl von Besitzungen und landwirtschaftlicher Nutzfläche. Zur Zeit ist keine bessere Statistik verfügbar, aber es gibt weniger landwirtschaftliche Betriebe als die 240.000 Besitzungen angeben. Ein Landwirtschaftsbetrieb integriert meist mehrere Besitzungen.

In Schottland wirtschaften 13 % der Betriebe auf 31 % des Landes. Dies bergründet sich u.a. darauf, daß Schottland zum großen Teil aus Gestein (und dazu noch nassem Gestein) besteht. So braucht ein Schaf ca. 20 ha von diesen Gesteinsflächen.

In GB sind die Niederschläge unterschiedlich verteilt. Große Mengen fallen in den höheren Lagen und im Gebirge. Die leistungsfähige Landwirtschaft, die auch unsere Beratung in Anspruch nimmt, finden wir in den Ebenen Englands. Deshalb werden sich die Ausführungen auf England konzentrieren.

Mehr als die Hälfte der Fläche Englands ist Ackerland und weitere 30 % sind permanente Weidegebiete, die für Milchkühe, Rinder und Schafe genutzt werden. Vom Ackerland werden ca. 70 % mit Getreide, zum größten Teil Weizen, bebaut. Kartoffeln und Zuckerrüben sind nur zu je 4 % der Fläche zu finden.

Übersicht 1

Die Struktur der Britischen Landwirtschaft

| | Anzahl der Betriebe | Bewirtschaftete Fläche (Mill. ha) |
|----------------|---------------------|-----------------------------------|
| England | 151.720 | 9,3 |
| Wales | 29.905 | 1,5 |
| Schottland | 31.580 | 5,3 |
| Nordirland | 29.095 | 1,0 |
| Großbritannien | 242.300 | 17,1 |

Übersicht 2

| Anbaustruktur | |
|------------------------------|------|
| (England) | |
| | % |
| Mähdruschfrüchte | 68,0 |
| Raps | 8,5 |
| Erbsen/ Bohnen/ Leinsamen | 8,0 |
| Kartoffeln | 3,0 |
| Zuckerrüben | 4,5 |
| Futterpflanzen | 2,0 |
| Obst und Gemüse | 6,0 |
| | 100 |

Unsere Klienten gehören mehr der Gruppe größerer Farmen an. Das begrenzt zwar die Anzahl der potentiellen Kunden, aber größer heißt auch, daß wenige Klienten unproportional größere Landfläche und Produktvielfalt verkörpern. Kommt man zum Markt potentieller Kunden zurück und betrachtet dabei die Größengruppierung englischer Betriebe, so resultiert der Kundenstrom aus den drei größten Kategorien mit nur 50.000 Betrieben. Jedoch verkörpert dieser Teil ca. 80 % der landwirtschaftlichen Produktion.

Teil II: Beratung im Vereinten Königreich

Beratung wird vorwiegend von 4 Gruppen angeboten:
ADAS, GENUS, Firmenberatung, Privatberatung,

Die ersten zwei (ADAS und GENUS) sind große Organisationen, die beide am Anfang ihre Leistungen kostenlos und ohne Förderung anboten. Jetzt müssen Sie einen Teil ihres Etats selbst erwirtschaften.

Die Firmenberatung gibt hauptsächlich technische Hilfe als Gegenleistung für Verkaufsabschlüsse. Zu diesem Sektor gehörten die landwirtschaftlichen Versorgungsgüter, wie z.B. Futter- und Düngemittelhersteller und auch Händler die von den Bauern aufkaufen. Dieser Sektor ist nicht mit den Leistungen im Unternehmensmanagement der David Anderson & Company zu vergleichen.

ADAS

Adas begann nach 1945 als nationaler landwirtschaftlicher Beratungsdienst. Das war für die Bauern ein kostenloser Service. Seit 1987 müssen ein Teil der Leistungen von ADAS bezahlt werden. Zur Zeit ist ADAS angehalten, 50% ihrer Kosten über Einnahmen zu erzielen. ADAS hat zur Zeit Kosten von ca. 100 Millionen Pfund pro Jahr und beschäftigt 2.400 Mitarbeiter. Nicht alle Mitarbeiter arbeiten in der Beratung. Die Hälfte der Leistungen sind Beratungen, die andere Hälfte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, aber auch Kontroll- und Betreuungsaufgaben für die Regierung.

ADAS plant für 1994 18-20 Millionen Pfund für Beratungsleistungen einzunehmen. Letzte Informationen besagen, daß nur ungefähr 2 Millionen Pfund aus der landwirtschaftlichen Unternehmensberatung kommen. Ein weitaus größerer Betrag wird für technische Hilfe im Pflanzenbau, Tierproduktion und gärtnerischer Produktion veranschlagt. Baubetreuungen sind ebenfalls wichtig. Die Palette wird vervollständigt durch Aktivitäten auf dem Bodenmarkt für örtliche Personen und den British Coal, Freizeitprojekten und anderen. Zur Zeit wartet ADAS auf zukunftsorientierte Entscheidungen für ihr Unternehmen durch die Regierung. Es werden Teile voll kommerzialisiert werden, d.h. es muß Gewinn erwirtschaftet werden.

GENUS

Diese Organisation ist bereits jetzt voll kommerzialisiert, aber verkörpert nur ein Teil des englischen und walisischen Milk-Marketing-Board, welcher mit GENUS als teilsubventionierten Service begann. GENUS muß über 50 Millionen Pfund Umsatz tätigen, um 4 Millionen Pfund Gewinn zu machen. 75% der Leistungen sind in der Tierzucht und der rest unterteilt sich in Tiergesundheit und Betriebsmanagement. Wobei die eine Hälfte der Unterstützung im Betriebsmanagement sich auf den ganzen Betrieb und die andere Hälfte speziell auf Milch-Betriebe bezieht. GENUS wartet ebenfalls auf Entscheidungen der Regierung. Doch ist die große Chance vom Milk-Marketing-Board sich abzutheilen gegeben, da dieser sich selbst neu organisiert.

Privater Sektor:

Einige Spezialberufe wie Landvermesser und Buchhalter bieten jetzt auch Unternehmensberatung an. Diese Ausführungen beziehen sich auf Firmen, die schon etabliert sind. Es ist sehr schwierig, gute Informationen über die Struktur im privaten Beratungssektor zu erhalten. Es gibt nur zwei Unternehmen die landesweit wirken, eine davon ist die David Anderson & Company. Die überwältigende Mehrheit der privaten Anbieter sind kleine Zusammenschlüsse von Beratern oder Einzelpersonen. Die meisten Pflanzenbauberater sind Mitglieder von Berufsorganisationen, weil sie registriert sein müssen.

Die nicht registrierten schätzt man auf nochmal 50 %. Von den 250 Mitgliedern des British Institute of Agricultural Consultants (BIAC), beschäftigen sich 100 mit Unternehmensführung und Finanzen. Dazu kommt noch einmal die gleiche Zahl, die kein Mitglied im BIAC sind. Der Arbeitsinhalt dieser Berater ist sehr differenziert und ein Bauer beschäftigt meist nur Berater dessen Kompetenz er kennt.

Die David Anderson & Company ist die größte unabhängige Beratungsfirma im Privatbereich. Sie ist mit 6 Geschäftsstellen in den verschiedenen Regionen vertreten. 35 bis 40 Berater sind in acht Teams organisiert und betreuen 500 Stammkunden. Die Betriebsflächen der Klienten schwanken zwischen 50 und 5000 ha (durchschnittlich 400 ha).

Als Voraussetzungen für eine effektive Unternehmensstrategie sieht Anderson

- die Unternehmensanalyse
- die effektive Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungen
- und die Unterstützung der Lösungen durch

Budgetkontrolle.

Die folgende Darstellung determiniert den Inhalt einer Unternehmensanalyse. Eine weitere Systematisierung gibt einen Überblick zu Methoden für eine erfolgreiche Umsetzung der Lösungen.

Formelle Unternehmensanalyse

Ressourcen auflisten:

Land, Gebäude, Arbeitskräfte, Management, Kapital

Unternehmensanalyse

Zielstellung - Identifikation von:

- (a) Eigenkapital (tatsächlicher Wert);
- (b) Wo wird Kapital eingesetzt?;
- (c) Art der Verbindlichkeiten;
- (d) Alternative Nutzungsmöglichkeiten des vorhandenen Kapitals;
- (e) Rentabilität der einzelnen Unternehmensaktivitäten;
- (f) Effizienz des Kapitaleinsatzes in einzelnen Unternehmensaktivitäten
- (g) Qualität der Bewirtschaftungsmethoden
- (h) Stärken und Schwächen des Management;

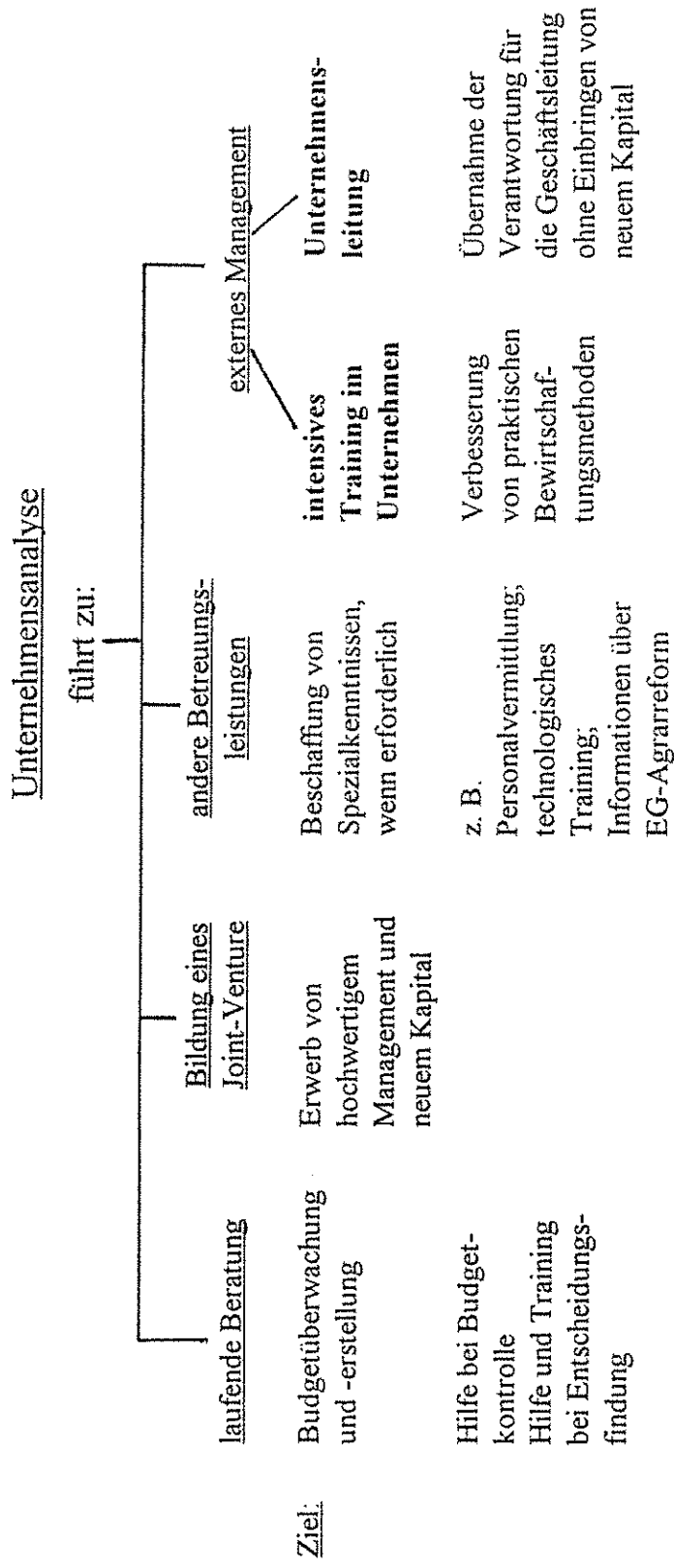
Unternehmensentwicklung

Zielstellungen:

- (a) Wesentliche finanzielle Ziele quantifizieren;
- (b) Identifikation der zu korrigierenden Hauptprobleme;
- (c) Untersuchung dieser und Erarbeitung einer finanziell günstigen Lösung;
- (d) Lösungen vorschlagen, die den finanziellen Zielstellungen entsprechen und die Effizienz des Kapitaleinsatzes erhöhen
- (e) Herausfinden, wo die Kunden weitergehende Hilfe benötigen

P.S. Es wäre falsch, eine Analyse von nur einem Teil eines Betriebes durchzuführen, ohne das Gesamtunternehmen zu betrachten.

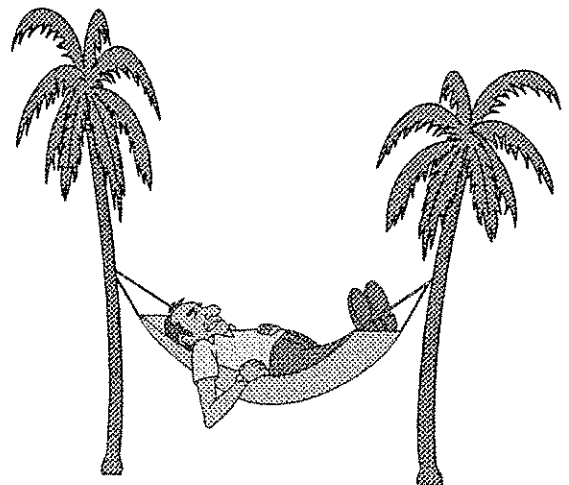
Methoden zur erfolgreichen Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungen



Der Markt erfordert, daß der Berater durch die angebotenen Dienstleistungen einen Rückfluß für den Kunden erzielt, der ein Vielfaches vom verlangten Honorar beträgt. Auf diese Weise stellt der Aufwand für Beratungsleistungen eine profitable Investition dar.

| | |
|----------------------|-------------------------------|
| Gewinn vor Beratung | 50.000 DM |
| Gewinn nach Beratung | 300.000 DM |
| Erhöhung um | <u>250.000 DM</u> |
| Beratungshonorar | 25.000 DM |
| Resultat: | 10mal so hoch wie das Honorar |

Ergebnis - ein *sehr zufriedener Kunde*



Helmut Dietzel

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut f. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues

Löhne und Lohngestaltung für Arbeitskräfte in Agrarunternehmen

Mit dem Lohn wird der Faktor Arbeit unselbständig Beschäftigter entgolten (Arbeitsentgelt). Wer in einem unselbständigem Anstellungsverhältnis tätig wird, hat einen juristisch fixierbaren Anspruch darauf. Deshalb hat auch jede verantwortungsbewußte Unternehmensführung eine Vorplanung des Lohnbudget vorzunehmen, besonders dann, wenn sich äußere Rahmenbedingungen wie Preise oder Förderungsmaßnahmen ändern oder innerhalb des Betriebes in das Produktionsprogramm eingegriffen wird.

Zwei Bestimmungsgründe sind dabei zu beachten:

- die unternehmerischen Interessen müssen gewahrt bleiben, d.h. das bereitzustellende Lohnbudget muß aus dem Ergebnis der Betriebe heraus finanzierbar sein;
- zum anderen ist der Empfänger des Arbeitsentgeltes ausreichend sozial abzusichern.

Auf Unternehmens-/Betriebsebene hat man so einerseits nach dem verfügbaren Lohnbudget zu fragen, andererseits nach dem erforderlichen Lohnbedarf.

Die verfügbaren Lohnmittel

Zu ihrer Bestimmung sind die auf Abrechnung abgestimmten Schemata der Erfolgsbegriffe im landwirtschaftlichen Betrieb/Unternehmen auf ein betriebswirtschaftlich geprägtes Planungsmodell umzustellen; der Lohnansatz als verfügbare Lohnsumme zu definieren und als Endergebnis auszuweisen:

Darst. 1: Ermittlung des verfügbaren Lohnbudget
(Betriebsform, Rechtsform jur. Person)

| | |
|-------|---|
| minus | geplanter Betriebsertrag |
| | Bedarf an festen u. variablen Kosten (Sachaufwand) |
| <hr/> | |
| minus | Betriebseinkommen |
| minus | geplanter Zinsansatz f. das Eigenkapital |
| minus | vorgesehene Reinertragsdifferenz zur Aufstockung |
| | des Eigenkapitals, für Rückstellungen usw. verfügbares Lohnbudget |
| <hr/> | |
| | verfügbares Lohnbudget |

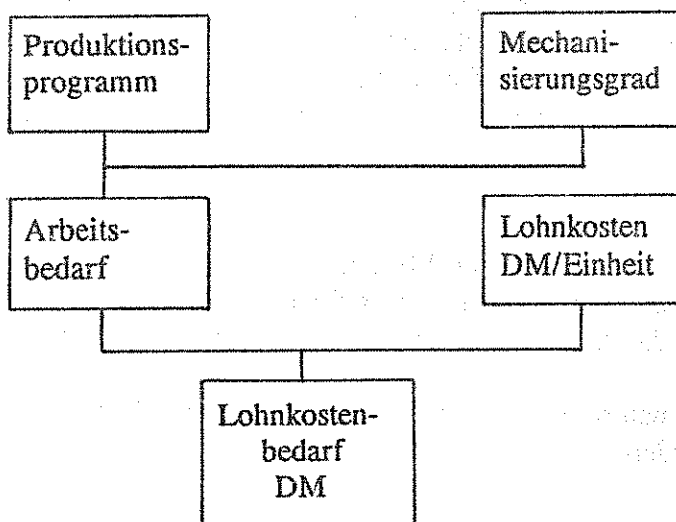
Diese Rechnung gibt keine Auskunft über den Bedarf an Lohnmitteln, gestattet aber, da die drei aus dem Betriebseinkommen zu bildenden Positionen in Grenzen austauschbar sind, die Möglichkeit Lohnbudget und Lohnkostenbedarf einander anzugleichen

Bestimmung des Lohnkostenbedarfes

Nur in Ausnahmefällen wird es möglich sein, Angaben aus der Literatur zur Bedarfsermittlung der Lohnkosten im Beratungsbetrieb heranzuziehen. Ihre Streubreite ist enorm, Kalkulationen für große Marktfruchtbetriebe reichen von 93 DM/ha ... 340 DM/ha (1), (2); Pahmeyer (3) berichtet von einem Sollwert an Lohnanspruch, Fremdlöhne und

Berufsgenossenschaft von 550,- DM/ha. Bei den juristischen Personen wies die Auswertung der Testbetriebe Sachsen-Anhalts für das Wirtschaftsjahr 1991/92 noch Lohnkosten von 804 DM/ha LF aus 1992/93 waren es 819,- DM/ha (4). Es kommt also immer darauf an, die definierten Bedingungen des Einzelbetriebes in die Bedarfsbestimmung einzubringen.

Darst. 2: Grobstruktur zur Ermittlung des Lohnbedarfes eines Betriebes



Für Detailrechnungen zur Bedarfsplanung des Lohnbudget sind 2 Ansätze denkbar:

Erster Ansatz - über die Produktionsverfahren

| Umfang Prod.verf. | x Arbeitszeitbedarf | x Lohnko- stensatz | = Lohnkostenbedarf f. Prod.verf. |
|--|---------------------|-----------------------|--|
| ha, Tier o.a. | Akh/Einheit | DM/h | DM |
| Prod.verf. 1 | . | . | . |
| . | . | . | . |
| . | . | . | . |
| . | . | . | . |
| Prod.verf. n | . | . | . |
| | | | Lohnkostenbedarf der Prod.verfahren |
| + Arbeitszeitbedarf bedingt termingebundener Arbeiten (Akh) | | | Lohnkostenbedarf bed. term.-geb. Arbeiten |
| + | | | Lohnkostenbedarf sonst. Bereiche |
| + | | | Lohnkostenbedarf Be- triebsleitung |
| | | | <u>Lohnbedarf des Betriebes</u> |

Ansatz 1 erfaßt den Arbeitsbedarf nach Darst. 2 als Arbeitszeitbedarf in Akh. Er ist aus diesem Grunde problematisch für die Verfahren der pflanzlichen Erzeugung mit ihrem jahreszeitlich unterschiedlichen Arbeitszeitbedarf. Wenn aus Gründen der Verfahrenssicherheit nämlich in der Ausstattung mit ständigen Arbeitskräften vorgehalten wird, entstehen höhere Lohnkosten, als sich aus dem verfahrensbedingten Bedarf ableiten.

Ansatz 2 geht von den vorhandenen Arbeitskräften aus

| | | | | |
|--------------------------------|---|-------------------|---|----------------------------------|
| ständige Ak Produktion | x | Lohnkosten DM/Ak | = | Lohnkostenbedarf |
| " Ak Werkstätten | x | " | = | " |
| " Ak Nebenbereiche | x | " | = | " |
| " Ak Leitung | x | " | = | " |
| Saisonarbeitskräftestunden Akh | x | Lohnkosten DM/Akh | = | " |
| | | | | <u>gesamter Lohnkostenbedarf</u> |

Eine Differenzierung nach Arbeitskräften in den verschiedenen Lohn-/ Gehaltsgruppen erhöht die Genauigkeit der Rechnung.

Optimierung des Arbeitskräftebesatzes - eine Voraussetzung bezahlbarer Arbeit

Beiden Ansätzen zur Ermittlung des Lohnkostenbedarfes sollte eine Optimierung der notwendigen Anzahl ständiger Arbeitskräfte vorausgegangen sein, immer unter der Maßgabe, daß jede geleistete Arbeitsstunde auch gewinnorientiert eingesetzt wird. Lohnkosteneinsparungen sind derzeit noch am ehesten über die geschickte Anpassung von Arbeitszeitbedarf und Arbeitsvermögen herbeizuführen. Auf Seiten des Arbeitsbedarfes geht es darum, bedingt termingebundene Arbeit gezielt in die Arbeitstäler zu drücken, das ist eine gebräuchliche Managementaufgabe. Problematischer ist die Variabilität des Arbeitsvermögens zu sehen. Weder läßt sich die Jahresarbeitszeit beliebig ausdehnen, noch die Tages- bzw. Wochenarbeitszeit. Dem stehen sowohl durch den Gesetzgeber als auch durch das psycho-physische Leistungsvermögen der Arbeitskräfte gesetzte Grenzen entgegen, die am ehesten einhält, wer sich den Arbeitszeitregularien der jeweiligen Tarifverträge unterwirft. Darst. 3 und 4 zeigen Arbeitszeitverteilungsmodelle für Arbeitskräfte in Anlehnung an den MTV für Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen - Anhalt.

Was mit betriebsgebundenen Arbeitskräften an Arbeitsausgleich nicht zu erreichen ist, muß über Saisonkräfte oder überbetrieblichen Maschineneinsatz abgedeckt werden.

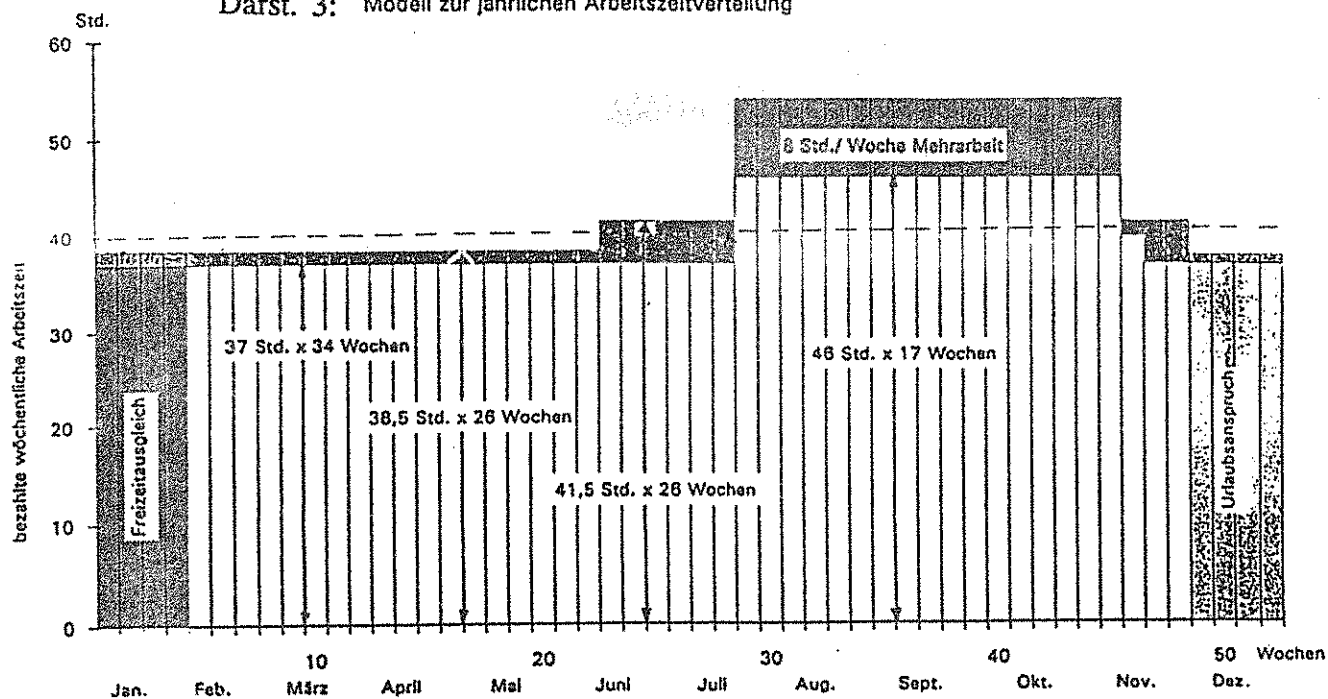
Das Lohnniveau beeinflusst Lohnbudget

Lohn gehört zu den in einem Arbeitsvertrag frei zu vereinbarenden Bedingungen. Das heißt aber nicht, daß er in beliebiger Höhe (oder gar Tiefe!) ausgehandelt werden kann. Unabhängig von den wirtschaftlichen Zwängen des Betriebes, muß das Arbeitsentgelt dem Arbeitnehmer ausreichende Existenzgrundlage bieten. Gesetzwidrig wird z. B. eine Lohnvereinbarung, die 1/3 unter dem in der Region üblichen Vergleichslohn (gleicher Wirtschaftszweig, vergleichbare Tätigkeiten) liegt.

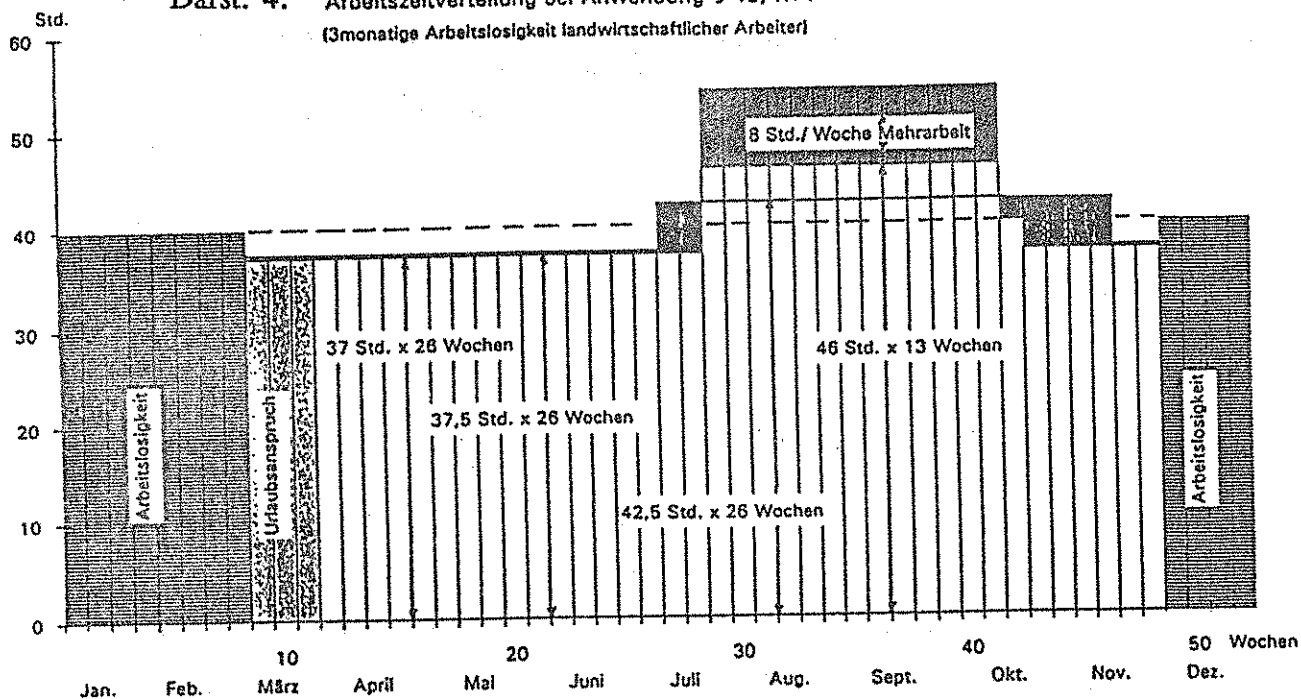
Für tarifgebundene Partner, d.h. der Arbeitnehmer ist Mitglied der tarifvertragsschließenden Branchengewerkschaft und der Betrieb Mitglied des entsprechenden Arbeitgeberverbandes, sind die Lohnvereinbarungen des Entgeltstarifvertrages zwingend. Das z.B. zwischen Regionalverband Sachsen - Anhalt der GGLF und dem Arbeitgeberverband land- und forstwirtschaftlicher Unternehmer ausgehandelte Lohnniveau gleicht die Interessen der Arbeitnehmer mit denen der Unternehmer aus und orientiert sich am regionalen Umfeld. Deshalb ist auch nicht tarifgebundenen Unternehmen zu empfehlen, sich am Lohnniveau der Entgeltstarifverträge anzulehnen. Die seit 1.4.1993 gültigen Tariflöhne sind für ausgewählte Lohngruppen der Darst. 5 zu entnehmen.

Wo diese Löhne auf Dauer nicht gezahlt werden können, ist das Unternehmen entweder

Darst. 3: Modell zur jährlichen Arbeitszeitverteilung



Darst. 4: Arbeitszeitverteilung bei Anwendung § 4b, RTV
(3monatige Arbeitslosigkeit landwirtschaftlicher Arbeiter)



schlecht geleitet oder falsch organisiert.

Lohnnebenkosten nicht vernachlässigen

Die Arbeitsstunde ist teurer, als der einer Arbeitskraft zu zahlende Bruttolohn, eben um die Lohnnebenkosten. In Deutschland sind Unternehmen der Industrie mit ca. 80% des Bruttolohnes an Lohnnebenkosten belastet. In der Landwirtschaft liegt der Satz niedriger, der KTBL - Richtwert ist 55% (5).

Eine Kalkulation der Lohnkosten zeigt Darst. 6 für die Verhältnisse in Sachsen - Anhalt, in Anlehnung an die derzeit gültigen Tarifverträge.

Darst. 5:

Berechnung der Personalkosten ständig beschäftigter Arbeiter in landwirtschaftlichen Unternehmen, in Anlehnung an MTV u. Entgeltstarifverträge LSA, Stand 1.1.1994

| | | | Lohngruppe 4 | Lohngruppe 5 | Lohngruppe 6 |
|--|---|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Lohnsatz ab 1.4.1993 DM/Std | | | 10,13 | 11,25 | 12,38 |
| Bruttolohn (2.088 Std * Lohnsatz) DM/Jahr | | | 21.151 | 23.490 | 25.849 |
| zuzüglich | Mehrarbeit, dafür Freizeitausgleich; zu zahlen die Zuschläge | 75 Std * 25% des Lohnsatzes | 190 | 211 | 232 |
| | | 50 Std * 50% des Lohnsatzes | 253 | 281 | 310 |
| | | | | | |
| zuzüglich | Urlaubsgeld 12,- DM/Tag | 300 | 300 | 300 | |
| | Weihnachtsgeld | 330 | 330 | 330 | |
| Barlohn | insgesamt | DM/Jahr | 22.224 | 24.612 | 27.021 |
| | | DM/Std | 10,64 | 11,78 | 12,94 |
| Arbeitgeberanteil | 50% v. | 13,4% Krankenversicherung | | | |
| | | 19,2% Rentenversicherung | 4.345 | 4.812 | 5.283 |
| | | 6,5% Arbeitslosenversicherung | | | |
| "Entgeltfortzahlungsversicherung" nach LFG | | | | | |
| Umlage 1 | für Krankheit | 2,50% v. Bruttolohn | | | |
| Umlage 2 | für Mutterschaft | 0,01% " | 558 | 618 | 678 |
| Berufsgenossenschaft (bei 30 DM/ha; 2 Ak/100 ha) | | | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| Personalkosten | insgesamt | DM/Jahr | 28.627 | 31.542 | 34.482 |
| | bezogen auf 1.728 Akh | DM/Std | 16,57 | 18,25 | 19,95 |
| Kalkulation nach KTBL: Lohnansatz + 55% " | | | 15,70 | 17,44 | 19,19 |

¹⁾ ohne Anteil Berufsgenossenschaft

Darst. 5 fasse man in erster Linie als Kalkulationsschema auf, denn in tariffreien Betrieben oder über Haustarifverträge können andere als die unterstellten Bedingungen zu abweichenden Positionen führen:

- kann für Überstunden kein Freizeitausgleich gewährt werden, erhöht sich die Jahreslohn- und Lohnkostensumme. Die Bezugsgröße der verfügbaren Arbeitszeit, vorletzte Zeile Darst. 5, steigt um die Zahl der Überstunden.
- Abhängig von Urlaubsregelungen, Zahl der Feiertage, die auf Wochentage fallen, geschätzte Krankentage und bezahlte Freistellungen reduziert sich die bezahlte Arbeitszeit von 2.088 Std/Jahr auf eine verfügbare Arbeitszeit zwischen 1.700 und 1.750 Akh.
- Lohnnebenkosten wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld könnten in Haustarifverträgen ausgespart sein.

- Die Versicherung für die Entgeltsfortzahlung entsprechend §§ 10 und 16 LFG kann zwischen den AOK - Bezirken abweichen. Im Kassenbezirk Halle werden derzeit die in der Darst. 5 aufgeführten Beiträge erhoben.

Bestimmungsgründe für Höhe des Lohnes einer Arbeitskraft

Für die Berechnung des Bruttolohnes gibt es grundsätzlich zwei Zugänge

- die qualitative Seite, die sich in der Lohn- oder Gehaltsgruppe zeigt,
- die quantitative Seite, als Zeit- oder Mengenausdruck.

Aus qualitativer Sicht bestimmt sich der Tarifwert einer Arbeit aus ihren Anforderungen an Qualifikation, Verantwortung, psycho-physisches Leistungsvermögen. Jedes der drei Kriterien muß wichtig und vergleichbar sein, denn am Ende kann nur eine Aussage stehen: Diese Tätigkeit gehört in Lohngruppe X, jene in Lohngruppe Y.

Nach einem summarischen Verfahren werden die landwirtschaftlichen Arbeiten mit Lohngruppen besetzt, vgl. dazu KTBL-Datensammlung für die Betriebsplanung, Tab. 140 (5). Präziser wird die Definition der Anforderungen zur Bestimmung der Lohngruppe in den Entgeltstarifverträgen vorgenommen. Zur Klärung von Streitfragen, auch für evt. Beratung sollten deshalb die Texte der Tarifverträge herangezogen werden. Ein Tarifsysteem ist so aufgebaut, daß die Wertigkeit der Arbeit sowohl zwischen den Beschäftigungsgruppen, also Lohnempfängern, technischen und kaufmännischen Angestellten, leitenden Angestellten als auch innerhalb der Lohn- bzw. Gehaltsgruppen genau gestaffelt ist. Wenn das Entgeltsniveau angehoben wird, bleibt dieser relative Abstand exakt bestehen. Vorstellungen für eine solche Staffe lung legt HÄGNER (6) vor.

Darst. 6:

Beispiel für den Differenzierungsgrad des Entgeltes (nach HÄGNER 1993)

| | Lohnempfänger | technische und kaufmännische Angestellte | leitende Angestellte |
|-----------------|---------------|--|----------------------|
| Niveauvergleich | 100% | 80 - 100% | 200 - 500% |
| Stufe 1 | 60 - 75 | 80 | 200 |
| 2 | 75 - 85 | 90 | 230 |
| 3 | 85 - 95 | 100 | 260 |
| 4 | 100 | 115 | 300 |
| 5 | 108 | 130 | 340 |
| 6 | 117 | 145 | 380 |
| 7 | 133 | 160 | 420 |
| 8 | 144 | 180 | 500 |

Der Entgeltsvertrag Landwirtschaft für Sachsen - Anhalt folgt dem für die Lohngruppen in etwa: Ecklohngruppe 5 = 100%, Lohngruppe 1 = 60%, Lohngruppe 7 = 120%. Zwischen der Ecklohngruppe 5 und der Eckgehaltsgruppe 6 besteht ein Verhältnis von 1 : 1,2. Weit abweichend von HÄGNER'S Vorstellung legt der Tarifvertrag für leitende Angestellte ein Verhältnis von 1,6 ... 1,8 zur Ecklohngruppe der Arbeiter fest.

Bewertet wird zwar die Arbeit, eingruppiert jedoch die Arbeitskraft. Dem liegt die Konstruktion zugrunde, daß eine Arbeitskraft auf Grund ihrer Ausbildung und Eignung vorwiegend Arbeiten der gleichen Lohngruppe verrichtet. Weil die Lohngruppe zuerst an die

Arbeit gebunden ist, kann sie auch nicht von Fall zu Fall variiert werden in Abhängigkeit von Leistungserfüllung oder Wohlverhalten einer Arbeitskraft. Fälschlich wird das manchmal in der betrieblichen Praxis so gehandhabt. Leistungen einer Arbeitskraft finden im Lohnsystem ihre Berücksichtigung über die Anwendung richtiger Lohnformen.

Damit eng im Zusammenhang steht die Bemessung der Arbeitsmenge, Voraussetzung für die quantitative Seite der Bruttolohnbestimmung. Im einfachsten und häufigsten Fall wird dafür die Zeit zugrunde gelegt und nach der einfachsten Lohnformel gerechnet: z.B.

$$\begin{array}{rcl} \text{Arbeitsstunden} & \times & \text{Lohnsatz} = \text{(Brutto) Lohn} \\ \text{[Akh/Monat]} & & \text{[M/Std]} \quad \text{[M/Monat]} \end{array}$$

Zeitlohn herrscht vor in der Landwirtschaft

Eine Befragung von 10 Geschäftsführern aus Agrargenossenschaften ergab, daß im Ackerbau in 9, in der Tierhaltung in 7 Betrieben ausschließlich Zeitlohn angewendet wird, im Leistungsbereich waren nur in 2 Fällen leistungsabhängige Gehaltsbestandteile vorgesehen. Damit liegt die Landwirtschaft der neuen Bundesländer im Trend der Zeit und anderer Wirtschaftsbereiche. Von 1970 bis 1990 stieg die Zahl der Beschäftigten, die nach Zeitlohn bezahlt wurden von 25 auf 50%, wobei allerdings zunehmend zusätzliche Kriterien zur Differenzierung des individuellen Lohnes herangezogen werden. Im umgekehrten Verhältnis, von 50 auf 25% ging die Anwendung des Akkord-, Stücklohnes zurück, vgl. Darst. 7.

Eine Abwandlung des absoluten Zeitlohnes erfolgt nach 2 Wegen

- über Leistungsbeurteilungen des vorgesetzten Leiter. Dieser Weg wird in einigen Agrargenossenschaften des Landes beschritten und eine Differenzierung des Lohnsatzes um $\pm 10\%$ vorgesehen. Hierbei kann der stark subjektive Einfluß zum Problem werden.
- über die Berücksichtigung von quantitativen oder qualitativen Leistungsparametern. Hierfür gilt, wie auch in gleicher Weise für Leistungslohnformen
 - die Leistung muß durch die Arbeitskraft beeinflussbar sein,
 - meßbare Leistungskennzahlen müssen vorhanden sein,
 - Datenerfassung und Abrechnung muß im vertretbaren Aufwand zum Effekt der Leistungssteigerung stehen.

Jede Einführung von Leistungslohn muß vorbedacht werden, besonders deshalb weil dadurch die Lohnkosten steigen können. In Bezug auf die einzelne Arbeitskraft fordern das die Tarifverträge geradezu: Nach RTV LSA § 8 ist bei Akkordarbeit die Entlohnung so zu bemessen, "daß eine vollwertige Arbeitskraft bei normalem Können und durchschnittlicher Akkordleistung 25 % über dem tariflichen Zeitlohn gleichartiger Arbeitnehmer verdient." Wer Leistungslohnformen einführt, muß sich darüber klar sein, daß die Leistung in der Zeiteinheit steigt, in Relation dazu die Vergütung. Das ist betriebswirtschaftlich nur zu tragen, wenn freiwerdende Arbeitskapazitäten abgebaut werden.

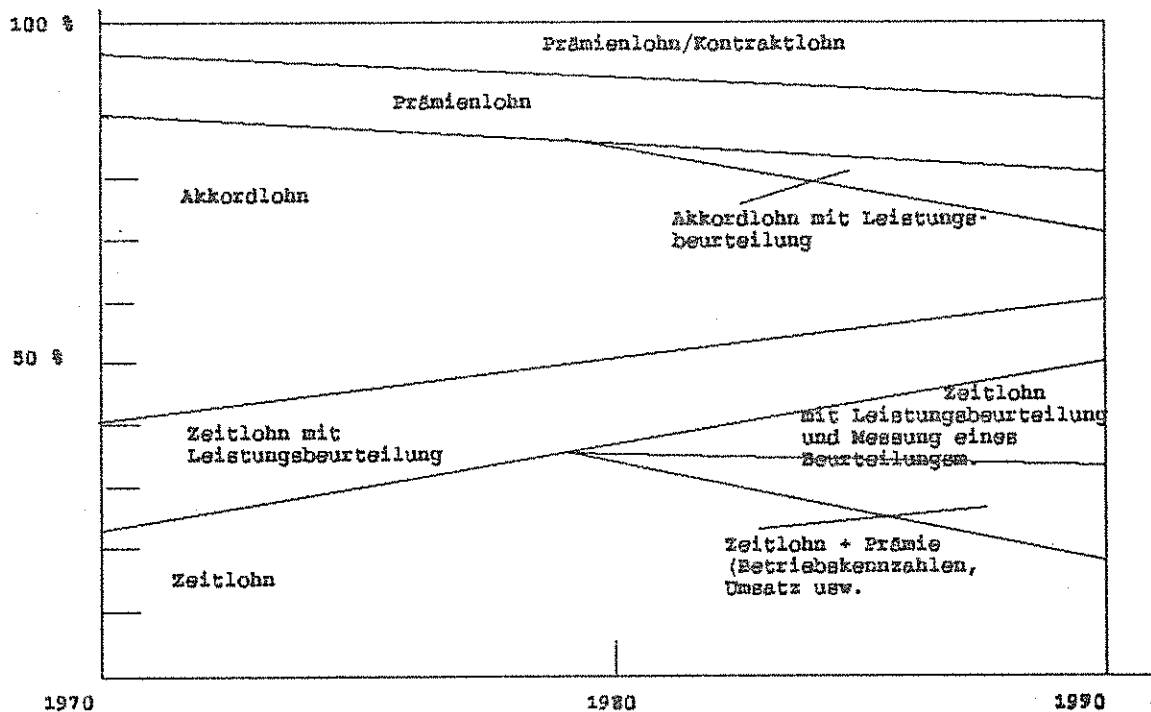
Ausblick

Landwirtschaftliche Unternehmen werden sich darauf einstellen müssen, daß Lohnarbeit teurer wird. Der DLG-Arbeitskreis Ost erwartet, daß "ein Angleich des tariflichen Lohnniveaus für Lohnarbeitskräfte in der Landwirtschaft Ostdeutschlands zur Verdopplung der Lohn- und Lohnnebenkosten führt" (8), ausgehend vom derzeit in der Regel noch untertariflichen Lohnniveau. Auf etwa 60.000 DM/Ak und Jahr gestiegene Lohnkosten werden eine weitere Reduzierung der ständig Beschäftigten auf 0,5 Ak/100 ha im (getreideorientierten) Marktfruchtbaubau erzwingen (9).

Die weitere Automatisierung und Technisierung wird den Einfluß der Arbeitskraft auf die Mengenleistung zurückdrängen, Stück-/Akkordlohnformen verlieren an Bedeutung, Zurück-

haltung bei Versuchen sie in Anlehnung an frühere Erfahrungen einzuführen, ist dringend geboten. Jedoch sollten Arbeitnehmer, die nicht zugleich Anteilseigner im Betrieb sind über Erfolgskennzahlen oder Kostenbegrenzungen über den reinen Zeitlohn hinaus ergebnisorientiert werden.

Darst. 8: Verbreitung der Lohnformen in der Bundesrepublik Deutschland (nach ZANDER 1990)



Literatur

- 1 Fuchs, C. u. H. Schüle: Auf großen Schlägen Maschinenkosten sparen. Bauernzeitung 41/1993, S. 14 - 15
- 2 Koesling, T., H. Isermeyer, W. Nehring: Für Spitzenkötter eine Chance. top agrar 2/91, S. 44 - 46
- 3 Pahmeyer, L.: Habe ich als reiner Ackerbauer noch eine Chance? top agrar 3/91, S. 24 - 28
- 4 Persönliche Mitteilung in Ergänzung zu Durchschnittsergebnissen aus dem Wirtschaftsjahr 1991/92, 1992/93 - Testbetriebsnetz Sachsen-Anhalt MELF, Referat 21
- 5 KTBL - Datensammlung für die Betriebsplanung in der Landwirtschaft. 12. Aufl. 1991, Tab. 140
- 6 Hägner, J.: Motivation und Stimulierung im Landwirtschaftsunternehmen. Neue Landwirtschaft 1/1993, S. 18 - 20
- 7 Winkler, A.: Arbeits- und Leistungsbewertung sowie Entlohnung in der BRD. Arbeitswissenschaft 34 (1990) 2, S. 97 - 103
- 8 DLG - Arbeitskreis Ost: Orientierungshilfe für die Gestaltung der LPG - Nachfolgeunternehmen, Arbeitsunterlagen A/94
- 9 Jochimsen, H.: Kann ich zu diesen Preisen überhaupt noch produzieren? top agrar 4/93, S. 32 - 37

Marktgeschehen 1993 und Prognose 1994 aus der Sicht der GATT-Beschlüsse

Rudolf HÜwe MLU Halle-Wittenberg

Der Agrarmarkt im Jahr 1993 zeigte sich für die ostdeutschen Landwirte stürmisch bewegt. Neben der weiteren Umstrukturierung der Unternehmen, der Vermögensauseinandersetzung, der Altschulden- und Verpachtungsprobleme, der Kapitalknappheit schlechthin, beeinflusste die EG-Agrarreform, deren erste Stufe durchzusetzen war, den Agrarmarkt am nachhaltigsten. Im Mittelpunkt stand dabei die Senkung der Getreidepreise. Die Kappung der Investitionspreise um über 20 Prozent zeigte - direkt und indirekt - Wirkung im gesamten Agrarbereich.

Als günstig für die Landwirte erwies sich der weitere Ausbau der ostdeutschen Ernährungsindustrie sowie das zunehmende Image ostdeutscher Produkte bei den Verbrauchern. Die Bauern hatten 1993 bei der Abnahme ihrer Produkte - bis auf Einzelfälle - kaum Probleme. Sie und ihre Marktpartner spürten aber deutlich: Der Wettbewerb ist mit dem nun einheitlichen Binnenmarkt der Europäischen Union härter geworden. Der Faktor Markt gewinnt - unabhängig von der Einführung von flächenbezogenen Beihilfen - an Gewicht für das landwirtschaftliche Unternehmen. Dann besteht eine Zielstellung der EG-Reform, die durchaus auch Vorteile brachte: ostdeutsche Agrarprodukte, insbesondere große und einheitliche Erzeugnispartien, standen 1993 noch stärker als vordem in der Gunst der Aufkäufer.

Was die Preisentwicklung in Ost und West angeht, ist der Agrarmarkt weiter zusammengewachsen. Bis auf Milch wird für gleiche Qualitäten auch der gleiche Preis gezahlt. Große und einheitliche ostdeutsche Getreide- und Rapspartien erreichten sogar ein höheres Preisniveau. Insgesamt prägen sich offenbar regionale Unterschiede stärker aus.

Die Entwicklung in den großen Produktgruppen verläuft sehr differenziert. Zur Pflanzen- und Tierproduktion läßt sich verallgemeinernd feststellen:

Die bessere Anpassung der Anbaustruktur an die Marktbedingungen sowie die guten Erträge bei den Hauptkulturen Getreide, Ölfrüchte, Zuckerrüben, Kartoffeln und Futter, sicherten den Pflanzenproduzenten im Zusammenhang mit insgesamt stabilen Preisen - mit Ausnahme von Speisekartoffeln - eine günstige Marktposition. Der Umfang der Flächenstillegungen blieb allerdings hinter den Forderungen der EU zurück.

Gut geführte landwirtschaftliche Unternehmen der Pflanzenproduktion konnten 1993 ihre Marktstellung festigen und dürfen auch für 1994 gute Karten haben.

Der Marktverlauf im tierischen Bereich war für die ostdeutschen Landwirte insgesamt komplizierter und wirtschaftlich einschneidender. Während sich der Milchmarkt sowie der Markt bei Eiern und Geflügel im großen und ganzen recht stabil entwickelte, stellte er die Erzeuger von Schweinen vor die größten wirtschaftlichen Probleme: das führte nicht selten zur Aufgabe dieses Zweiges. Wichtige Ursachen sind unbefriedigende Erlöschancen über extrem niedrige Marktpreise sowie die im Prinzip fehlende Absicherung über die EG-Markttordnung. Insgesamt ist die finanzielle Situation der ostdeutschen Veredlungsbetriebe besorgniserregend. 1994 wird für sie ein hartes und entscheidendes Jahr. Der Stop des dramatischen Rückgangs der Rinder- und Schweinebestände ist für die Tierproduzenten in den neuen Bundesländern lebensnotwendig. Einmal verlorene Marktpositionen wieder zu gewinnen, ist äußerst schwer. Die Stärke des Wettbewerbs am Markt der Europäischen Union und am Weltmarkt nimmt ständig zu. Der Verlauf und die Ergebnisse der GATT-Verhandlungen sind dafür ein beredter Ausdruck.

Zu den wichtigsten Teilmärkten lassen sich folgende Aussagen treffen:

Getreide

Mit der EG-Agrarreform sanken die Getreideinterventionspreise um rund 22 %. Dieser in der EG-Geschichte einmalige Freispruch führte zu leeren Getreidelägern und zu großen Preisunsicherheiten beim Vertragsabschluß. Eine Einigung über die Getreidepreise wurde oft erst während der Ernte erzielt. Dort, wo die Witterung es zuließ, lagerten die Erzeuger - in der Hoffnung auf später bessere Erlöse - selbst ein.

Den Zuschlag erhielten die meistbietenden Käufer. Die Landwirte waren zumeist in einer guten Verhandlungsposition - im harten Wettbewerb zahlten vor allem westdeutsche Aufkäufer gute Preise. Die Marktpreise 1993 lagen im Schnitt über dem Interventionspreisniveau und damit über den ursprünglichen Erwartungen.

Vorschau 94: Mit der zweiten Stufe der EG-Agrarreform sinken die Getreidemarktpreisordnungspreise nochmals um gut 2 DM/dt. Damit scheint sich 1994 der "unruhige" Getreidemarkt zu wiederholen. Preisunsicherheit und Preis poker sind wohl vorprogrammiert. Im kommenden Jahr wird sich noch deutlicher zeigen: Für die Landwirte gewinnt das Aushandeln der Preise unter sich schnell verändernden Marktbedingungen ein immer größeres Gewicht.

Die ostdeutschen Landwirte - das zeigen die ersten statistischen Erhebungen - werden auch für die Ernte 1994 Getreide und Raps im Anbau bevorzugen. Eine Alternative ist unter den gegenwärtigen schwierigen Marktbedingungen auch kaum gegeben. Der Abschluß der GATT-Verhandlungen wird jedoch hier längerfristig Einschnitte bringen - sowohl für die Landwirte als auch für die Händler und Verarbeiter.

Raps

Ölfrüchte stehen sowohl aus produktionstechnischer Sicht als auch wegen der relativ hohen Flächenbeihilfen bei den ostdeutschen Landwirten hoch im Kurs. Die Anbaufläche wurde für die Ernte 1993 nochmals bedeutend ausgedehnt. Das und die guten Rapsrerträge brachten eine um über 40 % größere Ernte als 1992 die zu relativ hohen Preisen abgesetzt werden konnten. Die Landwirte profitieren von der günstigen Lage am Weltölmarkt.

Vorschau 94: Schon sehr früh beginnt der Wettbewerb um Raps aus der Ernte 1994. Viele Aufkäufer, insbesondere aus dem westlichen Bundesgebiet, bemühen sich bei den Erzeugern jetzt schon um die vertragliche Bindung der Erntemengen. Die Preisangebote dafür sind ausgesprochen gut. Den Landwirten fällt die Entscheidung trotzdem schwer, sich schon ein Jahr vor der Ernte preismäßig zu binden.

Kartoffeln

Der starke Rückgang der Kartoffelanbaufläche um gut 20 % auf nur noch knapp 80.000 ha brachte den ostdeutschen Erzeugern infolge der europaweit hohen Erträge und des noch zunehmenden Angebotsdrucks aus dem alten Bundesgebiet keine Marktentlastung. Die Erlöse liegen auch in diesem Jahr wieder auf einem sehr niedrigen Niveau und decken oft kaum die Produktionskosten. Trotzdem lassen sich im technologischen Bereich sowie in der Warenpräsentation Fortschritte erkennen.

Vorschau 94: Eine weitere Reduzierung der ostdeutschen Kartoffelanbauflächen für die Ernte 1994 ist sehr wahrscheinlich, wobei spezialisierte Erzeuger ihre Marktstellung halten und weiter ausbauen könnten. Die hiesigen Sorten sind gut nachgefragt.

Zuckerrüben

In Deutschland zeichnet sich 1993 eine überreichliche Zuckerrübenernte ab, die Erträge liegen bei 540 dt/ha, der Zuckergehalt ist mit etwa 17,4 Prozent hoch. Die Zuckerproduktion liegt beträchtlich über den schon hohen Vorjahresergebnissen sowie der Quote für 1993/94.

Vorschau 94: Eine nochmalige Reduzierung der Anbaufläche scheint wahrscheinlich. Das ist schon durch die Übertragung der Quote aus dem letzten Wirtschaftsjahr bedingt. Eine Erzeugung außerhalb der A- und B-Quote ist kaum rentabel.

Milch

Der Milchmarkt 1993 entwickelte sich im Rahmen der dramatischen Situation der ostdeutschen Veredlungswirtschaft noch relativ stabil, wobei die Anzeichen einer ungünstiger werdenden Marktsituation allerdings nicht zu übersehen sind. Die Milchkuhbestände sanken zu 1992 um 1,6 %. Sie reichen trotz der Leistungssteigerung im Milchwirtschaftsjahr 1993/94 voraussichtlich wieder nur zu einer Quotenerfüllung um etwa 90 %.

Auch die Entwicklung der Milchpreise entsprach nicht den Erwartungen der Landwirte. Im Jahresschnitt dürften die Grundpreise (3,7 % Fett 3,4 % Eiweiß) im neuen Bundesgebiet etwa bei 53 Pf/kg und damit noch um 1 Pf unter dem Vorjahresniveau. Die auch in den alten Bundesländern und in weiteren europäischen Ländern sinkenden Milchpreise scheinen den Beginn einer Trendwende am Milchmarkt anzuzeigen, deren Ursachen vielschichtig sind.

Vorschau 94: Die wirtschaftlichen Bedingungen für die ostdeutschen Milcherzeuger werden sich 1994 insgesamt kaum verbessern. Seitens der EU wird eine weitere Senkung der Marktordnungspreise für Butter und Magermilchpulver sowie wichtiger Beihilfen erwogen. Damit dürften die Milcherzeugerpreise 1994 kaum über das gegenwärtige Niveau kommen. Auch eine Senkung der Milchquoten ist im Gespräch.

Verschärfte Qualitätsparameter sowie Kapitalknappheit bei vielen Milchproduzenten lassen offensichtlich auch 1994 keine Bestandserweiterung bei Milchkühen erwarten. Damit dürften Milchlieferrung und Quotenausnutzung im Milchwirtschaftsjahr 1994/95 sich nicht wesentlich über dem gegenwärtigen Niveau bewegen

Rind

Die Erzeugung von Rindfleisch im neuen Bundesgebiet ging trotz der relativ günstigen Preise zurück, insbesondere bei Mastbullen. So verringerte sich der Bestand männlicher Rinder im Alter von 6 - 12 Monaten auf 84,1 % und im Alter 1 bis 2 Jahren auf 78,5 %. Eine wesentliche Ursache dieses drastischen Bestandesabbaus wird in der Kapitalknappheit der ostdeutschen Rindermäster gesehen - schon für den Tierzukauf ist ein hoher Fondsvorschuß notwendig. Zudem ging der Verbrauch von Rindfleisch zugunsten des wesentlich billigeren Schweinefleisches weiter zurück.

Vorschau 94: Es wird voraussichtlich schon im kommenden Jahr in der EU und auch in Deutschland ein beträchtlich größeres Rinderangebot geben, welches dann deutlichen Druck auf die Marktpreise ausüben dürfte. Die Rinderpreise können nachgeben, wobei es dazu allerdings unterschiedliche Auffassungen gibt.

Schwein

Das Kalenderjahr 1993 war für hiesige Schweinehalter besonders schwer zu bewältigen. Ein EG-weit starkes Angebot ließ das tiefste Preistal in der Nachkriegszeit entstehen, und dieses trifft die ostdeutschen Erzeuger besonders hart. Umstrukturierung und Kapitalmangel bereiten ihnen so schon Schwierigkeiten genug. Die Gefahr, daß agrarisch geprägte ostdeutsche Regionen zu veredlungsfreien Zonen werden, wächst weiter. Ein beträchtlicher Teil der ostdeutschen Schweineproduzenten mußte die Produktion aufgeben bzw. vorerst einmal einstellen. Der Rückgang der Mastschweinbestände zum Vorjahr betrug nochmals 10 %. Noch stärker als die Schweinemast waren die Ferkelerzeuger betroffen, die im Oktober/November nur noch 30 - 40 DM für ein 20-kg-Ferkel erlösten.

Bei den Schweinepreisen bietet der deutsche Markt ein relativ einheitliches Bild. Vorhandene Preisdifferenzen sind auf regionale Angebots- und Nachfragesituationen zurückzuführen.

Vorschau 94: Die großen Zufuhren aus den Mitgliedsländern der EU dürften sich auf der derzeitigen Höhe halten oder auch noch zunehmen. Bei dieser Marktsituation ist nicht mit einer nennenswerten Erhöhung der Schlachtschweinepreise in Deutschland zu rechnen. Generell werden wohl die Schweinepreise mit der EG-Agrarreform nicht mehr das frühere hohe Niveau erreichen.

Entwicklung ausgewählter Preise für pflanzliche Erzeugnisse 1993

Schaubild 1:

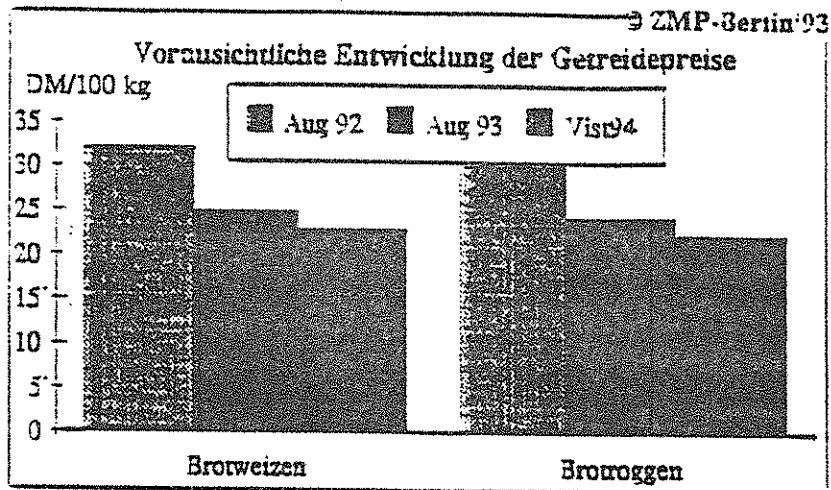


Schaubild 2:

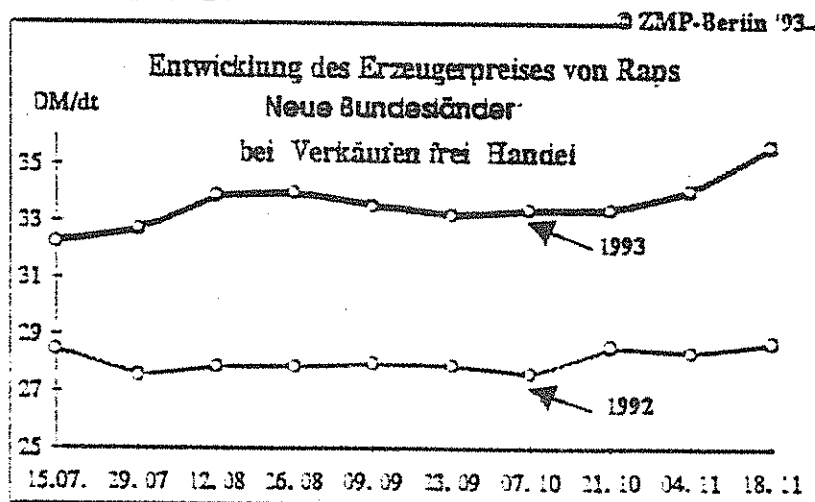
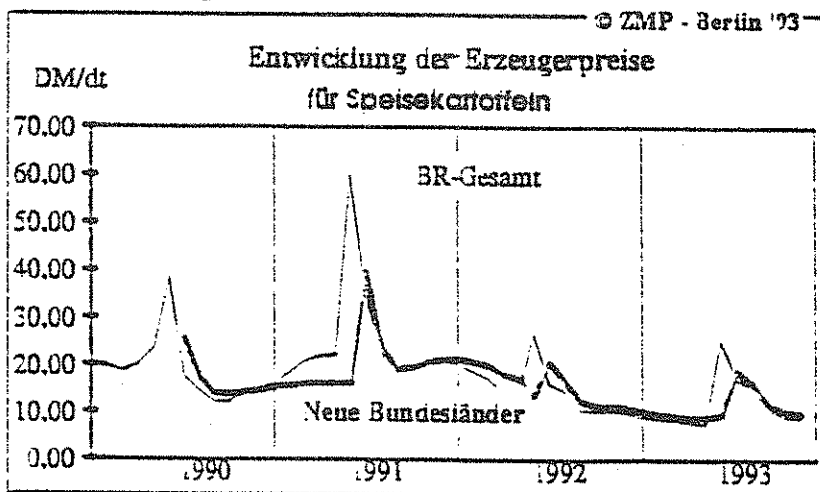


Schaubild 3:



Entwicklung ausgewählter Preise für tierische Erzeugnisse 1993

Schaubild 4:

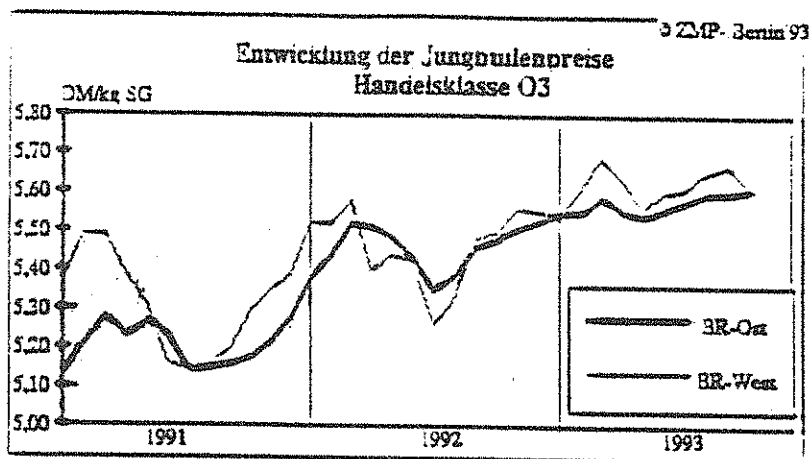


Schaubild 5:

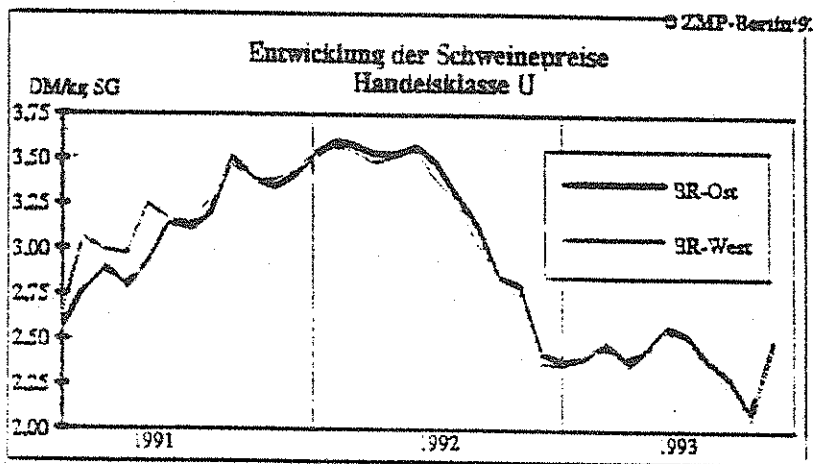
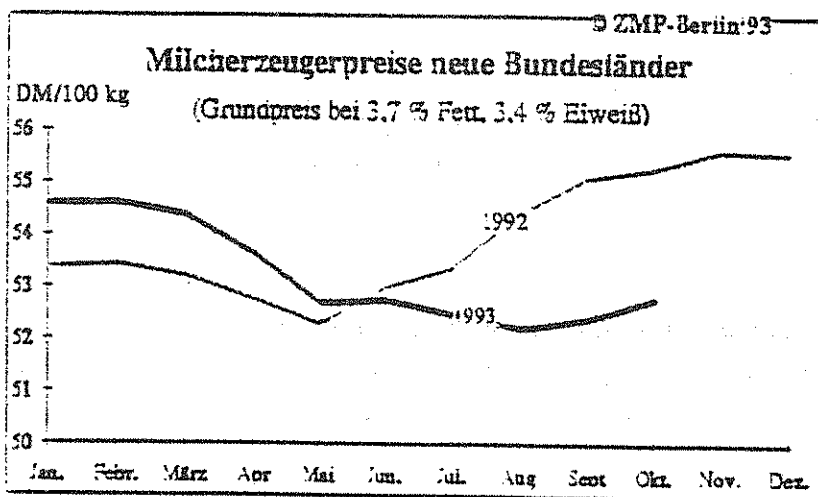


Schaubild 6:



Neues GATT-Abkommen - die wichtigsten Beschlüsse

Die Schlußakte hat 28 Gesetzestexte - für 15 Handelsthemen, 8 besonders wichtige Punkte sind:

Marktzugang für Industrieprodukte, Agrargüter, Dienstleistungen, Geistiges Eigentum, Anti-Dumping-Maßnahmen und Institutionelle Reformen der GATT-Organisation.

GATT

1. Subventionierter Export

Beide Vertragspartner verringern ihre Exportsubventionen für Agrarprodukte von 1995 an innerhalb von sechs Jahren der Menge nach um 21 Prozent und dem Wert nach um 36 Prozent. Aber für die Berechnung wird eine zum Teil andere Basisperiode zugrunde gelegt. Damit sind der EU-Agrarwirtschaft größere Exportmöglichkeiten als zuvor eingeräumt (siehe Wochenbericht Nr. 49).

2. Präferenzexport für Amerika

Die Vereinigten Staaten (aber auch andere Drittländer) dürfen nach Spanien dauerhaft, jährlich mit ermäßigter "Abschöpfung" 2 Millionen Tonnen Mais und 300.000 Tonnen Hirse exportieren.

3. Interne Subventionen

Amerika und die EU verringern ihre internen Subventionen für die Landwirtschaft innerhalb der sechs Jahre um 20 Prozent. Dabei sollen die seit 1986 vorgenommenen Kürzungen angerechnet werden.

4. Anbaubegrenzung für Ölsaaten

In Europa ist eine Begrenzung der Anbaufläche für Raps, Sojabohnen und andere Ölsaaten auf 5.128 Millionen Hektar vorgesehen. Von der bisherigen Ölsaatenanbaufläche sollen Europas Bauern aber mindestens zehn Prozent aus der Produktion nehmen.

5. Friedensklausel

Diese besagt eine Erweiterung des Abkommens auf insgesamt 9 Jahre, um die Bauern von einer nochmaligen Kürzung der Exportsubventionen zu schützen. Jährlich wollen sich Europäer und Amerikaner konsultieren, wenn sich Unstimmigkeiten ergeben.

6. Futtermiteileinfuhr

Einigung auf eine neue Referenzmenge (1990 - 1992).

Warum ist Marktentlastung erforderlich?

In der EG hat es bisher als eine Grundweisheit agrarpolitischer Reformversuche gegolten, daß die Überschüsse an den Agrarmärkten eingeschränkt werden müssen. Dabei ist es durchaus nicht so, daß Überschüsse und damit Möglichkeiten zum Export von vornherein wirtschaftlich nachteilig sind. In anderen Wirtschaftsbranchen werden Exporterfolge geradezu herbeigewünscht. In der Landwirtschaft der EG sind exportierbare Überschüsse alleine deshalb zum Problem geworden, weil die inländischen Preise so weit über den Weltmarktpreisen liegen, daß Exporte nur mit hohen Subventionen möglich sind.

Die Exportsubventionen sind allerdings nur ein Symptom für ein tiefer liegendes wirtschaftliches Problem der europäischen Landwirtschaft. Der Kern dieses Problems ist die Tatsache, daß es weiten Teilen der europäischen Landwirtschaft bisher nicht gelungen ist, zu international konkurrenzfähigen Kosten zu produzieren. Sollte die europäische Landwirtschaft eines Tages in der Lage sein, ohne Subventionen zu exportieren, so wird man auch in der EG auf Agrarexporte stolz sein. Die europäische Landwirtschaft produziert also nicht zu viel, sondern sie produziert zu teuer. Marktleistung bedeutet deshalb langfristig nicht unbedingt eine Einschränkung der Produktion, sondern eine Einsparung von Produktionskosten.

Solange die Landwirtschaft der EG noch nicht ohne Subventionen exportieren kann, verlangt Marktentlastung allerdings auch einen Abbau von Überschüssen. Dies jetzt vor allem auch deshalb, weil die neu vereinbarten GATT-Regeln für die Landwirtschaft unter anderem vorsehen, daß subventionierte Agrarexporte eingeschränkt werden. Es wäre allerdings falsch, wenn in der EG nur beklagt würde, daß durch das GATT jetzt Grenzen für die EG-Agrarpolitik gezogen werden. Auch alle anderen Staaten müssen ihre Agrarpolitik in Zukunft an den neuen GATT-Regeln ausrichten. Für die EG hat das den großen Vorteil, daß die Verhältnisse an den Weltagrarmärkten sich in Zukunft stabilisieren werden. Als eine der größten Agrarexporteure der Welt hat die EG ein starkes Interesse an stabileren Weltagrarmärkten. Allerdings muß sie durch Zurückhaltung in ihrer eigenen Agrarpolitik ebenfalls einen Beitrag zu dieser internationalen Marktbereinigung leisten.

Die Frage danach, ob die EG-Agrarreform die erhoffte Marktentlastung bringt, wird in dieser Situation zu der Frage, ob die Agrarreform es der EG erlaubt, in Zukunft die GATT-Vorschriften für die Höchstmengen subventionierter Agrarexporte einzuhalten.

Marktwirkungen der EG-Agrarreform

Über die Auswirkungen der Agrarreform auf die Märkte lassen sich bisher nur Projektionen vorlegen, denn die Reform hat gerade begonnen und wird erst in den kommenden Jahren vollständig umgesetzt und wirksam. Dabei wird hier vor allem auf Entwicklung der EG-Exporte im Vergleich zu den nach GATT-Regeln zulässigen subventionierten Exporten eingegangen. Die in der letzten Phase der GATT-Verhandlungen im Dezember 1993 getroffenen neuen Vereinbarungen sind in diesen Berechnungen bereits berücksichtigt.

Bei Getreide ist zu erwarten, daß die EG-Produktion als Folge der Agrarreform um gut 12 Mill. t zurückgehen und der Verbrauch um die etwa gleiche Menge zunehmen wird. Die Getreideexporte der EG dürften damit um etwa 25 Mill. t sinken. Die EG hätte dann bei Getreide keine Schwierigkeiten, die Anforderungen des Gatt zu erfüllen. Allerdings könnten verschiedene Faktoren dazu führen, daß die Marktentwicklung weniger günstig verläuft.

Es könnte sein, daß die Erträge weniger auf die Preissenkung reagieren und daß bei der Flächenstillegung ein größerer "Schlupf" eintritt. Beides würde die EG-Exporte näher an die vom GATT gesetzten Grenzen bringen, aber noch nicht zu einer Überschreitung dieser Grenzen führen. Kritischer ist dagegen die zukünftige Entwicklung des Getreideverbrauchs in der EG. Fällt der Verbrauchsanstieg nur halb so hoch aus wie projiziert, so würde der exportierbare Überschuß die nach Gatt zulässige Menge um 5 Mill. t überschreiten. Allerdings spricht vieles dafür, daß tatsächlich mit einem kräftigen Anstieg des Getreideverbrauches in der EG zu rechnen ist. Vor allem ist zu erwarten, daß Getreide wieder vermehrt in die Futtermischungen aufgenommen wird, weil der Spielraum für Preissenkungen bei Getreidesubventionen nicht unbegrenzt ist. Gewisse Schwierigkeiten könnten allerdings innerhalb des Getreidesektors bei Weizen auftreten, wenn die EG nicht dafür sorgt, daß die Weizenüberschüsse stärker zurückgehen als diejenigen der übrigen Getreidearten.

Bei Zucker wird die EG die GATT-Anforderungen nicht erfüllen können, wenn sie nicht auch die Zuckermarktpolitik in die Agrarreform einbezieht. Die Quoten müssen um mindestens drei bis vier Prozent eingeschränkt werden, um die Menge der subventionierten Zuckerexporte im Rahmen der GATT-Regeln zu halten. Allerdings müßte dann der Interventionspreis für Zucker wahrscheinlich gleichzeitig um etwa 15 % gesenkt werden, weil sonst die Ausgaben für Exportsubventionen das im GATT zulässige Höchstmaß überschreiten könnten.

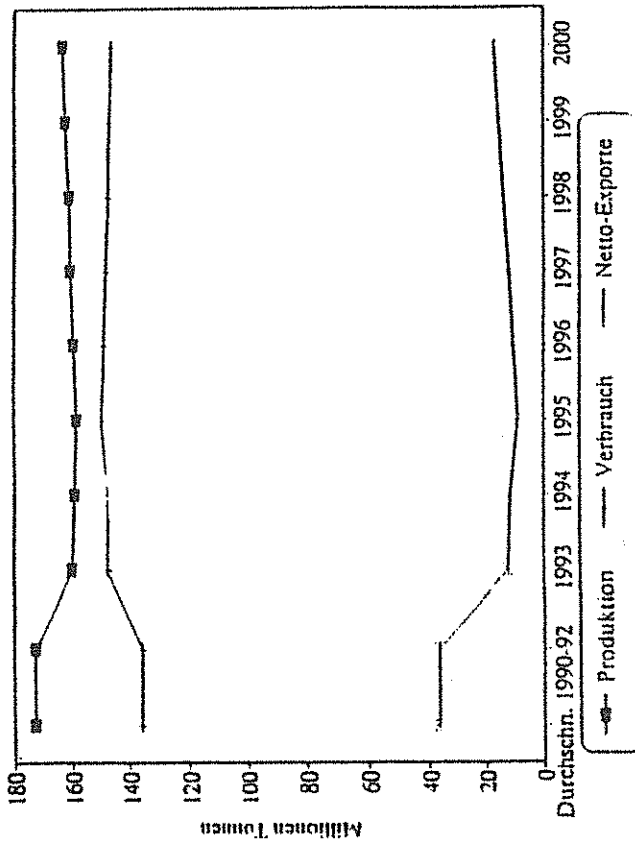
Probleme könnten auch bei Rindfleisch entstehen, denn die Maßnahmen der Agrarreform reichen wahrscheinlich noch nicht aus, um die Rindfleischüberschüsse der EG hinreichend einzuschränken. Bei Milch dagegen wird sich der Gesamtüberschuß wohl innerhalb der im GATT zulässigen Grenzen halten, obwohl bei Käse Probleme entstehen könnten, die dann durch ein Ausweichen auf den Export anderer Produkte gelöst werden müßten.

Was kommt nach der Agrarreform?

Unvermeidlich wird es sein, auch die Zuckerpolitik zu reformieren. Aus ökonomischer Sicht wäre es sinnvoll, diese Reform nicht auf das Minimum zu beschränken, das zur Einhaltung der GATT-Regeln erforderlich ist. Auch die Marktpolitik für Rindfleisch wird weiter angepaßt werden müssen, nicht nur wegen des GATT, sondern auch weil die Durchführung der jetzt bestehenden Prämienregelung in der Praxis unsinnige Folgen hat.

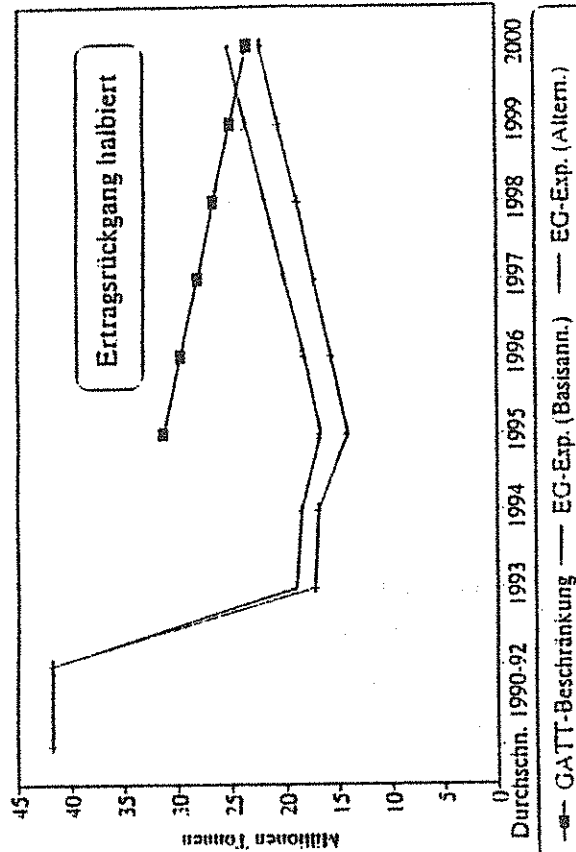
Entscheidend für die zukünftige Ausrichtung der EG-Agrarpolitik wird allerdings die weitere Gestaltung der Politik bei Getreide sein. Sollte die bisher beschlossene Agrarreform nicht ausreichen, um die GATT-Regeln einzuhalten, so bieten sich zunächst zwei einander entgegengesetzte Strategien an. Die eine Strategie würde darin bestehen, die erzwungene Flächenstillegung auszuweiten. Im Hinblick auf die Marktwirkung, aber auch auf die strukturpolitischen Konsequenzen wäre dabei ein Einbezug auch der Kleinerzeuger in die Flächenstillegung wesentlich wirksamer und sinnvoller als eine Anhebung des Stillegungssatzes. Eine ganz andere Strategie würde darauf hinauslaufen, die Preisstützung noch weiter zurückzunehmen und die Ausgleichszahlungen entsprechend anzuheben. Diese Strategie wird von Frankreich favorisiert. Im Endeffekt könnte die EG - bei vermutlich ansteigenden Weltmarktpreisen - ihre Preisstützung dann so weit vermindern, daß sie Getreide schließlich ohne Subventionen exportieren kann. Sie wäre

Schaubild 7: EG-Getreidemarkt nach Reform



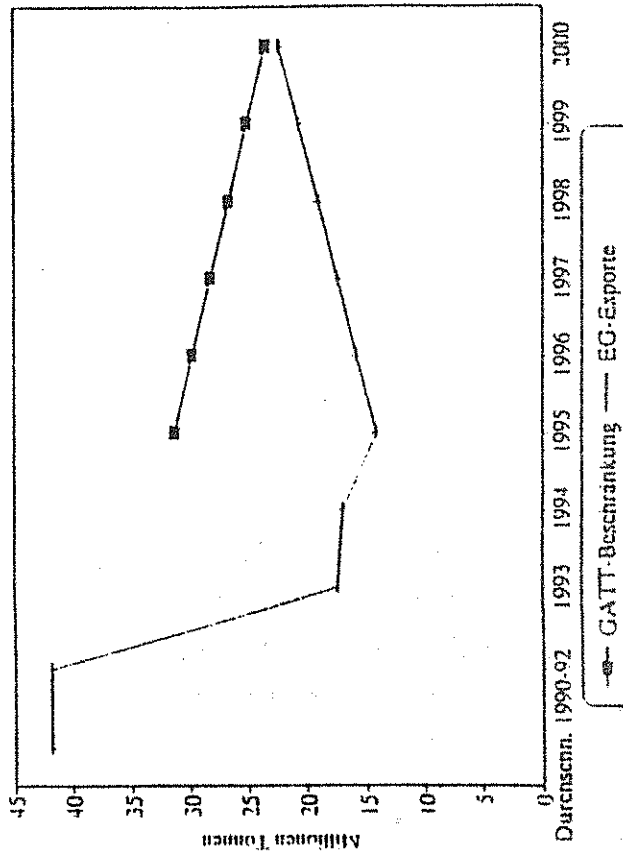
Berechnungen von Janine und Tieschmann

Schaubild 9: GATT und EG-Exportmengen: Getreide insg. unter alternativen Annahmen



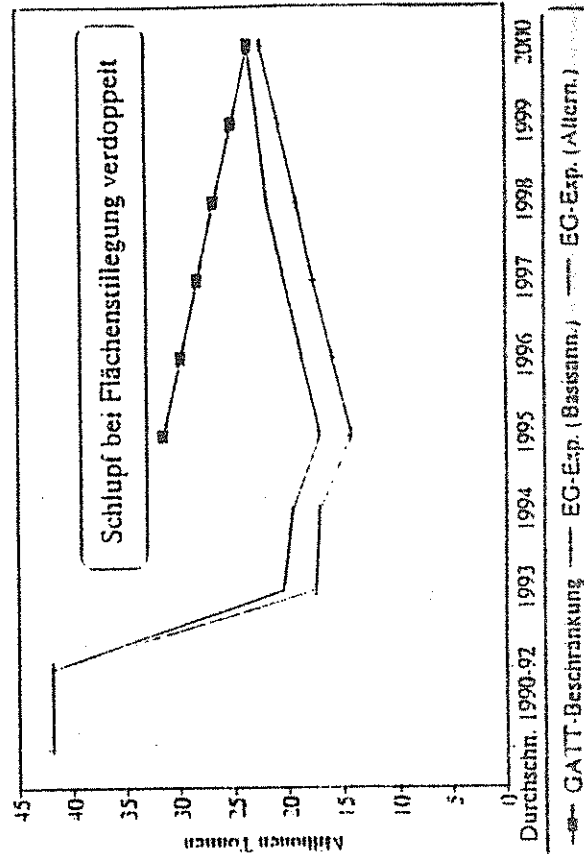
Berechnungen von Janine und Tieschmann

Schaubild 8: GATT und EG-Exportmengen: Getreide insg.



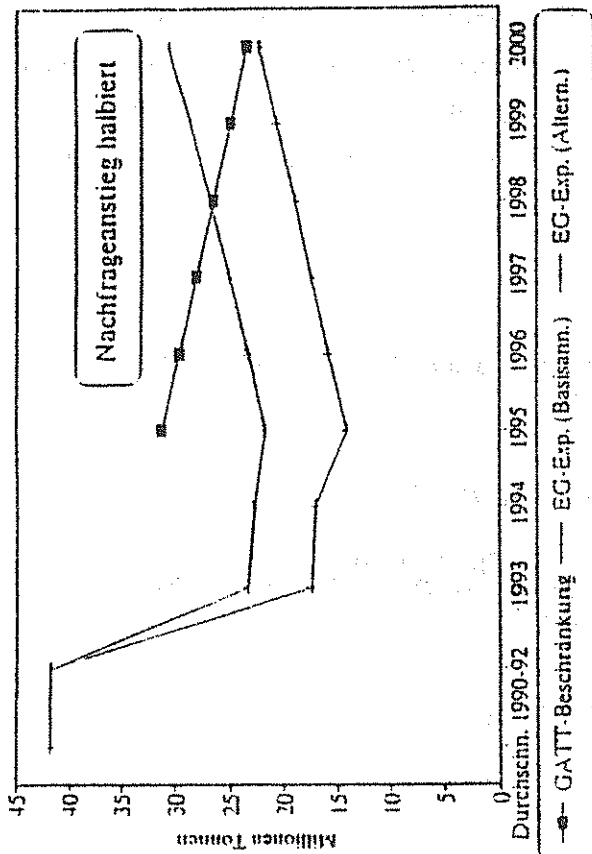
Berechnungen von Janine und Tieschmann

Schaubild 10: GATT und EG-Exportmengen: Getreide insg. unter alternativen Annahmen



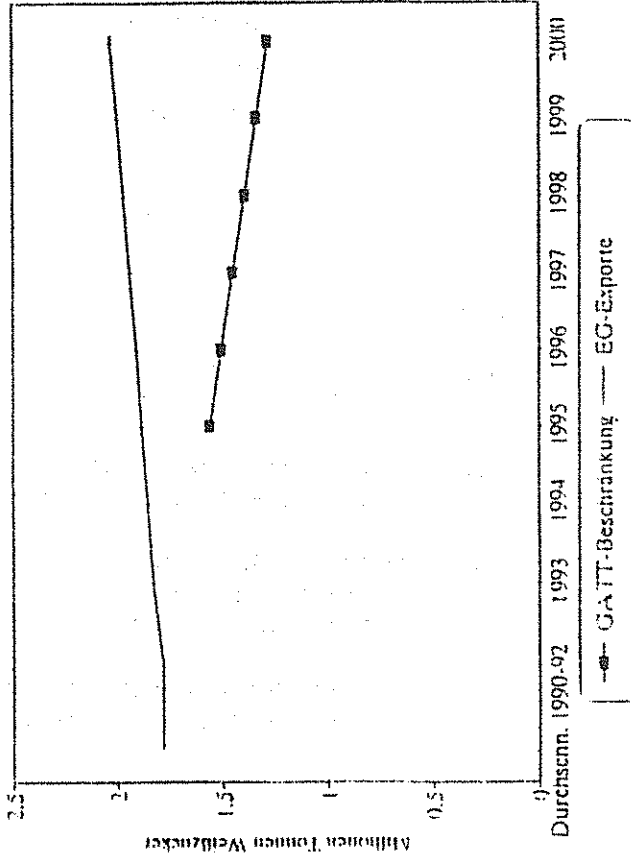
Berechnungen von Janine und Tieschmann

Schaubild 11: GATT und EG-Exportmengen: Getreide insg.
unter alternativen Annahmen



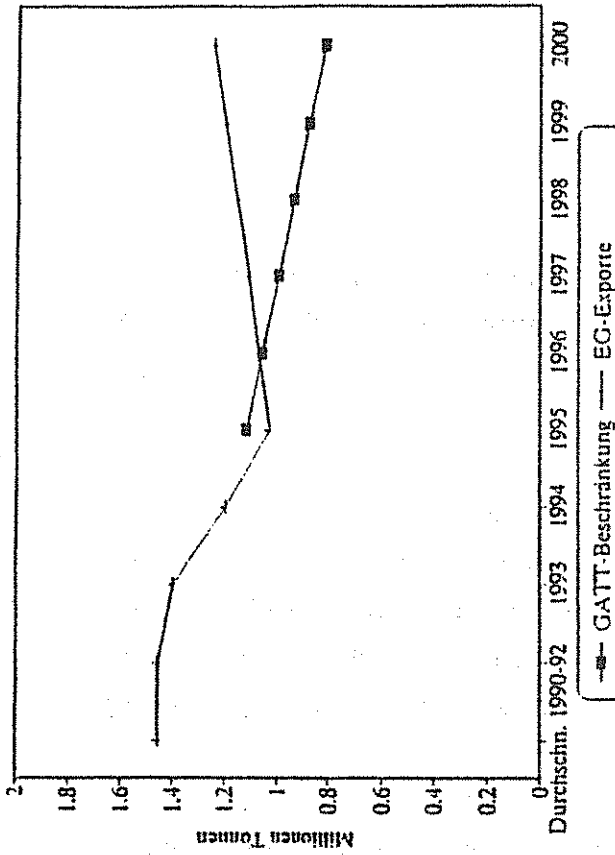
Berechnungen von Auring und Tietertmann

Schaubild 12: GATT und EG-Exportmengen: Zucker



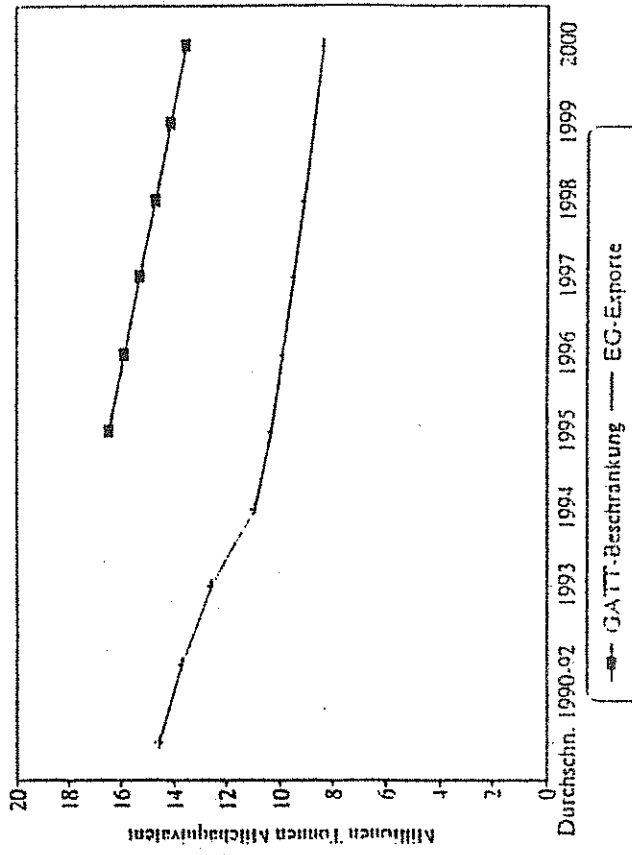
Berechnungen von Auring und Tietertmann

Schaubild 13: GATT und EG-Exportmengen: Rindfleisch



Berechnungen von Auring und Tietertmann

Schaubild 14: GATT und EG-Exportmengen: Milchprodukte



Berechnungen von Auring und Tietertmann

dann in einer vollkommen neuen Situation, denn die im GATT gezogenen Grenzen, die ja nur für subventionierte Exporte gelten, werden dann hinfällig. Erhebliche Probleme würde allerdings bei dieser Strategie die Finanzierung der höheren Ausgleichszahlungen bereiten.

Es gibt aber noch eine dritte Strategie: Die EG könnte die Flächenbindung der Ausgleichszahlungen schrittweise aufheben. Damit würden schließlich alle marginalen Flächen aus der Produktion ausscheiden, so daß eine weitergehende Marktentlastung erreicht wird. Denkbar ist sogar, daß dann auch die erzwungene Flächenstillegung schrittweise reduziert und schließlich vielleicht ganz aufgegeben werden könnte. Diese Strategie wäre aus ökonomischer Sicht, aber auch aus Sicht der Landwirtschaft die beste. Sie würde es unter anderem erlauben, den jetzt für die Agrarreform erforderlichen Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten erheblich zu senken.

In gewissem Maße scheint die EG sich bereits in diese Richtung zu bewegen. Die Möglichkeiten, auch mehr als den Mindestsatz stillzulegen, die jetzt ins Auge gefaßt wird, kann als ein erster Schritt zur Verwirklichung dieser Strategie gesehen werden. Allerdings ist bisher noch vorgesehen, daß nicht mehr als ein bestimmter Höchstanteil der Basisfläche stillgelegt werden darf. Dieser Höchstanteil könnte in Zukunft schrittweise gesteigert werden, so daß schließlich Produktion nicht mehr erforderlich ist, um Ausgleichszahlungen zu erhalten. Dann wäre die Flächenbindung der Ausgleichszahlungen effektiv aufgehoben und bei pflanzlichen Produkten das volle Ausmaß der Marktentlastung erreicht, das von der Agrarreform erhofft werden kann.

Quellen:

1. ANONYM: Das Marktgeschehen 1993 - und Versuch einer Prognose für 1994, ZMP Marktberichtsstelle Berlin vom 20. Dez. 1993
2. ANONYM: GATT-Abschluß nach 7 Jahren, ZMP Marktberichtsstelle Berlin, Nr. 50 vom 16. Dez. 1993, S. 5
3. TANGERMANN, S.: Wird die erhoffte Marktentlastung erreicht? Vortrag auf der DLG-Wintertagung 1994, Berlin, 13. Jan. 1994, Kurzfassung für die Presse
4. ANONYM: Eckdaten der Agrarreform, Ernährungsdienst vom 26. Mai 1992, S. 2

Möglichkeiten und Grenzen der Ableitung des Zukunftserfolges aus betrieblichen Kennziffern

Martin Odening, Halle

1 Einführung

Praktisch alle Betriebe in den neuen Bundesländern sind umstrukturiert, wieder- oder neu eingerichtet. Sie wirtschaften unter völlig neuen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund ist eine Abschätzung der künftigen Entwicklung, insbesondere die Erkennung von Fehlentwicklungen, besonders wichtig, zugleich aber auch schwierig. Solche Unternehmen sind größeren Gefährdungen ausgesetzt und weisen eine höhere Instabilität auf, da die Eigenkapitalbasis und finanziellen Reserven noch fehlen und da Unsicherheiten bezüglich der Produktionstechnik, der Preise und der Vermarktungswege größer sind. Interessenten einer Prognose der Unternehmensentwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit sind

- die Unternehmensleiter und Mitarbeiter: hier geht es um die Frage, ob das gegenwärtige Unternehmenskonzept stimmt und fortgeführt werden kann, oder ob Umstellungen, u.U. auch ein weiterer Abbau von Arbeitskräften, notwendig sind,
- potentielle Kreditgeber, insbesondere Banken: bei ihnen steht die Frage der Kreditwürdigkeit der Betriebe im Mittelpunkt,
- staatliche Einrichtungen, Ministerien, Verwaltungsstellen: Für sie ist es wichtig zu wissen, ob erstens Fördermaßnahmen den gewünschten Erfolg aufweisen, oder ob Programme modifiziert werden müssen und zweitens wie die künftige Agrarstruktur in einer Region vermutlich aussehen wird.

Im folgenden werden methodische Möglichkeiten angesprochen, um Stabilitätsaussagen aus den Informationen des betrieblichen Rechnungswesens, insbesondere des Jahresabschlusses, abzuleiten. Gleichzeitig soll auf Probleme der Aussagefähigkeit, die Gefahr von Fehlinterpretationen und den notwendigen Bereinigungsbedarf hingewiesen werden. Dabei beziehen sich die Ausführungen vornehmlich auf Einzelunternehmen.

2 Allgemeine Vorgehensweise der Unternehmensanalyse

Eine Unternehmensanalyse mit dem Ziel der Entwicklung von Betriebsverbesserungsplänen für gefährdete Unternehmen läßt sich in mehrere Schritte gliedern:

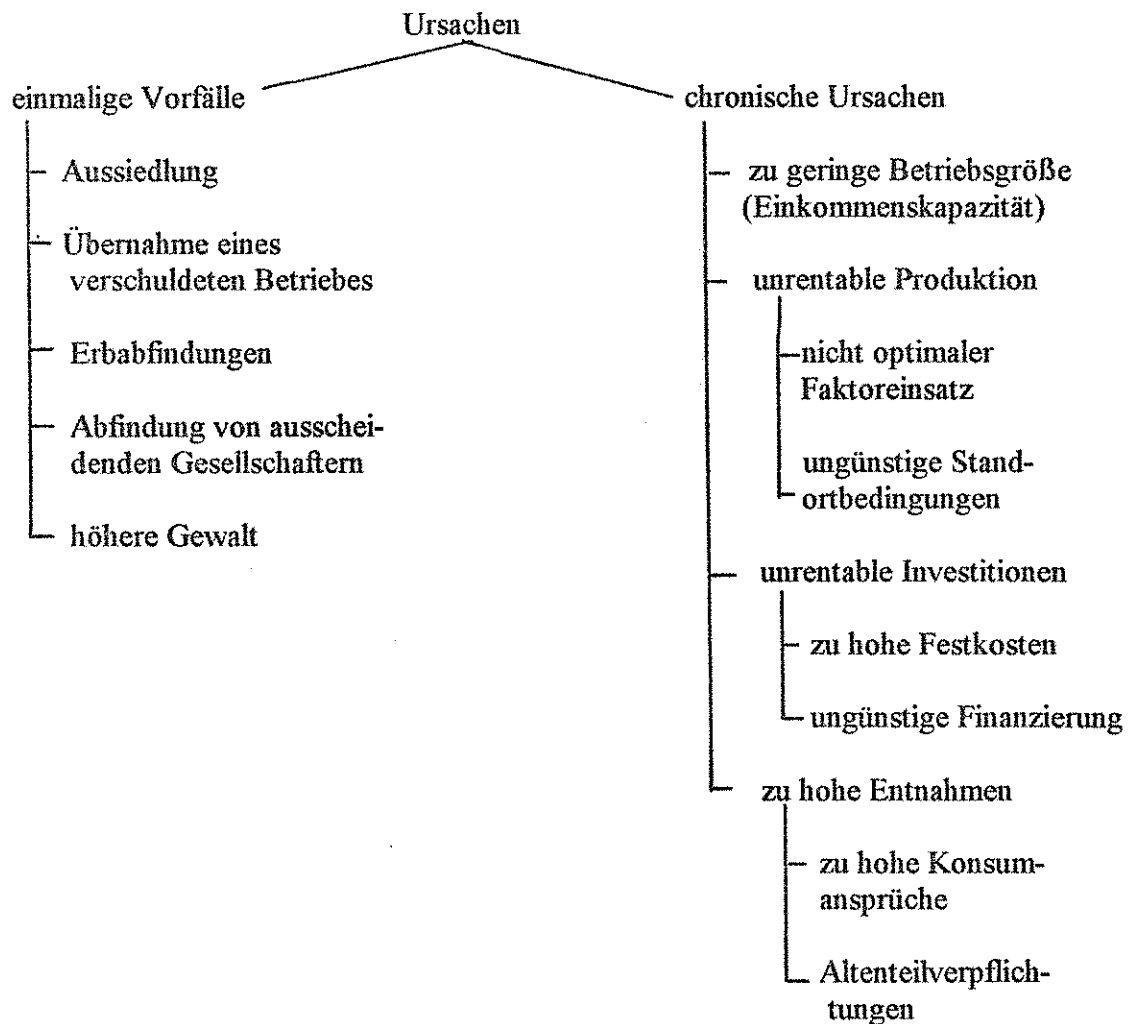
- a) Erkennen einer Unternehmensgefährdung
- b) Ursachenanalyse
- c) Festlegen von Konsolidierungsmaßnahmen

zu a) Zunächst besteht die Aufgabe, zu erkennen, ob eine nachhaltige Instabilität des Unternehmens vorliegt, d.h., eine dauerhafte Verletzung hochrangiger Unternehmensziele, die von einer nur zeitweisen Leistungsstörung zu unterscheiden ist. Wichtig ist die frühzeitige Erkennung einer Fehlentwicklung, da sich mit fortschreitender Zeit i.d.R. die Handlungsmöglichkeiten verschlechtern, um auf eine krisenhafte Situation zu reagieren. M.a.W., es besteht der Wunsch nach einem 'Frühwarnsystem', also einem oder mehreren Indikatoren, die eine Unternehmensgefährdung rechtzeitig anzeigen und die Prognose einer möglichen Fehlentwicklung gestatten, ähnlich einem Konjunkturindikator.

Die Ausführungen in den Punkten 3 bis 5 vertiefen dieses Problem.

zu b) Die Erkenntnis, daß ein Unternehmen instabil ist und u.U. auf eine Krise zusteuert, reicht nicht aus. Es muß sich eine genaue Analyse der spezifischen Ursachen anschließen. Eine grobe Zusammenstellung möglicher Ursachen einer Unternehmensgefährdung bietet Abbildung 1, in der einmalige Vorfälle von chronischen Ursachen unterschieden sind. In der Abbildung kommt ansatzweise zum Ausdruck, daß meist keine einfachen, monokausalen Wirkungszusammenhänge vorkommen, sondern bei einer fundierten Unternehmensanalyse Ursache-Wirkungsketten zurückverfolgt werden müssen, die bis auf den einzelnen Produktionsprozeß hinabgehen können. Auf die dafür zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, wie etwa Betriebszweigabrechnungen kann an diese Stelle nur hingewiesen werden.

Abb. 1: Mögliche Ursachen einer Unternehmenskrise

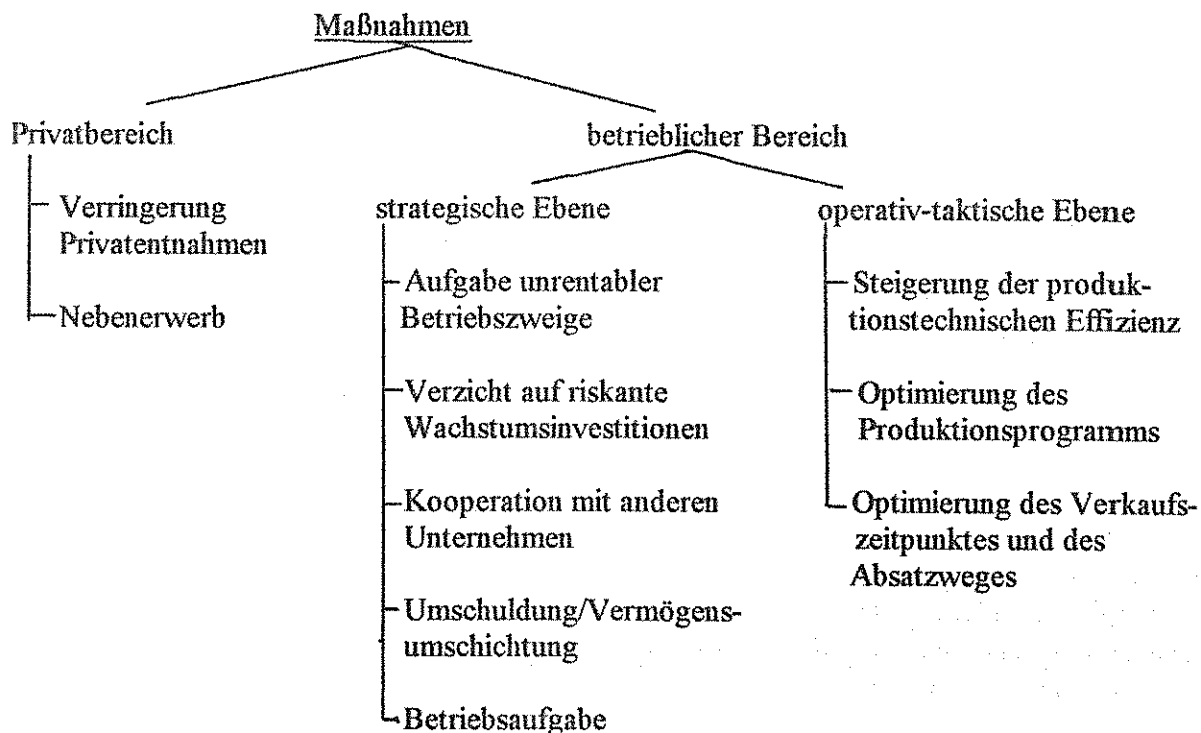


zu c) Nach der Diagnose der Unternehmensgefährdung schließt sich die Festlegung von Konsolidierungsmaßnahmen an, die sich an den aufgezeigten Ursachen und dem unternehmensspezifischen Anpassungsspielraum orientiert. In Abbildung 2 sind einige Ansatzstellen für eine Stabilisierung aufgeführt. Dabei sind kurzfristige Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der aktuellen Liquiditätsslage abzielen, nicht angesprochen.

3) Kennzahlenanalyse und ihre methodischen Probleme

Die Grundannahme besteht darin, daß sich das ökonomisch relevante betriebliche Geschehen in den Kennzahlen des Jahresabschlusses widerspiegelt, was aufgrund von Bewertungsspielräumen und weiteren bilanzpolitischen Maßnahmen durchaus nicht unproblematisch erscheint.

Abb. 2: Maßnahmen zur Stabilisierung gefährdeter landwirtschaftlicher Unternehmen



Im Anhang sind einige Kennzahlen, die üblicherweise bei der Unternehmensanalyse Verwendung finden, zusammengestellt.

3.1 Auswahlproblematik

Es stellt sich unmittelbar die Frage, wie aus der Vielzahl von Kennzahlen eine zielgerichtete Auswahl zu treffen ist. Zunächst ist festzustellen, daß Redundanzen auftreten; z.B. beinhalten die Kennzahlen 'Eigenkapitalanteil', 'Fremdkapitalanteil' und 'Verschuldungsgrad' dieselbe Information.

Problematischer erweist sich die Tatsache, daß sich die verschiedenen Kennzahlen zur Beurteilung des Unternehmenserfolges widersprechen können. Dies soll anhand des in Tabelle 1 dargestellten (existenten) Beispielsbetriebes verdeutlicht werden. Während der bereinigte Gewinn je Familien-AK mit über 32.000 DM und der Eigenkapitalanteil von über 90 Prozent positiv zu werten sind, deutet die negative Eigenkapitalveränderung (im Unternehmen) auf eine Instabilität hin. Auch die Tatsache, daß einerseits die langfristige Kapitaldienstgrenze negativ ist, andererseits die Schuldentilgungsdauer kaum mehr als ein Jahr beträgt, scheint widersprüchlich und belegt, daß eine schematische Anwendung von Kennzahlen nicht möglich ist. In diesem speziellen Fall liegt der Grund in den sehr hohen Privatentnahmen. Es wäre zu prüfen ob diese dauerhaft sind, auf zu hohe Konsumansprüche zurückgehen oder der privaten, außerbetrieblichen Vermögensbildung dienen.

Als weiterer Aspekt ist die Ambivalenz zumindest einiger Kennzahlen zu nennen. So ist z.B. unklar, ob ein hoher Anteil des Anlagenvermögens tatsächlich (wie vielfach behauptet) auf eine geringere Flexibilität und damit eine geringere Anpassungsfähigkeit im Fall einer Krise schließen läßt.

Tab. 1: Zahlenbeispiel zur Problematik isolierter Kennzahlenvergleiche

| Betriebstyp | Futterbau |
|---|-----------|
| ha LF | 62 |
| AK insgesamt | 2 |
| dar. Familien-AK | 2 |
| Aktivvermögen DM | 523343 |
| Eigenkapital DM | 480543 |
| Fremdkapital DM | 42800 |
| Anteil Eigenkapital in % des Aktivvermögens | 92 |
| Unternehmensertrag DM | 206339 |
| Unternehmensaufwand DM | 140876 |
| dar. Abschreibungen DM | 52218 |
| Zinsaufwand DM | 1431 |
| bereinigter Gewinn je Fam.AK | 32732 |
| bereinigter Gewinn je ha LF | 1056 |
| Entnahmen DM | 105576 |
| Einlagen DM | 28281 |
| Eigenkapitalveränderung DM | 11789 |
| Eigenkapitalveränderung in % des Eigenkapitals | -2,45 |
| Ausschöpfung langfristige Kapitaldienstgrenze % | -14 |
| Schulden tilgungsdauer Jahre | 1,06 |

3.2 Die Festlegung kritischer Werte

Wenn das o.g. Problem der Auswahl aussagekräftiger Stabilitätsindiatoren gelöst ist, bleibt offen, wie Grenzwerte für diese Kennzahlen zu bestimmen sind, deren Über- bzw. Unterschreitung

eine Unternehmensgefährdung wahrscheinlich macht. Es existieren Faustzahlen für eine Reihe von Kenngrößen, beispielsweise 60.000 DM Gewinn und 15.000 DM Eigenkapitalbildung für einen Familienbetrieb im Haupterwerb oder ein Eigenkapitalanteil von mindestens 50%. Grundsätzlich können diese Werte indirekt aus anderen Bedarfszahlen, wie z.B. den Lebenshaltungskosten oder empirisch durch Horizontalvergleiche von erfolgreichen und weniger erfolgreichen Betrieben abgeleitet werden. Diese Grenzwerte sind allerdings sehr pragmatisch, sie lassen sich nicht wissenschaftlich beweisen, und es existieren zahlreiche Beispiele, in denen ein Verstoß gegen diese Regeln nicht zu einer Gefährdung geführt hat. Landwirtschaftliche Unternehmen lassen sich eben nicht in ein "Normenkorsett" zwingen.

3.3 Besondere Probleme der Kennzahlenanalyse in den neuen Bundesländern

a) ungenügende Zahl von Jahresabschlüssen

Um signifikante Aussagen über die Stabilität eines Unternehmens machen zu können, reicht die Analyse eines Jahresabschlusses natürlich nicht aus; die Kennzahlen sind durch jahresbedingte Besonderheiten und Zufälligkeiten beeinflusst. Das Erkennen von Trends und anhaltenden Entwicklung setzt die Gegenüberstellung aufeinanderfolgender Jahresabschlüsse voraus. Für einen solchen vertikalen Betriebsvergleich fehlen in vielen ostdeutschen Betrieben die erforderlichen Daten

b) Bewertungsproblematik

Bei der Interpretation bilanzanalytischer Kennzahlen müssen Unsicherheiten bei der Bewertung von Vermögensgegenständen in wiedereingerichteten oder umstrukturierten landwirtschaftli-

chen Unternehmen mit berücksichtigt werden. Probleme bestehen beispielsweise bei der Taxation von Alttechnik, Stallanlagen, die mangels Kontingenten nicht ausgelastet werden können, Gebäuden, die auf fremdem Boden stehen, aber auch bezüglich des Umfangs für Rückstellungen, die z.B. für umweltgerechte Güllelagerung oder Asbestsanierung vorgenommen wurden. Von diesem Umstand sind in erster Linie Bestandsgrößen, aufgrund des Umfangs der Abschreibungen jedoch auch Erfolgsgrößen (z.B. Gewinn) betroffen.

c) Besonderheiten der ökonomischen Bedingungen nach der Wiedervereinigung

Die Prognose der Stabilität wiedereingerichteter Betriebe wird zudem durch die besonderen ökonomischen Rahmenbedingungen im Zeitraum nach der Wiedervereinigung erschwert. Dies schließt administrativ orientierte Maßnahmen wie Vermögensabfindungen, Investitionszuschüsse, Anpassungshilfen oder tilgungsfreie Jahre ebenso ein als auch marktbedingte Besonderheiten wie Preiseinbrüche oder ein im Vergleich zu den alten Bundesländern unterdurchschnittliches Pachtpreinsniveau. Daraus ergibt sich insgesamt ein erheblicher Bereinigungsbedarf bei der Analyse der Jahresabschlüsse und ihrer Extrapolation.

4 Ein Kennzahlensystem zur Stabilitätsanalyse

An dieser Stelle soll die oben erwähnte Auswahlproblematik aufgegriffen werden. Grundsätzlich lassen sich drei Typen von Kennzahlensystemen unterscheiden: erstens deduktive Kennzahlensysteme, bei denen einen sog. "Spitzenkennzahl" durch Anwendung von Definitionsgleichungen und einfache mathematische Umformungen in nachrangige Kennzahlen zerlegt, die eine hierarchische Anordnung aufweisen, zweitens empirische Kennzahlensysteme, die auf der Grundlage umfangreicher Stichproben mit Hilfe mathematisch-statistischer Verfahren ermittelt werden und drittens sog. Kennzahlenkataloge, bei denen die einzelnen Kennzahlen durch sachlogische Beziehungen verknüpft sind. Letztere dominieren in landwirtschaftlichen Anwendungen. Im folgenden soll ein solcher Kennzahlenkatalog vorgestellt werden. Zuvor sind einige Annahmen und Vorüberlegungen anzusprechen:

- Im Vordergrund steht der Aspekt der Stabilität, also die langfristige Entwicklungsfähigkeit.
- Es wird von der Prämisse des 'going concern' ausgegangen, m.a.W. von einer dauerhaften Fortführung des Unternehmens; auslaufende Betriebe passen nicht in dieses Schema.

Die Untersuchung bezieht sich im wesentlichen auf Einzelunternehmen, weniger auf Kapitalgesellschaften.

- Das Unternehmensziel besteht darin, Landwirtschaft im Vollerwerb zu betreiben; Nebenerwerb, der eine durchaus stabile Organisationsform darstellen kann, wird ausgeklammert.

- Es werden sowohl absolute als auch relative Kennzahlen herangezogen. So interessiert z.B. den Betriebsleiter weniger die Eigenkapitalrendite als das ihm absolut zur Verfügung stehende Einkommen, andererseits ist eine Aussage über die absolute Höhe der Verbindlichkeiten nur in Relation zur Faktorausstattung des Unternehmens sinnvoll.

- Es werden sowohl Zeitpunktgrößen (Bestandsgrößen) als auch Zeitraumgrößen (Stromgrößen) betrachtet. Der Vorteil von Stromgrößen besteht darin, daß sie weniger bewertungsabhängig sind und daß sich Trends und Entwicklungen besser erkennen lassen. Bestandsgrößen geben z.T. Auskunft über die Fähigkeit des Unternehmens, Schwankungen des Betriebserfolges abzufedern.

Diese Überlegungen haben zu folgendem (pragmatischem) Katalog von Stabilitätsindikatoren geführt:

1. bereinigter Gewinn je Familien-AK

Begründung: Ergibt sich aus der Notwendigkeit der Existenzsicherung des Lebensunterhaltes
Grenzwert: 15.000 DM

2. Eigenkapitalrentabilität

Begründung: Für Kapitalgesellschaften relevant wegen Gefahr des EK-Entzuges

Grenzwert: 4 %

3. Gewinnrate

Begründung: Sensibilität gegenüber Preisschwankungen

Grenzwert: 10 %

4. Eigenkapitalveränderung bezogen auf das Eigenkapital

Begründung: Wachstumsindikator

Grenzwert: Inflationsrate

5. Eigenkapitalanteil

Begründung: Aussage über Pufferwirkung gegenüber Rentabilitätsschwankungen

Grenzwert: 30 %

6. Ausschöpfung der mittelfristigen Kapitaldienstgrenze

Begründung: Notwendigkeit der Kreditrückzahlung und Eigenkapitalbildung

Grenzwert: 100 %

7. Dynamischer Verschuldungsgrad (Schulden tilgungsdauer))

Begründung: Berücksichtigung einer zahlungsstromorientierten Größe

Grenzwert: 10 Jahre

8. Kurzfristiger Fremdkapitalanteil

Begründung: Indikator für Effizienz der Finanzierung

Grenzwert: Umlaufvermögen (ohne Vch) / Anlagevermögen

9. Veralterungsgrad

Begründung: Abschätzung des künftigen Investitionsbedarfs

Grenzwert: 40 %

Wichtig ist, sich die Aussagefähigkeit dieser Indikatoren vor Augen zu halten. Sie sind nicht im Sinne einer Prognose oder einer strengen Klassifizierung in stabile oder gefährdete Unternehmen zu verstehen. Sie dienen zunächst nur der Hypothesenbildung. Eine schlechte Beurteilung bei mehreren Kriterien macht eine Unternehmensgefährdung **wahrscheinlich** und soll die Unternehmensleitung unter "Begründungszwang" setzen, warum trotz eines Verstoßes gegen diese Regeln stabile wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Eine eingehende und differenzierte Unternehmensanalyse muß dann klären, ob im konkreten Einzelfall eine Abweichung von den Normwerten zu vertreten ist.

5 Anwendung von Stabilitätsindikatoren auf wiedereingerichtete Unternehmen in Sachsen

Die genannten Kennzahlen wurden für eine Auswahl von Wiedereinrichtern in Sachsen berechnet, soweit das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial dies zuließ. Bei der Interpretation der Zahlen ist auf die Vorläufigkeit der Ergebnisse hinzuweisen. Eine intensive Prüfung der Ausgangsdaten steht noch aus.

Tab. 2: Unternehmen gruppiert nach Eigenkapitalveränderung

| | Insgesamt | < 4 % | > 10 % |
|---|------------|------------|------------|
| Anzahl der Unternehmen | 62 | 20 | 26 |
| Kennzahl | Mittelwert | Mittelwert | Mittelwert |
| Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha | 132 | 115 | 153 |
| Arbeitskräfte je 100 ha LF | 2,88 | 3,23 | 2,51 |
| darunter Familien-AK je 100 ha LF | 2,45 | 2,80 | 2,01 |
| Bilanzvermögen DM/ha LF | 8904 | 9816 | 7055 |
| Bilanzvermögen TDM/AK | 380 | 389 | 324 |
| Anlagevermögen (o. V.) % Bilanzvermögen | 69 | 75 | 63 |
| Fremdkapital /ha LF | 2607 | 2475 | 2938 |
| Fremdkapital % Aktiva | 32 | 28 | 40 |
| Kurzfristiges Fremdkapital % FK | 44 | 51 | 37 |
| Gewinn TDM | 55 | 1 | 104 |
| Bereinigter Gewinn/FAK | 21115 | -18750 | 54845 |
| Gewinnrate % | 19 | 8 | 28 |
| Nettoentnahmen gesamt | 8110 | 33239 | -7192 |
| Eigenkapitalveränderung/ha LF | 410 | -261 | 909 |
| Eigenkapitalveränderung % EK | 11 | -7 | 29 |
| Ausschöpfung mittelfristige Kapitaldienstgrenze % | 20 | -1) | 9 |
| Schuldentilgungsdauer Jahre | 5 | 10 | 3 |
| Unternehmensertrag/ha | 2757 | 2474 | 2946 |
| Fixkosten/ha LF | 1377 | 1463 | 1313 |

1) Kapitaldienstgrenze negativ

Folgende Aussagen lassen sich aus der Tabelle 2 ableiten: die hinsichtlich der Eigenkapitalveränderung besseren Betriebe weisen im Durchschnitt eine größere Flächenausstattung auf als die Betriebe mit realen Eigenkapitalverlusten, obwohl letztere im Mittel immer noch größer als 100 Hektar sind. Der Arbeitskräftebesatz je Betrieb ist annähernd gleich, auf die Fläche bezogen in den guten Betrieben geringer. Entsprechendes gilt für das Bilanzvermögen. Der Gewinn ist in den besseren Betrieben erwartungsgemäß höher als in den stabilitätsgefährdeten, deren bereinigter Gewinn je Familien-AK durchschnittlich -18.750 DM beträgt. Auch der Unterschied in der Gewinnrate deckt sich mit der oben formulierten Hypothese. Erstaunlich ist, daß in den Unternehmen mit mehr als 10% Eigenkapitalveränderung die Nettoentnahmen negativ sind, d.h., dort wird mehr Kapital eingelegt als entnommen. Dadurch relativiert sich zum einen das gute Abschneiden bezüglich des Kriteriums "Eigenkapitalveränderung", zum anderen werden die o.a. Probleme der Kennzahlenanalyse deutlich. In einer näheren Analyse wäre zu prüfen, ob es sich um eine dauerhafte Kapitalzuführung handelt, die sich wohl nicht durchhalten ließe, oder ob lediglich in den vorangegangenen Wirtschaftsjahren für Zwecke der privaten Vermögensbildung aus dem Unternehmen entnommenes Kapital nun wieder zurücktransferiert wurde. Bezüglich der Kapitalstruktur ist zunächst festzustellen, daß die Unternehmen insgesamt einen relativ hohen Eigenkapitalanteil aufweisen, also vermutlich eher zurückhaltend investiert haben. Der relativ geringe Kapitalbesatz je Hektar stützt diese Vermutung. Weiterhin fällt auf, daß die Betriebe mit höherer Eigenkapitalbildung im Mittel einen höheren Fremdkapitalanteil sowie eine höhere flächenbezogene Verschuldung aufweisen, die sich in der Größenordnung westdeutscher Betriebe bewegt. Die getroffene Feststellung läßt den Fremdkapitalanteil als Stabilitätsindikator als wenig signifikant erscheinen. Demgegenüber ist der Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten am gesamten Fremdkapital in den schlechteren Betrieben höher. Auch die Differenzierung der Schuldentilgungsdauer (dynamischer Verschuldungsgrad) und

der Ausschöpfung der mittelfristigen Kapitaldienstgrenze, entspricht der Erwartung. Zu der Berechnung der letztgenannten Kennzahl ist anzumerken, daß hier der tatsächlich in diesem Wirtschaftsjahr getätigte Kapitaldienst zugrundegelegt wurde, der aufgrund tilgungsfreier Jahre möglicherweise nach unten verzerrt ist. Hier sollte möglichst der aus einem Tilgungsplan abgeleitete, künftige Kapitaldienst Verwendung finden.

Ausgewählte Kennzahlen zur Unternehmensanalyse

| Nr. | Kennzahl | Definition | Aspekt | Grenzwert, Tendenz |
|-----|--|--|--------------------------------------|--|
| 1 | Gewinn | Unternehmensertrag – Unternehmensaufwand | Rentabilität | 60 000 DM $k < g$ |
| 2 | Bereinigter Gewinn | Zweckertrag – Zweckaufwand | Rentabilität | $k < g$ |
| 3 | Roheinkommen | Betriebsertrag – Betriebsaufwand | Rentabilität | $k < g$ |
| 4 | Betriebseinkommen | Roheinkommen + Fremdlöhne | Rentabilität / Faktorentlohnung | $k < g$ |
| 5 | Arbeitsertag | Betriebseinkommen – Zinsansatz | Rentabilität / Faktorentlohnung | $k < g$ |
| 6 | Reinertrag | Roheinkommen – Lohnansatz Familien AK | Rentabilität / Faktorentlohnung | $k < g$ |
| 7 | Unternehmergewinn | Gewinn – Zinsansatz EK – Lohnansatz Familien AK | Rentabilität, Managementfähigkeit | $k < g$ |
| 8 | Gesamtkapitalrendite | Reinertrag / Gesamtkapital | Rentabilität | > Fremdkapitalzins, $k < g$ |
| 9 | Eigenkapitalrendite | Reinertrag / Eigenkapital | Rentabilität | > Opportunitätskosten Eigenkapital, $k < g$ |
| 10 | Gesamtdeckungsbeitrag | Summe der Deckungsbeiträge sämtl. Produktionsverfahren | Rentabilität | $k < g$ |
| 11 | Gewinnrate | Gewinn / Umsatz | Stabilität | 15-30%, $k < g$ |
| 12 | Gesamteinkommen | Gewinn + außerbetr. Einkünfte | Stabilität | > Entnahmen + Tilgung + Nettoinvestitionen, $k < g$ |
| 13 | Eigenkapitalveränderung | Eigenkapital am Ende – Eigenkapital zu Beginn (Gewinn + Einlagen – Entnahmen) | Stabilität | 15 000 - 20 000 DM, $k < g$ |
| 14 | Eigenkapitalveränderung beim Unternehmer | Gesamteinkommen – Gesamtentnahmen + priv. Vermögensbildung | Stabilität | $k < g$ |
| 15 | Verschuldungsgrad | Fremdkapital / Eigenkapital | Stabilität | < 1 ; $k > g$ |
| 16 | Fremdkapitalbesatz (z.B. Verschuldung je Hektar) | Fremdkapital / Umfang des Produktionsfaktors (z.B. Fläche) | Stabilität | $k > g$ |
| 17 | Fremdkapitalanteil; (Eigenkapitalanteil) | Fremdkapital (Eigenkapital) / Gesamtkapital | Stabilität | < 0.5 (> 0.5); $k > g$; ($k < g$) |
| 18 | Kurzfristiger Fremdkapitalanteil | kurzfristiges Fremdkapital / Fremdkapital | Stabilität | $k > g$ |

| Nr. | Kennzahl | Definition | Aspekt | Grenzwert, Tendenz |
|-----|--|---|---------------------------|--------------------|
| 19 | Ausschöpfung der langfristigen Kapitaldienstgrenze | tatsächl. Kapitaldienst / (Gewinn + Zinsen + außerbetr. Einkommen - Entnahmen) | Stabilität | $< 1; k > g$ |
| 20 | Ausschöpfung der kurzfristigen Kapitaldienstgrenze | tats. Kapitaldienst / (Gewinn + Zinsen + Abschreibungen + außerbetr. Einkommen - Entnahmen) | Stabilität | $<< 1; k > g$ |
| 21 | 'Goldene Finanzierungsregel' (Fristenkongruenz) | langfristiges Vermögen / langfristiges Kapital | Stabilität | $\leq 1; k > g$ |
| 22 | Deckungsgrad A (B) ('Goldene Bilanzregel') | Eigenkapital + (langfrist. Fremdkapital) / Anlagevermögen | Stabilität | $\geq 1; k < g$ |
| 23 | Innenfinanzierungsgrad | Cash flow / Bruttoinvestitionen | Stabilität | $k < g$ |
| 24 | Substanzinnenfinanzierungsrate | (Abgang Aktiva + Einlagen) / (Bruttoinvestitionen + Tilgung + Entnahmen) | Stabilität | $k > g$ |
| 25 | Erwirtschafteter Anteil am Finanzbedarf | Cash flow / (Zugang Aktiva + Einnahmen + Tilgung) | Stabilität | $k < g$ |
| 26 | Schuldentilgungsdauer (dynamischer Verschuldungsgrad) | Fremdkapital / Cash flow | Stabilität | $k > g$ |
| 27 | ??? | Eigenkapitalveränderung / Entnahmen | Stabilität | $k < g$ |
| 28 | Wachstumsquote | Nettoinvestitionen / Abschreibungen | Stabilität / Wachstum | $k < g$ |
| 29 | Veralterungsgrad | Zeitwert / Neuwert | Stabilität | $> 0.5; k < g$ |
| 30 | ??? | Entnahmen / Finanzmittel | Stabilität | $k > g$ |
| 31 | 'Bankers Rule' (Working Capital; Liquidität 3. Grades) | Umlaufvermögen / kurzfristige Verbindlichkeiten | Stabilität / Liquidität | $> 2; k < g$ |
| 32 | Cash flow | Gewinn + Abschreibungen + Einlagen - Entnahmen | Finanzkraft / Liquidität | $k < g$ |
| 33 | Cash flow Rate | Cash flow / kurzfristige Verbindlichkeiten | Stabilität / Liquidität | $k < g$ |
| 34 | Liquidität 1. Grades (Barliquidität) | liquide Mittel / kurzfrist. Verbindlichkeiten | Liquidität | $k < g$ |
| 35 | Liquidität 2. Grades | Finanzumlaufvermögen / kurzfr. Verbindlichkeiten | Liquidität | $> 1; k < g$ |
| 36 | ??? | kurzfr. Verbindlichkeiten / Zweckertrag | Liquidität | $k > g$ |
| 37 | Anlageintensität | Anlagevermögen / Gesamtvermögen | Liquidität / Flexibilität | $k > g ?$ |
| 38 | Kapitalumschlag | Umsatz / Gesamtkapital | Liquidität | $k < g$ |
| 39 | Immobilisierungsgrad | Anlagevermögen / Umlaufvermögen | Liquidität / Flexibilität | $k > g ?$ |